

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 2007 bis 2010

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	4
Geschäftsordnung des Planungsausschusses	7
Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 2007 bis 2010 ...	9
Teil I	
Einführung	9
Teil II	
Förderungsgrundsätze	11
Förderbereich: Verbesserung der ländlichen Strukturen	
Grundsätze für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung	11
Grundsätze für die Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen	16
Förderbereich: Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen	
Grundsätze für die einzelbetriebliche Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen	18
A. Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)	18
B. Förderung von Investitionen zur Diversifizierung	24
C. Förderung der einzelbetrieblichen Beratung in Verbindung mit Managementsystemen	26

	Seite
Grundsätze für die Förderung zur Marktstrukturverbesserung	29
Hinweis: Förderung von Erzeugerorganisationen nach EG-Recht	35
Grundsätze für die Förderung der Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur der Fischwirtschaft	36
 Förderbereich: Nachhaltige Landwirtschaft	
Grundsätze für die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe in benachteiligten Gebieten	38
Grundsätze für die Förderung einer markt- und standortangepassten Landwirtschaft	40
A. Förderung extensiver Produktionsverfahren im Ackerbau oder bei Dauerkulturen	40
B. Förderung extensiver Grünlandnutzung	44
C. Förderung ökologischer Anbauverfahren	46
D. Förderung mehrjähriger Stilllegung	47
E. Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren	48
 Förderbereich: Forsten	
Grundsätze für die Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	53
A. Förderung der Erstaufforstung	53
B. Förderung einer naturnahen Waldbewirtschaftung	54
C. Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse	56
D. Förderung der forstwirtschaftlichen Infrastruktur	58
 Förderbereich: Sonstige Maßnahmen	
Grundsätze für die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der genetischen Qualität landwirtschaftlicher Nutztiere	60
 Förderbereich: Küstenschutz	
Grundsätze für die Förderung von Küstenschutzmaßnahmen	62
Anhang: Garantieerklärung	64
 Teil III	
Bedeutung der Förderungsgrundsätze	69
 Teil IV	
Zusammenfassung der Mittelanmeldungen 2007 für das Bundesgebiet	76
 Anlagen zu Teil IV	
Übersicht 1 Verteilung der Mittel auf Länder und Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2007	77

	Seite
Übersicht 2 Zusammenstellung der Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2007	78
Übersicht 3 Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für das Haushaltsjahr 2007	80
Übersicht 4 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Schleswig-Holstein	84
Übersicht 5 Vorhaben und Mittelbedarf der Freien und Hansestadt Hamburg	85
Übersicht 6 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Niedersachsen	86
Übersicht 7 Vorhaben und Mittelbedarf der Freien und Hansestadt Bremen	87
Übersicht 8 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Nordrhein-Westfalen	88
Übersicht 9 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Hessen	89
Übersicht 10 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Rheinland-Pfalz	90
Übersicht 11 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Baden-Württemberg	91
Übersicht 12 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Bayern	92
Übersicht 13 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Saarland	93
Übersicht 14 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Brandenburg	94
Übersicht 15 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Mecklenburg-Vorpommern	95
Übersicht 16 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Sachsen	96
Übersicht 17 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Sachsen-Anhalt	97
Übersicht 18 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Thüringen	98
Übersicht 19 Vorhaben und Mittelbedarf des Landes Berlin	99
 Teil V	
Fortschreibung des Rahmenplans für die Finanzplanjahre 2008 bis 2010	100
 Anlagen zu Teil V	
Übersicht 20 Länderanmeldungen für das Haushaltsjahr 2008	101
Übersicht 21 Länderanmeldungen für das Haushaltsjahr 2009	102
Übersicht 22 Länderanmeldungen für das Haushaltsjahr 2010	103
 Teil VI	
Vollzug des Rahmenplans 2005 bis 2008	104
 Anlage zu Teil VI	105

Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK-Gesetz – GAKG)

In der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Änderung des GAK-Gesetzes vom 2. Mai 2002 (BGBl. I S.1527)

§ 1**Gemeinschaftsaufgabe**

(1) Zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes werden als Gemeinschaftsaufgabe im Sinne des Artikels 91 a Abs. 1 des Grundgesetzes wahrgenommen:

1. Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft durch
 - a) rationellere Gestaltung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe,
 - b) markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung,
 - c) Ausgleich natürlicher Standortnachteile,
 - d) sonstige Maßnahmen, die unter besonderer Berücksichtigung der bäuerlichen Familienbetriebe für die gesamte Land- und Forstwirtschaft bedeutsam sind;
2. Maßnahmen zur Neuordnung ländlichen Grundbesitzes und Gestaltung des ländlichen Raumes durch Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur nach dem Flurbereinigungsgesetz einschließlich von Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes;
3. Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Umnutzung ihrer Bausubstanz;
4. wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen;
5. Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur in der Land-, Fisch- und Forstwirtschaft durch
 - a) Förderung von Zusammenschlüssen land-, fisch- und forstwirtschaftlicher Erzeuger,
 - b) Errichtung, Ausbau, Zusammenfassung und Stilllegung von Vermarktungseinrichtungen zur Rationalisierung und Verbesserung des Absatzes land-, fisch- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse;
6. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an den Küsten der Nord- und Ostsee sowie an den fließenden oberirdischen Gewässern im Tidegebiet gegen Sturmfluten (Küstenschutz).

(2) Eine für Maßnahmen gemäß Abs. 1 erforderliche Vorplanung ist Bestandteil der Gemeinschaftsaufgabe.

§ 2**Allgemeine Grundsätze**

(1) Die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe dient dazu, eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft zu gewährleisten und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaft zu ermöglichen sowie den Küstenschutz zu verbessern. Dabei sind die Ziele und Erfordernisse der Raumordnung, Landesplanung sowie des Umweltschutzes und des Tierschutzes zu beachten.

(2) Bei der Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe sollen räumliche und sachliche Schwerpunkte gebildet werden. Bei den Maßnahmen ist ökologischen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Im übrigen sind die Maßnahmen mit anderen öffentlichen Neuordnungs- und Entwicklungsmaßnahmen abzustimmen.

§ 3**Förderungsarten**

Die finanzielle Förderung kann in der Gewährung von Zuschüssen, Darlehen, Zinszuschüssen und Bürgschaften bestehen.

§ 4**Gemeinsamer Rahmenplan**

(1) Für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe wird ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt.

(2) Der Rahmenplan ist für den Zeitraum der Finanzplanung aufzustellen, jedes Jahr sachlich zu prüfen, der Entwicklung anzupassen und fortzuführen. Die mehrjährige Finanzplanung des Bundes und der Länder ist zu berücksichtigen.

§ 5**Inhalt des Rahmenplans**

(1) Der Rahmenplan bezeichnet die jeweils in den einzelnen Haushaltsjahren durchzuführenden Maßnahmen mit den ihnen zugrundeliegenden Zielvorstellungen. Er weist die Arten der Förderung, nach Ländern getrennt, sowie die vom Bund und von jedem Land für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe im nächsten Jahr bereitzustellenden und für die folgenden Jahre des Planungszeitraums jeweils vorzusehenden Mittel aus.

(2) Der Rahmenplan enthält ferner für die Maßnahmen Förderungsgrundsätze, in denen insbesondere der Verwendungszweck der Mittel, die Förderungsvoraussetzungen und die Art und Höhe der Förderung näher bestimmt werden.

§ 6

Planungsausschuss

(1) Für die Rahmenplanung bilden die Bundesregierung und die Landesregierungen einen Planungsausschuss. Ihm gehören der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz als Vorsitzender sowie der Bundesminister der Finanzen und ein Minister (Senator) jedes Landes an. Eine Vertretung ist zulässig.

(2) Die Stimmenzahl des Bundes entspricht der Zahl der Länder. Jedes Land hat eine Stimme.

(3) Der Planungsausschuss beschließt mit den Stimmen des Bundes und der Mehrheit der Stimmen der Länder.

(4) Der Planungsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 7

Anmeldung zum Rahmenplan

(1) Bis zum 1. März jedes Jahres schlagen die Länder dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die von ihnen vorgesehenen Maßnahmen zur Aufnahme in den Rahmenplan vor. Mit der Anmeldung gilt die Zustimmung des Landes gemäß Artikel 91 a Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes als erteilt. Die Zustimmung kann bis zur Beschlussfassung über den Rahmenplan widerrufen werden.

(2) Die Anmeldung enthält Angaben über

1. die Art und den Umfang der jährlich durchzuführenden Maßnahmen sowie
2. die voraussichtlichen Kosten, getrennt nach Maßnahmen, Kostenträgern und Haushaltsjahren.

Die angemeldeten Maßnahmen sind zu begründen. Aus der Begründung muss ersichtlich sein, daß die Maßnahmen wirtschaftlich und zweckmäßig sind.

(3) Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz legt die Anmeldungen der Länder und seine eigenen Vorschläge dem Planungsausschuss zur Beschlußfassung vor.

(4) Für Anmeldungen zur Änderung des Rahmenplans gelten die Absätze 1 bis 3 sinngemäß.

§ 8

Verfahren nach Beschluss über den Rahmenplan

Der Planungsausschuss leitet den Rahmenplan der Bundesregierung und den Landesregierungen zu. Die Bundesregierung und die Landesregierungen nehmen die

für die Durchführung des Rahmenplans im nächsten Jahr erforderlichen Ansätze in die Entwürfe ihrer Haushaltspläne auf.

§ 9

Durchführung des Rahmenplans

(1) Die Durchführung des Rahmenplans ist Aufgabe der Länder.

(2) Die Landesregierungen unterrichten die Bundesregierung und den Bundesrat auf Verlangen über die Durchführung des Rahmenplans und den allgemeinen Stand der Gemeinschaftsaufgabe.

§ 10

Erstattung

(1) Der Bund erstattet vorbehaltlich des Artikels 91 a Abs. 4 Satz 4 des Grundgesetzes jedem Land die ihm in Durchführung des Rahmenplans entstandenen Ausgaben in Höhe von

1. 60 vom Hundert bei Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 und bei der dazu erforderlichen Vorplanung (§ 1 Abs. 2)
2. 70 vom Hundert bei Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 und bei der dazu erforderlichen Vorplanung (§ 1 Abs. 2)
3. abweichend von Nr. 1 80 vom Hundert bei Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b und c, soweit diese für den Bewilligungszeitraum mit Mitteln finanziert werden, die im Rahmen des Artikels 4 der Verordnung (EG) Nr. 1259/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 zur Festlegung von Gemeinschaftsregeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. EG Nr. L 160 S. 113) in der am 10. Mai 2002 geltenden Fassung erbracht worden sind; bei mehrjährigen Maßnahmen tritt an die Stelle des Bewilligungszeitraumes das erste Jahr des Verpflichtungszeitraumes.

(2) Der Bund leistet bis zur voraussichtlichen Höhe des nach Absatz 1 von ihm zu erstattenden Betrages entsprechend dem jeweiligen Stand der Maßnahme und der bereitgestellten Haushaltsmittel Vorauszahlungen an das Land. Zur Feststellung des Mittelbedarfs teilen die Länder dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Höhe der verausgabten Mittel sowie den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Maßnahmen mit.

§ 11

Rückzahlung und Verzinsung der Bundesmittel

(1) Beträge, die vom Zuwendungsempfänger zur Tilgung und Verzinsung erhaltener Darlehen oder zum Ausgleich der auf Grund übernommener Bürgschaften erstatteten Ausfälle gezahlt werden, sind vom Land anteilig an den Bund abzuführen.

(2) Der Bund kann zugewiesene Bundesmittel von einem Land zurückfordern, wenn die festgelegten Bedingungen ganz oder teilweise nicht erfüllt werden.

(3) Beträge, die vom Zuwendungsempfänger wegen Nichterfüllung der Bedingung zurückgezahlt werden, leitet das Land in Höhe des Bundesanteils einschließlich der anteiligen Zinsen an den Bund weiter.

(4) Die an den Bund nach den vorstehenden Absätzen abzuführenden Beträge sind vom Land in Höhe von 3 v. H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bür-

gerlichen Gesetzbuches zu verzinsen, im Falle des Absatzes 2 vom Zeitpunkt der Auszahlung der Bundesmittel an, im Falle der Absätze 1 und 3 vom Beginn des zweiten auf den Eingang des Betrages beim Land folgenden Monats.

Der am Ersten des Monats geltende Basiszinssatz für jeden Zinstag dieses Monats zugrunde zu legen.

§ 12

(Inkrafttreten)

Geschäftsordnung des Planungsausschusses für Agrarstruktur und Küstenschutz

Der Planungsausschuss für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ hat sich nach § 6 Abs. 4 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ folgende Geschäftsordnung gegeben:

I. Organisation des Planungsausschusses

§ 1

Bezeichnung

Der Planungsausschuss führt die Bezeichnung „Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz“ (PLANAK).

§ 2

Mitglieder

Jedes Land teilt dem Vorsitzenden mit, welcher Minister (Senator) Mitglied des Planungsausschusses ist und wer dieses Mitglied im Planungsausschuss vertritt.

§ 3

Vorsitz

Der Vorsitzende (oder sein Vertreter) führt die Geschäfte des Planungsausschusses nach Maßgabe dieser Geschäftsordnung; er leitet die Sitzungen des Planungsausschusses.

Der PLANAK wählt ohne Aussprache einen Minister (Senator) zum Vertreter des Vorsitzenden.

§ 4

Unterausschuss

(1) Der Planungsausschuss setzt zur Vorbereitung seiner Beratungen und Beschlussfassung einen Unterausschuss ein.

(2) Der Unterausschuss setzt sich aus einem Beauftragten des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz als Vorsitzenden sowie aus je einem Beauftragten der übrigen Mitglieder des Planungsausschusses zusammen.

II. Verfahren der Anmeldung zum Rahmenplan

§ 5

Anmeldung

(1) Der Planungsausschuss beschließt über die Form und den Umfang der Anmeldung nach §§ 5 und 7 GAKG.

(2) Die Länder übersenden dem Vorsitzenden ihre Anmeldung zum Rahmenplan in fünffacher Ausfertigung,

den übrigen Mitgliedern des Planungsausschusses in zweifacher Ausfertigung.

§ 6

Widerruf

Eine Zustimmung gemäß § 7 Abs. 1 GAKG wird durch Erklärung gegenüber dem Vorsitzenden widerrufen; die Erklärung soll in schriftlicher Form abgegeben werden. Der Vorsitzende setzt die übrigen Mitglieder des Planungsausschusses von der Erklärung in Kenntnis.

III. Verfahren des Planungsausschusses

§ 7

Sitzungsort

Der Planungsausschuss tagt am Sitz des Vorsitzenden. Der Planungsausschuss kann Ausnahmen beschließen.

§ 8

Einberufung

(1) Der Vorsitzende beruft den Planungsausschuss nach Bedarf ein. Der Planungsausschuss ist mindestens einmal jährlich einzuberufen; er ist außerdem einzuberufen, wenn es ein Mitglied des Planungsausschusses verlangt.

(2) Der Vorsitzende bereitet die Sitzungen vor. Hierzu werden die vom Vorsitzenden und von den übrigen Mitgliedern vorgeschlagenen Beratungsgegenstände in einer Tagesordnung zusammengestellt.

(3) Der Vorsitzende fügt der Einladung zu den Sitzungen des Planungsausschusses die Tagesordnung mit Unterlagen sowie etwaige Stellungnahmen und Empfehlungen des Unterausschusses bei.

(4) Die Einladung mit Unterlagen soll den Mitgliedern des Planungsausschusses spätestens vierzehn Tage vor der Sitzung zugehen.

§ 9

Beschlussfähigkeit

(1) Vor Eintritt in die Beratungen stellt der Vorsitzende die Ordnungsmäßigkeit der Einladungen und die Beschlussfähigkeit fest. Der Planungsausschuss ist beschlussfähig, wenn der Bund und mindestens neun Länder vertreten sind.

(2) Über nicht mit der Einladung mitgeteilte Tagesordnungspunkte darf nur beschlossen werden, wenn kein Mitglied widerspricht; § 11 gilt in diesem Falle nicht.

§ 10

Beratung und Beschlussfassung

(1) Jedes Mitglied des Planungsausschusses kann zu den Beratungsgegenständen Anträge stellen. Sind zu demselben Gegenstand mehrere Anträge gestellt worden, so ist über den weitestgehenden Antrag zuerst abzustimmen. Im Zweifelsfalle entscheidet der Vorsitzende, welcher Antrag der weitestgehende ist.

(2) Über Anträge zur Geschäftsordnung ist vor Erledigung der Sachanträge abzustimmen.

(3) Vor der Abstimmung stellt der Vorsitzende die erforderliche Stimmenmehrheit fest.

§ 11

Auslegung der Geschäftsordnung Abweichung von der Geschäftsordnung

Über Meinungsverschiedenheiten bei Auslegungen der Geschäftsordnung entscheidet der Planungsausschuss; über Abweichungen von der Geschäftsordnung ist ein einstimmiger Beschluss des Planungsausschusses erforderlich.

§ 12

Allgemeine Verfahrensgrundsätze

(1) Die Sitzungen des Planungsausschusses sind nicht öffentlich.

(2) Jedes Mitglied des Planungsausschusses kann zu den Sitzungen höchstens drei Berater hinzuziehen.

Der Planungsausschuss kann weitere Personen zulassen. Er kann zu den einzelnen Beratungsgegenständen Sachverständige heranziehen und – soweit erforderlich – Berichterstatter bestellen.

§ 13

Umlaufverfahren

(1) Hält der Vorsitzende die mündliche Beratung einer Angelegenheit für nicht erforderlich, so kann der Beschluss auf schriftlichem Wege gefasst werden (Umlaufsache).

(2) Der Vorsitzende teilt den Gegenstand der Beschlussfassung, einen Entscheidungsvorschlag und den Zeitpunkt, bis zu dem ein Votum zu dem Entscheidungsvorschlag beim Vorsitzenden eingegangen sein muss, schriftlich mit. Der Zeitpunkt nach Satz 1 muss mindestens drei Wochen nach dem Tag des Abgangs der Mittei-

lung liegen; der Abgangstag muss amtlich belegt sein. Ablehnung des Entscheidungsvorschlags sowie Stimmenthaltung sind schriftlich zu erklären; Schweigen gilt als Zustimmung.

(3) Widerspricht ein Mitglied innerhalb der Frist nach Absatz 2 schriftlich der Durchführung des Umlaufverfahrens, so setzt der Vorsitzende die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Planungsausschusses.

§ 14

Sitzungsniederschrift

(1) Über die Sitzungen des Planungsausschusses wird von einem vom Vorsitzenden bestellten Schriftführer eine Niederschrift aufgenommen. Die Niederschrift ist vertraulich. Die Vertraulichkeit kann vom Planungsausschuss durch Beschluss aufgehoben werden.

(2) Die Niederschrift muss enthalten:

- a) die Namen der Teilnehmer
- b) die behandelten Beratungsgegenstände,
- c) eine kurze Darstellung des Verlaufs der Verhandlung und der abgegebenen Erklärungen,
- d) die Anträge,
- e) die Beschlüsse,
- f) das zahlenmäßige Ergebnis der Abstimmung.

Die Niederschrift ist vom Schriftführer und vom Vorsitzenden zu unterzeichnen und sodann den übrigen Mitgliedern zu übersenden. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn die Mitglieder nicht innerhalb von drei Wochen nach Eingang schriftlich Einwendungen erheben. Werden Einwendungen erhoben, so entscheidet der Planungsausschuss.

§ 15

Verfahren des Unterausschusses

(1) Der Unterausschuss bereitet die Beschlüsse des PLANAK vor.

(2) Er wendet die für das Verfahren des Planungsausschusses geltenden Bestimmungen entsprechend mit der Maßgabe an, dass jedes Mitglied fünf Berater hinzuziehen kann.

(3) Der Unterausschuss kann dem Planungsausschuss Stellungnahmen und Empfehlungen zu den ihm zugewiesenen Beratungsgegenständen abgeben. Kommen im Unterausschuss Stellungnahmen oder Empfehlungen nicht einstimmig zustande, so stellt der Vorsitzende des Unterausschusses fest, welche Mitglieder abweichende Auffassungen vertreten.

Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 2007 bis 2010

Der Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz, dem der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz als Vorsitzender, der Bundesminister der Finanzen sowie die sechzehn für *Agrarstruktur und Küstenschutz zuständigen* Ministerinnen, Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder angehören, hat in Ausführung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK-Gesetz – GAKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), das zuletzt durch das Gesetz zur Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Änderung des GAK-Gesetzes vom 2. Mai 2002 (BGBl. I S. 1527) geändert worden ist, folgenden gemeinsamen Rahmenplan *durch Umlaufverfahren am 5. April 2007 beschlossen. Die Anwendung der Fördermaßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Europäische Kommission. Soweit die GAK-Maßnahmen zur Umsetzung der Förderpolitik zur Entwicklung des ländlichen Raums nach der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 beitragen können, werden sie als nationale Rahmenregelung nach Art. 15 (3) dieser Verordnung angemeldet; die Durchführung der Maßnahmen erfolgt entsprechend der dafür von der Europäischen Kommission erteilten Genehmigung.*

Teil I Einführung

1. Durch die Aufnahme von Artikel 91a in das Grundgesetz 1969 wurde die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zur Gemeinschaftsaufgabe erklärt.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe, deren Durchführung den Ländern obliegt, wirkt der Bund mit, weil die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes für die Gesamtheit der Lebensverhältnisse in Deutschland bedeutsam ist. Die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern dokumentiert sich in einer gemeinsamen Planung und Finanzierung der Maßnahmen.

2. In Ausführung von Artikel 91a GG ist am 3. September 1969 das Gesetz über eine Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GemAgrG; BGBl. I S. 1573) erlassen worden.

Es ist am 1. Januar 1970 in Kraft getreten und wird, geändert durch Gesetz vom 23. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2140), seit dem 1. Januar 1973 mit dem Ziel durchgeführt, eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft zu gewährleisten und deren Eingliederung in den Gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaften zu erleichtern sowie den Küstenschutz zu verbessern. Entsprechend dieser allgemeinen Zielsetzung wählt der Planungsausschuss unter Bezugnahme auf Artikel 91a GG die Einzelmaßnahmen aus, die in den Anwendungsbereich des GAKG fallen.

Durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 11. November 1993 ist der Ziel- und Aufgabenkatalog der Gemeinschaftsaufgabe erweitert worden.

Zur Verbesserung und langfristigen Sicherung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft können durch diese Änderung auch Maß-

nahmen gefördert werden, die eine markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung umfassen.

Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 8. August 1997 wurden als eigenständiger Fördertatbestand Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Umnutzung ihrer Bausubstanz zum Aufgabenbereich der Gemeinschaftsaufgabe erhoben.

3. *Die Fördermaßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sind ein zentrales Element für die Umsetzung der nationalen Strategie zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007 bis 2013 in der Bundesrepublik Deutschland nach der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER-Verordnung). Sie bilden als nationale Rahmenregelung gemäß Artikel 15 Absatz 3 dieser Verordnung die gemeinsamen Bestandteile, die von den Ländern in ihren Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums umgesetzt und durch eigene Fördermaßnahmen ergänzt werden können. Daneben tragen sie zur Umsetzung der nationalen Fischereistrategie nach der Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds bei.*

4. Für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe wird von Bund und Ländern ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt. Der gemeinsame Rahmenplan ist für den Zeitraum der mehrjährigen Finanzplanung aufzustellen, jedes Jahr sachlich zu prüfen und der Entwicklung anzupassen.

Der Rahmenplan enthält die Maßnahmen, die in den einzelnen Haushaltsjahren durchgeführt werden, und gibt die Förderungsarten (Darlehen, Zuschüsse, Zinszuschüsse,

Bürgschaften) sowie die Ziele der einzelnen Maßnahmen an. Außer den Mitteln und Maßnahmen muss der Rahmenplan auch allgemeine Grundsätze für die Vergabe der ausgewiesenen Mittel enthalten, um eine einheitliche Förderung der Maßnahmen in den Ländern zu gewährleisten.

Der Rahmenplan wird aufgrund von Anmeldungen der Länder und Vorschlägen des Bundes aufgestellt. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nimmt die Anmeldungen entgegen und legt sie mit seinen eigenen Vorschlägen dem Planungsausschuss vor. Die Anmeldungen sind zu begründen nach Art und Umfang der Maßnahmen und haben die voraussichtlichen Kosten zu enthalten.

5. Der Rahmenplan wird vom Planungsausschuss beschlossen, in dem der Bund durch den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie den Bundesminister der Finanzen und die Länder durch je eine Ministerin/Minister (Senator) vertreten sind. Der Bund hat ebenso viele Stimmen wie die 16 Länder zusammen. Der Planungsausschuss beschließt mit den Stimmen des Bundes und der Mehrheit der Stimmen der Länder, so dass zu einer Beschlussfassung 25 Stimmen erforderlich sind.

Der Planungsausschuss hat bei seinem Beschluss über die Förderungsgrundsätze und den Rahmenplan räumliche und sachliche Schwerpunkte zu bilden.

Zwischen allen Maßnahmen, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ durchgeführt werden, erfolgt eine enge Koordinierung.

6. Bei der Aufstellung des Rahmenplans sind die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern wie auch die geschlechterspezifischen Auswirkungen des Verwaltungshandelns in der Weise zu berücksichtigen, dass die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht wird. Unter Berücksichtigung der maßnahmespezifischen Zuwendungsvoraussetzungen stehen die Fördermaßnahmen Männern und Frauen unabhängig von Rasse oder ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Alter oder sexueller Veranlagung gleichermaßen offen.

7. Es besteht Einigkeit zwischen Bund und Ländern darüber, dass Aufgaben, die nicht überwiegend der Agrarstrukturverbesserung, sondern der Erhaltung der Kulturlandschaft, der Landschaftspflege und Erholungsfunktion der Landschaft oder dem Tierschutz dienen, nicht als Gemeinschaftsaufgabe anzusehen sind und daher allein aus Landesmitteln finanziert werden können. Die Länder unterrichten den Planungsausschuss über die Abgrenzung derartiger Maßnahmen gegenüber denen der Gemeinschaftsaufgabe.

Unabhängig von der unterschiedlichen Zuordnung müssen bei der Durchführung agrarstruktureller Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe die Erfordernisse der Raumordnung, Landesplanung sowie des Umweltschutzes und des Tierschutzes beachtet werden, um die

strukturellen sowie ökologischen Rahmenbedingungen des ländlichen Raumes zu verbessern.

Im Rahmen der Förderung soll verstärkt dazu beigetragen werden, eine mit ökologisch wertvollen Landschaftselementen vielfältig ausgestattete Landschaft zu erhalten und zu schaffen, den Erosionsschutz zu sichern und den Tierschutz zu verbessern.

Maßnahmen mit der Folge der Umwandlung oder einer sonstigen wesentlichen Beeinträchtigung seltener oder ökologisch wertvoller Biotope gemäß § 30 BNatSchG dürfen nicht gefördert werden. Andere wertvolle Landschaftsbestandteile sollen nicht beeinträchtigt werden.

Als solche kommen vor allem in Betracht:

- Feuchtgebiete,
- Trockenbiotope,
- für die Biotopvernetzung bedeutsame Landschaftsbestandteile,
- natur- und kulturhistorisch bedeutsame Landschaftsbestandteile.

Bund und Länder weisen auf den notwendigen Schutz der im Interesse des Naturschutzes und der Landschaftspflege erhaltenswerten Landschaftsbestandteile hin. Die Erhaltung der Landschaftsbestandteile ist mit anderen Interessen und Belangen abzuwägen.

8. Gehen die Anmeldungen der Länder erheblich über die Mitfinanzierung des Bundes hinaus, bleibt die Anwendung der Förderungsgrundsätze auf die regionalen Schwerpunkte beschränkt, die vom Planungsausschuss auf Vorschlag der Länder beschlossen werden.

9. Von den in diesem Rahmenplan beschlossenen Ansätzen kann nach vorheriger Abstimmung mit dem Bund dann abgewichen werden, wenn die Abweichung die im Rahmenplan festgelegten Ziele nicht wesentlich verändert. Abweichungen über diesen Rahmen hinaus bedürfen der Zustimmung des Planungsausschusses. Die vorherige Zustimmung des Bundes ist bei Umschichtungen innerhalb der einzelnen Maßnahmengruppen nicht erforderlich. Bei Umschichtungen zwischen den einzelnen Maßnahmengruppen ist die vorherige Zustimmung des Bundes einzuholen, sofern der umzuschichtende Betrag 3 % des Landesanteils am Gesamtvolumen des Rahmenplans oder 25 % einer Maßnahmengruppe übersteigt. Umschichtungen, die den Küstenschutz betreffen, sind in jedem Fall vorher mit dem Bund abzustimmen.

10. Im Zuwendungsbescheid ist auf die Beteiligung des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ hinzuweisen.

Bei größeren Investitionsmaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von über 1,25 Mio. Euro ist in geeigneter Weise (Schilder, Plaketten) gegenüber der Öffentlichkeit auf die Tatsache hinzuweisen, dass diese Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom Bund und jeweiligen Land mitfinanziert werden.

Teil II Förderungsgrundsätze

Förderbereich: Verbesserung der ländlichen Strukturen

Grundsätze für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung

Die Förderung von Verfahrenskosten der Neuordnung ländlichen Grundbesitzes gem. Nr. 2.4.4 ist nach Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001¹ von der Pflicht zur beihilferechtlichen Anmeldung nach Artikel 88 Abs. 3 EG-Vertrag freigestellt².

1. Zuwendungszweck

Zweck der Förderung ist es, zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen integrierter ländlicher Entwicklungsansätze unter Berücksichtigung der Ziele und Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung, der Belange des Natur- und Umweltschutzes sowie der Grundsätze der AGENDA 21 die ländlichen Räume im Sinne der *Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums*³ als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturräume zu sichern und weiter zu entwickeln. Die Maßnahmen sollen zu einer positiven Entwicklung der Agrarstruktur und einer nachhaltigen Stärkung der Wirtschaftskraft beitragen.

2. Gegenstand der Förderung

Förderungsfähig sind Aufwendungen für:

2.1 Erarbeitung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte als Vorplanung i. S. d. § 1 Abs. 2 GAKG zur Einbindung einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft in den Prozess zur Stärkung der regionalen Wirtschaft, die auf der Basis einer Analyse der regionalen Stärken und Schwächen

- die Entwicklungsziele der Region definieren,
- Handlungsfelder festlegen,
- die Strategie zur Realisierung der Entwicklungsziele darstellen und
- prioritäre Entwicklungsprojekte beschreiben.

¹ (Abl. L 358 vom 16. Dezember 2006, S. 3)

² Die Kurzbeschreibung für die Laufzeit 2007 bis 2010 wurde unter der Nummer XA 08/2007 von der Europäischen Kommission registriert.

³ *Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 (Abl. L 277, S. 1)*

Gefördert werden können Regionen, die eine auf ihre spezielle Situation zugeschnittene Entwicklungsstrategie erarbeiten. Unter einer Region ist ein Gebiet mit räumlichem und funktionalem Zusammenhang zu verstehen.

Die Konzepte können sich bei begründetem Bedarf problemorientiert auf räumliche und thematische Schwerpunkte beschränken.

2.2 Regionalmanagement zur Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung der ländlichen Entwicklungsprozesse durch

- Information, Beratung und Aktivierung der Bevölkerung,
- Identifizierung und Erschließung regionaler Entwicklungspotenziale,
- Identifizierung und Beförderung zielgerichteter Projekte.

Die Erarbeitung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte kann auch im Rahmen des Regionalmanagements vorgenommen werden.

Die Zuwendungsempfänger beauftragen Stellen außerhalb der öffentlichen Verwaltung mit der Durchführung des Regionalmanagements. Diese Stellen müssen eine hinreichende Qualifikation nachweisen.

2.3 *Die Umsetzung des Schwerpunktes 4 (Leader) nach den Artikeln 61 bis 65 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 mit Maßnahmen der GAK.*

2.4 Investive Maßnahmen sowie deren Vorbereitung und Begleitung im Zusammenhang mit land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten und deren Umstellung sowie mit Tätigkeiten im ländlichen Raum in den folgenden Bereichen:

2.4.1 Dorferneuerung und -entwicklung ländlich geprägter Orte i. S. des § 1 Abs. 1 Nummer 1d GAKG zur Erhaltung und Gestaltung des dörflichen Charakters einschließlich der Sicherung und Weiterentwicklung dorfgemäßer Gemeinschaftseinrichtungen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der dörflichen Bevölkerung sowie der dazu erforderlichen Dorfentwicklungsplanungen/-konzepte;

2.4.2 Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere zur Erschließung der landwirtschaftlichen oder touristischen Entwicklungspotenziale im Rahmen der Einkommensdiversifizierung land- oder forstwirtschaftlicher Betriebe;

2.4.3 Anlage von Schutzpflanzungen und vergleichbaren landschaftsverträglichen Anlagen im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft;

2.4.4 Neuordnung ländlichen Grundbesitzes und die Gestaltung des ländlichen Raums zur Verbesserung der Agrarstruktur in Verfahren nach dem FlurbG⁴ und dem LwAnpG⁵ einschließlich Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushalts sowie der Vorhaben des freiwilligen Nutzungstauschs;

2.4.5 Kooperation von Land- und Forstwirten mit anderen Partnern im ländlichen Raum zur Einkommensdiversifizierung oder zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten und Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Umnutzung ihrer Bausubstanz.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Für Maßnahmen nach Nummer 2.1 und Nummer 2.2 Gemeinden und Gemeindeverbände⁶ oder Zusammenschlüsse von verschiedenen Akteuren gem. Nummer 6.1 mit eigener Rechtspersönlichkeit unter Einschluss von Gemeinden oder Gemeindeverbänden.

Für die Förderung der Erarbeitung integrierter Entwicklungskonzepte oder des Regionalmanagements zur Umsetzung des Schwerpunktes 4 (Leader) nach Nummer 2.3 öffentlich-private Partnerschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit im Sinne der Artikel 61 und 62 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005.

3.2 Für Maßnahmen nach Nummern 2.4.1 bis 2.4.3

3.2.1 Gemeinden und Gemeindeverbände,

3.2.2 natürliche Personen und Personengesellschaften sowie juristische Personen des privaten Rechts.

3.3 Für Maßnahmen nach den Nummern 2.4.1 und 2.4.4 Teilnehnergemeinschaften, deren Zusammenschlüsse, Wasser- und Bodenverbände und ähnliche Rechtspersonen sowie einzelne Beteiligte und – bei freiwilligem Landtausch und freiwilligem Nutzungstausch – Tauschpartner sowie andere am Tausch beteiligte Personen.

Betriebe, die nicht unter die Definition kleiner und mittlerer Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁷ fallen, erhalten keine Beihilfen für Verfahrenskosten der Neuordnung ländlichen Grundbesitzes.

3.4 Für Maßnahmen nach den Nummern 2.4.2 und 2.4.3 Wasser- und Bodenverbände und vergleichbare Körperschaften.

⁴ Flurbereinigungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 23 des Gesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354).

⁵ Gesetz über die Anpassung der Landwirtschaft an die soziale und ökologische Marktwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik-Landwirtschaftsanpassungsgesetz- neugefasst durch Bekanntmachung vom 3. Juli 1991 (BGBl. I S. 1418) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149)

⁶ In den Stadtstaaten entsprechende Verwaltungseinheiten.

⁷ Empfehlungen der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20. Mai 2003, S. 36)

3.5 Für Maßnahmen nach Nummer 2.4.5 natürliche Personen und Personengesellschaften sowie juristische Personen des privaten Rechts.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 *Ein integriertes Entwicklungskonzept, mit dem der Schwerpunkt 4 (Leader) gemäß Nummer 2.3 umgesetzt wird, muss zusätzlich zu den Anforderungen an die Erarbeitung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte nach Nummer 2.1 die entsprechenden Anforderungen der Artikel 61 bis 65 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 erfüllen.*

Ein Regionalmanagement, mit dem der Schwerpunkt 4 (Leader) gemäß Nummer 2.3 umgesetzt wird, muss zusätzlich zu den Anforderungen an Regionalmanagements nach Nummer 2.2 die entsprechenden Anforderungen der Artikel 61 bis 65 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005, insbesondere die zu einer öffentlich-privaten Partnerschaft gemäß Artikel 62 dieser Verordnung erfüllen.

Werden zur Umsetzung des Schwerpunktes 4 (Leader) nach Nummer 2.3 Maßnahmen nach anderen Fördergrundsätzen der GAK gefördert, gelten die Bestimmungen des jeweiligen Förderungsgrundsatzes.

4.2 Die Länder tragen dafür Sorge, dass die Maßnahmen nach den Nummern 2.4.1 bis 2.4.3 und 2.4.5 insbesondere in Regionen mit agrarstrukturellen oder allgemeinen wirtschaftlichen Defiziten gefördert werden.

4.3 *Maßnahmen der Dorferneuerung und -entwicklung nach Nummer 2.4.1, die außerhalb eines Entwicklungskonzepts nach Nummer 2.1 durchgeführt werden, sollen auf der Grundlage von Konzepten der Dörfer ausgewählt werden, aus denen die geplanten Maßnahmen für eine nachhaltige Dorfentwicklung sowie die Wege zur Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements hervorgehen.*

4.4 Bei Maßnahmen nach Nummer 2.4.5 hat der Zuwendungsempfänger einen Nachweis über die Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit der durchzuführenden Maßnahme zu erbringen.

Im Falle von Kooperationen von Land- und Forstwirten mit anderen Partnern im ländlichen Raum nach Nr. 2.4.5 können Zuwendungen nur für Kleinstunternehmen gemäß der Empfehlung der Kommission 2003/361/EG gewährt werden.

4.5 *Die Förderung von Investitionen nach Nr. 2.4 erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die geförderten*

– *Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,*

– *Maschinen, technischen Einrichtungen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung*

veräußert oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet werden.

4.6 Von der Förderung nach *Nummer 2.4.4* ausgeschlossen sind

- Entwässerung von Ackerland, Grünland oder Ödland,
- Umwandlung von Grünland und Ödland in Ackerland,
- Beschleunigung des Wasserabflusses,
- Bodenmelioration und
- Beseitigung von Landschaftselementen wie Tümpel, Hecken, Gehölzgruppen oder Wegraine.

Die Wirkungen des Flurbereinigungsverfahrens auf Natur und Landschaft sind zu dokumentieren.

Der Förderausschluss gilt im Einzelfall nicht, wenn die o. g. Maßnahmen im Einvernehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde durchgeführt werden.

4.7 Nicht zuwendungsfähig sind:

- Bau und Erschließungsmaßnahmen in Neubau-, Gewerbe- und Industriegebieten,
- Landankauf mit Ausnahme des Landzwischenverkehrs in Verfahren nach dem FlurbG und dem LwAnpG und von bebauten Grundstücken durch Gemeinden und Gemeindeverbände,
- Kauf von Lebendinventar,
- Planungsarbeiten, die gesetzlich vorgeschrieben sind,
- Beratungs- und Betreuungsleistungen der öffentlichen Verwaltung,
- Maßnahmen nach *Nummer 2.4* in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern,
- Betriebskosten bei Maßnahmen nach *Nummer 2.4*,
- Maßnahmen gemäß *Nummer 2.4.2* für natürliche und juristische Personen des privaten Rechts mit Ausnahme von Infrastruktureinrichtungen, die uneingeschränkt der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen und die – im Falle von Wegebau – dem Schluss von Lücken in Wegenetzen dienen,
- Investitionen in Gemeinschaftseinrichtungen bei Maßnahmen nach *Nummer 2.4.1* für natürliche Personen und Personengesellschaften sowie juristische Personen des privaten Rechts,
- Maßnahmen nach *Nummer 2.4.5*, wenn eine Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ oder anderer Förderprogramme möglich ist.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

5.1 Die Zuwendungen werden als Zuschuss gewährt.

Die Bestimmungen der *Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen*⁸ sind bei Maßnahmen nach *Nummer 2.4.5* zu beachten.

⁷ In Stadtstaaten kann die Untergrenze von 30 000 Einwohnern ausnahmsweise zur Anwendung kommen.

⁸ (Abl. L 379 vom 28. Dezember 2006, S. 5)

5.2 Die Erarbeitung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte nach *Nummer 2.1* oder im Rahmen von *Schwerpunkt 4 (Leader)* nach *Nummer 2.3* kann mit bis zu 75 % der Kosten gefördert werden. Der Zuschuss je Konzept beträgt einmalig bis zu 50 000 Euro.

5.3 Für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren kann in Regionen mit mindestens 50 000 Einwohnern ein Regionalmanagement nach *Nummer 2.2* oder im Rahmen von *Schwerpunkt 4 (Leader)* nach *Nummer 2.3* mit bis zu 70 % der Kosten jedoch höchstens mit 75 000 Euro jährlich gefördert werden.

Die Länder können in dünn besiedelten Räumen zulassen, dass ein Regionalmanagement auch in Regionen mit mindestens 30 000 Einwohnern gefördert wird⁷.

5.4 Die Förderung von Maßnahmen anderer Fördergrundsätze der GAK, mit denen der *Schwerpunkt 4 (Leader)* gemäß *Nummer 2.3* umgesetzt wird, richtet sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Förderungsgrundsatzes.

5.5 Für die Finanzierung der Maßnahmen nach den Nummern 2.4.1 – 2.4.3 können Zuschüsse in folgender Höhe gewährt werden:

5.5.1 bis zu 45 % der Kosten bei Zuwendungsempfängern nach Nummern 3.2.1, 3.3 und 3.4.

5.5.2 bis zu 25 % bei Zuwendungsempfängern nach *Nummer 3.2.2*;

5.5.3 bis zu 100 % für Vorarbeiten bei besonders innovativen Vorhaben von landesweitem Interesse nach *Nummer 2.4.1*.

5.6 Für die Finanzierung der Maßnahmen nach *Nummer 2.4.5* können Zuschüsse in Höhe von bis zu 25 % gewährt werden. Der Gesamtwert der einem Unternehmen gewährten de-minimis-Beihilfen darf 200 000 Euro bezogen auf einen Zeitraum von drei Jahren nicht übersteigen.

Hat die Investition die Stromproduktion für Dritte zum Gegenstand und erfolgt die Vergütung für die Stromabgabe gemäß EEG⁹, kann ein Zuschuss von bis zu 10 % und bis zu 100 000 Euro gewährt werden.

5.7 Für die Finanzierung von Maßnahmen nach *Nummer 2.4.4*.

5.7.1 ist bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausführungskosten nach FlurbG und der Aufwendungen für den freiwilligen Nutzungstausch sowie für Vorarbeiten im Sinne von *Nummer 2.4* von den Ausgaben auszugehen, die dem Zuwendungsempfänger nach Abzug der Zuschüsse und sonstiger Leistungen Dritter zu den Ausführungskosten oder zu den anderen Aufwendungen als Verpflichtung verbleiben.

⁹ Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien – Erneuerbare-Energien-Gesetz, BGBl I 2004, 1918, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. November 2006 BGBl I 2006, 2550

5.7.2 richtet sich die Eigenleistung der Teilnehmergemeinschaft nach deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und den Vorteilen aus der Durchführung des Verfahrens. *Die Förderung beträgt bis zu 75 %, bei Weinbergsflurberreinigungen bis zu 55 % der zuwendungsfähigen Ausführungskosten.* Die Länder können Verfahren mit besonderer ökologischer Zielsetzung und Verfahren mit hoher Bedeutung für die Erhaltung der Kulturlandschaft mit bis zu 80 % fördern.

Für Verfahren zur Feststellung und Neuordnung der Eigentumsverhältnisse nach §§ 53 bis 64b LwAnpG beträgt die Förderung bis zu 90 % der zuwendungsfähigen Ausführungskosten.

Für Verfahren die bis zum 31. Dezember 2006 angeordnet wurden, können die zum Zeitpunkt der Anordnung geltenden Fördersätze angewendet werden.

5.7.3 kann im freiwilligen Nutzungstausch für nicht investive Aufwendungen der Tauschpartner und für Leistungen für eine langfristige Pachtbindung zum Zwecke der Erhaltung der Kulturlandschaft und zur standortangepassten Landbewirtschaftung (Pachtprämie) ein Zuschuss gewährt werden. Der Zuschuss darf bei Aufwendungen der Tauschpartner 75 Prozent der als zuwendungsfähig anerkannten Kosten nicht überschreiten. Die Pachtprämie¹⁰ darf einmalig 200 Euro/ha nicht überschreiten.

5.8 *In den neuen Ländern gelten in den Jahren 2007, 2008 und 2009 übergangsweise folgende Fördersätze:*

- bei Nummer 5.5.1: bis zu 65 % der förderfähigen Ausgaben,
- bei Nummer 5.5.2 und Nummer 5.6: bis zu 35 % der förderfähigen Ausgaben.

5.9 Die Fördersätze für Maßnahmen nach Nummer 2.4, die der Umsetzung eines integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes nach Nummer 2.1 oder im Rahmen des Schwerpunktes 4 (Leader) nach Nummer 2.3 dienen, können um bis zu 10 Prozentpunkte gegenüber den Fördersätzen nach den Nummern 5.5 bis 5.7 erhöht werden.

Vor dem 1. Januar 2007 abgeschlossene vergleichbare Planungen und Konzepte werden den integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten gleichgestellt.

Satz 1 gilt nicht für Verfahren zur Feststellung und Neuordnung der Eigentumsverhältnisse nach §§ 53 bis 64b LwAnpG⁵ sowie für Investitionen zur Stromproduktion für Dritte mit Vergütung der Stromabgabe gemäß EEG⁹.

5.10 Bei Maßnahmen gemäß Nummer 2.4 können eigene Arbeitsleistungen der Zuwendungsempfänger nach Nummer 3.2.1 sowie von *Teilnehmergemeinschaften,*

Wasser- und Bodenverbänden und Vereinen, die den Status der Gemeinnützigkeit erfüllen, mit bis zu 60 % des Betrages, der sich bei Vergabe der Leistungen an ein Unternehmen (ohne Berechnung der Umsatzsteuer) ergeben würde, berücksichtigt werden. Die Summe der Zuwendungen für Sachleistungen darf die Summe der baren Ausgaben nicht überschreiten.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 In die Erarbeitung des integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts sollen die Bevölkerung und die relevanten Akteure der Region in geeigneter Weise einbezogen werden. Dazu gehören in der Regel

- der landwirtschaftliche Berufstand,
- die Gebietskörperschaften,
- die Einrichtungen der Wirtschaft wie Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer,
- die Verbraucherverbände,
- die Umweltverbände,
- die Träger öffentlicher Belange.

Die integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte müssen mindestens folgende Elemente beinhalten:

- Kurzbeschreibung der Region,
- Analyse der regionalen Stärken und Schwächen,
- Auflistung der Entwicklungsziele und geeigneter Prüfindikatoren,
- Darlegung der Entwicklungsstrategie, der Handlungsfelder und Leitprojekte,
- Festlegung von Kriterien zur Auswahl der Förderprojekte,
- Kriterien für die Bewertung der Zielerreichung.

Der Prozess der Erarbeitung des Konzepts ist zu dokumentieren.

6.2 *Je genau abgegrenzter Region sind bezogen auf die Aktivitäten der ländlichen Entwicklung jeweils nur ein integriertes Entwicklungskonzept und ein Regionalmanagement förderfähig. In einer Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2008 können gegebenenfalls geringfügige Überschneidungen geduldet werden.*

6.3 *Soweit das Regionalmanagement nach Nummer 2.2 nicht der Umsetzung des Schwerpunktes 4 (Leader) dient, initiiert, organisiert und begleitet es regionale Entwicklungsprozesse, die gemäß Artikel 59 Buchstabe e der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 durchgeführt werden. Die Akteure gemäß Nummer 6.1 sind dem entsprechend in die Arbeit des Regionalmanagements einzubeziehen. Die Arbeit des Regionalmanagements und die Einbezie-*

¹⁰ Die Pachtprämie wird nur an Nichtlandwirte als Verpächter unter Beachtung der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 (de-minimis-Beihilfen) gewährt.

hung der Akteure nach Nummer 6.1 sind in jährlichen Tätigkeitsberichten zu dokumentieren.

6.4 Das integrierte ländliche Entwicklungskonzept ist im Rahmen seiner Zielsetzung mit bereits vorhandenen oder beabsichtigten Planungen, Konzepten oder Strategien abzustimmen. Der Abstimmungsprozess ist zu dokumentieren. Die Dokumentation ist Bestandteil des integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts.

6.5 Das Regionalmanagement stimmt sich mit den Stellen in der Region ab, die ähnliche Ziele verfolgen. Der Abstimmungsprozess ist zu dokumentieren.

6.6 Maßnahmen nach *den Nummern 2.4.1 und 2.4.5*, die der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von in Anhang I des EG-Vertrags genannten Produkten dienen, werden nach dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) gefördert.

Grundsätze für die Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen

1. Zuwendungszweck

Umweltverträgliche Bewirtschaftung der Wasserressourcen durch Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur und des Hochwasserschutzes als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums unter Berücksichtigung der Ziele der EG-Wasserrahmenrichtlinie.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 *Konzeptionelle Vorarbeiten und Erhebungen im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nrn. 2.2 bis 2.7.*

2.2 *Neubau und Erweiterung von Hochwasserschutzanlagen einschließlich Wildbachverbauung.*

2.3 *Rückbau von Deichen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes, insbesondere zur Wiedergewinnung von Überschwemmungsgebieten.*

2.4 *Maßnahmen zur naturnahen Gewässerentwicklung, um den ökologischen und chemischen Zustand der oberirdischen Gewässer zu verbessern, z. B. durch*

- *Schaffung von Gewässerentwicklungsräumen;*
- *Verbesserung der Durchgängigkeit;*
- *Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft.*

2.5 *Neubau und Erweiterung von Abwasserbehandlungsanlagen bis zu einer Größe von 5 000 Einwohnerwerten (EW) in ländlichen Gemeinden und die dazugehörigen Kanalisationen sowie entsprechende Kanalisationen zu bereits bestehenden Abwasserbehandlungsanlagen, unabhängig von deren Bemessungsgröße. Ausgenommen sind Erschließungsmaßnahmen neuer oder geplanter Siedlungs- und Industriegebiete.*

2.6 *Neubau und Erweiterung von Wasser sparenden überbetrieblichen Einrichtungen zur Entnahme, Speicherung und Zuleitung von Wasser für Beregnungszwecke bis zur Übergabestelle an das jeweilige einzelbetriebliche Bewässerungsnetz.*

2.7 *Neubau und Erweiterung von Anlagen zur Wasserspeicherung, Grundwasseranhebung und Pumpenanlagen zur überbetrieblichen Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Wasserressourcen.*

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können das Land, sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts oder Unterhaltungspflichtige an Gewässern sein.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 *Hochwasserschutzmaßnahmen nach Nrn. 2.2 und 2.3 dürfen nur im Rahmen eines Hochwasserschutzkonzeptes gefördert werden und wenn sie mit den betroffenen Ober- und Unterliegern erörtert sind.*

4.2 *Der Wiedergewinnung von Überschwemmungsgebieten nach Nr. 2.3 ist gegenüber dem Neubau oder der Erweiterung von Hochwasserschutzanlagen nach Nr. 2.2 Vorrang zu geben.*

4.3 *Anlagen nach Nr. 2.5 dürfen nur gefördert werden, wenn aus mehreren Alternativen die Vorzugslösung durch eine dynamische Kostenvergleichsrechnung (KVR-Leitlinie der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser) ermittelt worden ist.*

4.4 *Technische Einrichtungen nach Nr. 2.6 dürfen nur nach Vorliegen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung und nur in Regionen gefördert werden, die im langjährigen Mittel von April bis September eine negative klimatische Wasserbilanz aufweisen.*

4.5 *Zuwendungen werden gewährt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die geförderten*

- *Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,*
- *technischen Einrichtungen, Maschinen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung veräußert oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet werden.*

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

5.1 Art der Zuwendungen

Zuwendungen werden als Zuschuss gewährt.

5.2 Umfang der Zuwendungen

5.2.1 Zuwendungsfähig sind:

- *die förderungsfähigen Kosten die nach Abzug von Leistungen Dritter verbleiben;*
- *die Kosten für Architekten- und Ingenieurleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der jeweils geltenden Fassung;*
- *die infolge wasserwirtschaftlicher Maßnahmen notwendigen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege;*
- *notwendiger Grunderwerb für alle baulichen Anlagen bis max. 10 % der zuschussfähigen Gesamtausgaben;*

- *notwendiger Grunderwerb für sonstige wasserwirtschaftliche Maßnahmen.*

5.2.2 Nicht zuwendungsfähig sind:

- der Bau von Verwaltungsgebäuden;
- die Beschaffung von Kraftfahrzeugen und Geräten;
- die Unterhaltung und Pflege von Gewässern und wasserwirtschaftlichen Anlagen;
- *mobile Hochwasserschutzwände;*
- gewässerkundliche Daueraufgaben;
- institutionelle Förderungen;
- *Grunderwerb landwirtschaftlich nutzbarer Flächen in Hochwasserrückhaltebecken und -poldern;*
- *Hochwasserschutzanlagen zum Schutz neuer oder geplanter Siedlungs- und Industriegebiete.*

5.3 Höhe der Zuwendungen

5.3.1 Die Förderung durch Zuschüsse kann bis zu 70 % der förderungsfähigen Kosten betragen.

5.3.2 Die Förderung nach Nrn. 2.2 bis 2.4 kann bis zu 80 % betragen, sofern die Maßnahmen im übergeordne-

ten Interesse liegen (z. B. Bewirtschaftungsplan) und die Unterlieger besondere Vorteile durch die Maßnahme genießen.

5.4 Ist das Land auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen Begünstigter oder zur Zahlung der Baukosten verpflichtet, werden 60 % der ihm anfallenden förderungsfähigen Kosten vom Bund erstattet.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Die Zuwendungsempfänger dürfen die Zuschüsse nicht an natürliche Personen oder juristische Personen des Privatrechts weitergeben oder ausleihen.

Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen, wenn dadurch sichergestellt ist, dass ein Vorhaben wirtschaftlich günstiger durchgeführt werden kann.

6.2 Die Zuwendungsempfänger dürfen nicht geringer belastet werden, als ihnen unter Berücksichtigung aller Vorteile zugemutet werden kann. Dabei sollen die Vorteile der Zuwendungsempfänger durch Eigenleistungen in angemessener Höhe berücksichtigt werden. Eigenleistungen sind bare Eigenmittel, Darlehen und der Wert der unbaren Leistungen.

Förderbereich: Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen**Grundsätze für die einzelbetriebliche Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen****A. Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)****B. Förderung von Investitionen zur Diversifizierung****C. Förderung der einzelbetrieblichen Beratung in Verbindung mit Managementsystemen****A. Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)**

Die Förderung der Primärproduktion ist nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 (ABl. L 358 vom 16. Dezember 2006, S. 3) von der Pflicht zur beihilferechtlichen Anmeldung nach Artikel 88 Abs. 3 EG-Vertrag freigestellt¹.

Die Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ist nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen (zuletzt geändert durch die o.g. Verordnung) von der Pflicht zur beihilferechtlichen Anmeldung nach Artikel 88 Abs. 3 EG-Vertrag freigestellt².

1. Zuwendungszweck

Zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, umweltschonenden, tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft können investive Maßnahmen in landwirtschaftlichen Unternehmen gefördert werden.

Die Interessen der Verbraucher, die Entwicklung des ländlichen Raumes sowie die Erhaltung der biologischen Vielfalt sind ebenso zu berücksichtigen wie die Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Förderungsfähig sind Investitionen in langlebige Wirtschaftsgüter, die

- die Voraussetzungen des Art. 26, Abs. 1 a der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005³ (ELER) erfüllen,
- der Erzeugung, Verarbeitung oder Direktvermarktung von Anhang-I-Erzeugnissen dienen, und
- durch Schaffung der baulichen und technischen Voraussetzungen einem oder mehreren der unter den Nrn. 2.1.1 und 2.1.2 genannten Ziele dienen.

Unter der Verarbeitung eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses ist die Einwirkung auf ein Erzeugnis, das im Anhang I des EG-Vertrages genannt ist, zu verstehen, bei der auch das durch die Einwirkung entstehende Produkt zu im vorgenannten Anhang aufgeführten Erzeugnissen zählt.

Bemessungsgrundlage der Förderung von Investitionen nach Nr. 2.1 sind die nachfolgend aufgeführten Ausgaben, soweit sie für die zu fördernden Vorhaben notwendig sind:

- Errichtung, Erwerb oder Modernisierung von unbeweglichem Vermögen;
- Kauf von neuen Maschinen und Anlagen der Innenwirtschaft, einschließlich der für den Produktionsprozess notwendigen Computersoftware, bis zum marktüblichen Wert des Wirtschaftsgutes;
- allgemeine Aufwendungen, etwa für Architektur- und Ingenieurleistungen sowie für Beratung, Betreuung von baulichen Investitionen, Durchführbarkeitsstudien, den Erwerb von Patentrechten und Lizenzen, bis zu einem Höchstsatz von insgesamt 12 % der in den ersten beiden Titeln der genannten förderfähigen Ausgaben.

2.1.1 Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch

- Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen,
- Rationalisierung und Senkung der Produktionskosten,
- Erhöhung der betrieblichen Wertschöpfung.

2.1.2 Erfüllung besonderer Anforderungen

Verbesserung des Tierschutzes und der Tierhygiene durch Schaffung der baulichen und technischen Anforderungen gemäß Anlage 1.

2.2 Eingeschränkte Förderung

¹ Die Kurzbeschreibung für die Laufzeit 2007 bis 2010 wurde unter der Nummer XA 08/2007 von der Europäischen Kommission registriert.

² Die Kurzbeschreibung für die Laufzeit 2007 bis 2010 wurde unter der Nummer XA 7007/2007 von der Europäischen Kommission registriert.

³ Verordnung (EG) Nr.1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (ABl. L 277 vom 21. Oktober 2005, S.1)

2.2.1 Beachtung betrieblicher Referenzmengen

Investitionen in Bereichen mit betrieblichen Referenzmengen sind nur im Rahmen dieser Referenzmengen förderbar.

Der Nachweis der betrieblichen Referenzmenge ist spätestens bei Vorlage des Verwendungsnachweises zu erbringen.

2.2.2 Landankauf

Die Förderung des Landankaufs ist nur zur Verlegung des Betriebes oder wesentlicher Betriebsteile in den Außenbereich oder zur Zusammenführung von getrenntem Boden- und Gebäudeeigentum bis zu einer Höhe von 10 % der Bemessungsgrundlage zulässig.

2.2.3 Betreuung

Die Gebühren für die Betreuung von Investitionsvorhaben sind bei einem förderungsfähigen baulichen Investitionsvolumen von mehr als 100 000 Euro förderungsfähig.

2.3 Förderungsausschluss

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

2.3.1 der Erwerb von Produktionsrechten und Gesellschaftsanteilen, Tieren, Pflanzrechten oder Pflanzen, es sei denn, sie dienen der Anlage von Dauerkulturen, sowie Ersatzinvestitionen,

2.3.2 Maschinen und Geräte für die Außenwirtschaft,

2.3.3 laufende Betriebsausgaben, Ablösung von Verbindlichkeiten, Erbschaftssteuer, Kreditbeschaffungskosten und Gebühren für eine Beratung in Rechtssachen,

2.3.4 Umsatzsteuer und unbare Eigenleistungen,

2.3.5 Investitionen in Wohnungen und Verwaltungsgebäude.

3. Zuwendungsempfänger

Gefördert werden Unternehmen, unbeschadet der gewählten Rechtsform, die im Sinne der Empfehlungen 2003/361/EG der Kommission Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen sind, wenn

entweder

- deren Geschäftstätigkeit zu wesentlichen Teilen (mehr als 25 % Umsatzerlöse) darin besteht, durch Bodenbewirtschaftung oder durch mit Bodenbewirtschaftung verbundene Tierhaltung pflanzliche oder tierische Erzeugnisse zu gewinnen und
- die in § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) genannte Mindestgröße erreicht oder überschritten wird,

oder

wenn das Unternehmen einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftet und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgt.

Als Tierhaltung im Sinne des 1. Titels gelten auch die Imkerei, die Aquakultur, die Binnenfischerei sowie die Wanderschäfferei.

Nicht gefördert werden Unternehmen,

- bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 % des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt oder
- die sich im Sinne der „Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten“ in Schwierigkeiten befinden.

4. Zuwendungsvoraussetzungen**4.1 Allgemeine Anforderungen**

Der Zuwendungsempfänger hat:

- berufliche Fähigkeiten für eine ordnungsgemäße Führung des Betriebes nachzuweisen. Bei juristischen Personen und Personengesellschaften muss mindestens ein Mitglied der Unternehmensleitung diese Voraussetzung erfüllen,
- grundsätzlich eine Vorwegbuchführung für mindestens zwei Jahre vorzulegen,
- wenn die Länder es vorgeben, eine Buchführung für mindestens fünf Jahre vom Zeitpunkt der Bewilligung an fortzuführen, die dem BMELV-Jahresabschluss entspricht und
- einen Nachweis in Form eines Investitionskonzeptes über die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und der durchzuführenden Maßnahmen zu erbringen.

Aus der Vorwegbuchführung soll sich eine angemessene Eigenkapitalbildung des Unternehmens nachweisen lassen. Das Investitionskonzept soll eine Abschätzung über die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens auf Grund der durchzuführenden Maßnahme zulassen.

Die Länder stellen im Rahmen der Durchführung der Förderung nach diesen Grundsätzen sicher, dass die Prosperität des Zuwendungsempfängers geprüft wird.

4.2 Existenzgründung

Bei Unternehmen, die während eines Zeitraumes von höchstens zwei Jahren vor Antragstellung gegründet wurden und die auf eine erstmalige selbständige Existenzgründung zurückgehen, gelten die Zuwendungsvoraussetzungen der Nr. 4.1 mit der Maßgabe, dass

- statt einer angemessenen Eigenkapitalbildung ein angemessener Eigenkapitalanteil am Unternehmen und am zu fördernden Vorhaben sowie
- die Wirtschaftlichkeit der durchzuführenden Maßnahmen durch eine differenzierte Planungsrechnung nachzuweisen ist.

Diese Bestimmungen gelten nicht für Unternehmen, die infolge einer Betriebsteilung oder im Rahmen der Hofnachfolge neu gegründet werden.

4.3 Junglandwirte

Junglandwirte (zum Zeitpunkt der Antragstellung jünger als 40 Jahre), die nach Nr. 5.2.4 gefördert werden, müssen zusätzlich zur Erfüllung der Nr. 4.1 sowie ggf. 4.2 nachweisen, dass die geförderte Investition während eines Zeitraumes von fünf Jahren nach der erstmaligen Niederlassung als Allein- oder Mitunternehmer in einem landwirtschaftlichen Betrieb getätigt wird.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

5.1 Zuwendungsort

Die Zuwendungen können als

- Zuschüsse und
- Bürgschaften

gewährt werden.

Das Mindestinvestitionsvolumen beträgt 30 000 Euro.

Die Förderung wird begrenzt auf ein förderungsfähiges Investitionsvolumen von 1,5 Mio. Euro. Diese Obergrenze kann in den Jahren von 2007 bis 2013 höchstens einmal ausgeschöpft werden.

Der Gesamtwert der nach Nrn. 5.2 bis 5.3 gewährten Beihilfen darf, ausgedrückt als Prozentsatz der Bemessungsgrundlage, den Wert von 40 % und, ausgedrückt als absolute Zahl, in keinem Zeitraum von drei Wirtschaftsjahren den Betrag von 400 000 Euro übersteigen.

5.2 Höhe der Zuwendungen

Bei Investitionen nach Nr. 2 können folgende Zuwendungen gewährt werden:

5.2.1 Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nach Nr. 2.1.1

Es kann ein Zuschuss von bis zu 25 % der Bemessungsgrundlage gewährt werden.

5.2.2 Erschließung

Bezogen auf die für die Erschließung erforderlichen Kosten kann abweichend von Nr. 5.2.1 ein Zuschuss von 30 % gewährt werden, wenn und soweit die Erschließung einer Verlegung des Betriebes oder wesentlicher Betriebsteile in den Außenbereich dient und die Betriebsverlegung im erheblichen öffentlichen Interesse liegt.

5.2.3 Erfüllung besonderer Anforderungen nach Nr. 2.1.2

Es kann ein Zuschuss von bis zu 30 % der Bemessungsgrundlage (einschließlich der erforderlichen Erschließungskosten) gewährt werden.

5.2.4 Junglandwirteförderung

Bei Junglandwirten nach Nr. 4.3 kann zusätzlich ein Zuschuss von bis zu 10 % der Bemessungsgrundlage, max. 20 000 Euro, gewährt werden.

5.2.5 Förderung der Betreuung

Der Zuschuss zur Förderung der Betreuung beträgt bei einem Investitionsvolumen von

- bis zu 250 000 Euro max. 5 500 Euro,
- über 250 000 bis zu 500 000 Euro max. 8 000 Euro,
- über 500 000 Euro max. 10 500 Euro.

Eine weitere Förderung der Betreuung mit Zuschüssen nach den Nrn. 5.2.1 bis 5.2.4 ist ausgeschlossen.

Der Eigenbeitrag des Zuwendungsempfängers zu den Betreuungsgebühren beträgt mindestens 1 % des Investitionsvolumens.

5.3 Bürgschaften

Für Kapitalmarktdarlehen, die zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der förderungsfähigen Investitionen erforderlich sind, können gemäß Anlage 2 anteilige modifizierte Ausfallbürgschaften von den Ländern übernommen werden.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Zweckbindungsfrist

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die geförderten

- Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
- Maschinen, technischen Einrichtungen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Verwendungszweck entsprechend verwendet werden.

6.2 Evaluation

Die Länder stellen im Zuge der Durchführung der Förderung sicher, dass die für eine Evaluation der Förderung nach diesem Grundsatz erforderlichen Daten erhoben werden können. Die Länder können hierzu die Buchführungsaufgabe nach Nr. 4.1 nutzen.

Beim BMELV-Jahresabschluss können die Länder die Erstellung nachfolgender, zwischen Bund und Ländern abgestimmter Abschnitte der Buchführung jeweils für fakultativ erklären: Forderungenspiegel, Verbindlichkeitspiegel, Einzelaufstellung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Naturalbericht, ergänzende Angaben zum Unternehmen, persönliche Angaben.

Anstelle des BMELV-Jahresabschlusses kann in Ausnahmefällen zur Vermeidung von Härten von den Bewilligungsbehörden auch die Vorlage eines steuerlichen Jahresabschlusses akzeptiert werden. In diesem Falle kann jedoch die Vorlage zusätzlicher Unterlagen zur Beurteilung der Förderungswürdigkeit verlangt werden.

6.3 Kumulierbarkeit

Vorhaben, die aus Mitteln anderer öffentlicher Förderungsprogramme gefördert werden, dürfen nicht gleichzeitig nach diesen Grundsätzen gefördert werden.

Anlage 1**Bauliche Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung**

Mit den zu fördernden Investitionen sind die baulichen und technischen Voraussetzungen zur Einhaltung der folgenden Anforderungen zu schaffen:

Generelle Anforderung:

Ställe müssen so beschaffen sein, dass deren tageslichtdurchlässige Flächen mindestens

- 3 % der Stallgrundfläche bei Mastschweinen, Zuchtsauen, Zuchtebern und Ferkeln sowie
 - 5 % bei allen übrigen Tierarten
- betragen.

Anforderungen an Laufställe für Milchkühe und Aufzuchttrinder

- Förderungsfähig sind Liegeboxenlaufställe oder Mehrflächenställe (z. B. Tiefstreu- oder Tretmiststall).
- Für jedes Tier ist ein Grundfutterfressplatz bereitzustellen, dessen Breite dazu ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können. Bei Vorratsfütterung ist ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1,2 : 1 zulässig.
- Die spaltenfreie Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.
- Die nutzbare Stallfläche muss mind. 5 m² je Großvieheinheit betragen.
- Laufgänge müssen ausreichend breit sein, so dass sich die Tiere stressfrei begegnen können.
- Im Falle von Liegeboxen ist für jedes Tier eine Liegebox bereitzustellen.
- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder anderem Komfort schaffenden Material (Komfortmatten geprüfter und anerkannter Qualität) versehen werden können.

Anforderungen an die Kälberhaltung

- Der Stall muss so beschaffen sein, dass die Kälber ab der 5. Lebenswoche in Gruppen gehalten werden können.
- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere einer Gruppe gleichzeitig liegen können.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter Einstreu versehen werden können.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren entweder während der Weideperiode täglich ein Auslauf mit freiem Zugang zu einer Tränkevorrichtung geboten werden kann oder die Tiere im Offenstall (einschließlich Kälberhütten) gehalten werden.

Anforderungen an Haltungsformen in der Rindermast (außer Mutterkuhhaltung)

- Für jedes Tier ist ein Grundfutterfressplatz bereitzustellen, dessen Breite ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können. Bei Vorratsfütterung ist ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1,5 : 1 zulässig.
- Perforierte Böden (mit einer Spaltenbreite von max. 3,5 cm) dürfen höchstens 50 % der nutzbaren Stallfläche ausmachen.
- Die verfügbare Fläche muss
 - bis 350 kg Lebendgewicht mind. 3,5 m² pro Tier und
 - über 350 kg Lebendgewicht mind. 4,5 m² pro Tier betragen.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder anderem Komfort schaffenden Material (Komfortmatten geprüfter und anerkannter Qualität) versehen werden können.
- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.

Anforderungen an die Haltung von Mutterkühen

- Die nutzbare Stallfläche muss mind. 5 m² je Großvieheinheit betragen.
- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter Einstreu versehen werden können.
- Der Stall muss über einen Zugang zu einem befestigten Auslauf verfügen, der so bemessen ist, dass er für den Aufenthalt der gesamten Herde ausreicht.

Anforderungen an die Haltung von Mastschweinen

- Für je sechs Tiere ist eine Tränke bereitzustellen.
- Die Gruppengröße muss, soweit es die Bestandsgröße zulässt, mindestens 20 Tiere umfassen.
- Die Buchten müssen so groß und so gestaltet sein, dass sie in Fressbereich, Liegebereich und Bewegungs-/Abkotbereich strukturiert werden können.
- Für Zuchtläufer und Mastschweine muss eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 % größer ist, als nach § 24 Abs. 2 TierSchNutztV⁴ vorgeschrieben. Der Liegebereich muss
 - ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden können oder
 - mit Tiefstreu versehen werden können oder

⁴ Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchutzNutztV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. August 2006 (BGBl. I, S. 2044)

- mit einer Komfortliegefläche ausgestattet sein, wobei im Stall für alle Tiere zugänglich mindestens drei verschiedenartige manipulierbare Beschäftigungselemente in einer ausreichenden Anzahl zur Verfügung stehen müssen. Geeignet hierfür sind Holz an Ketten, eine besondere Fütterungstechnik, die die Dauer der Futteraufnahme beim Tier ausdehnt und eine Beschäftigung induziert, Strohraufen oder vergleichbare Elemente.

Anforderungen an die Haltung von Zuchtsauen und Zuchtebern

- Die Haltungseinrichtung für Eber muss eine Fläche aufweisen, die mindestens 20 % größer ist, als nach § 20 TierSchNutzV⁴ vorgeschrieben.
- Für Jungsaunen und Sauen muss im Zeitraum von über vier Wochen nach dem Decken bis eine Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 % größer ist als nach § 25 Abs. 2 TierSchNutzV vorgeschrieben. Der Liegebereich muss im genannten Produktionsabschnitt
 - ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden können oder
 - mit Tiefstreu versehen werden können oder
 - mit einer Komfortliegefläche ausgestattet sein, wobei im Stall für alle Tiere zugänglich mindestens drei verschiedenartige manipulierbare Beschäftigungselemente in einer ausreichenden Anzahl zur Verfügung stehen müssen. Geeignet hierfür sind Holz an Ketten, eine besondere Fütterungstechnik, die die Dauer der Futteraufnahme beim Tier ausdehnt und eine Beschäftigung induziert, Strohraufen oder vergleichbare Elemente.
- Im Falle der Trogfütterung ist je Sau bzw. Jungsau ein Fressplatz bereitzustellen, dessen Breite es zulässt, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können.
- Die Mindestfläche je Abferkelbucht muss 4,5 m² betragen.
- Der Kastenstand muss so ausgestaltet sein, dass er nach dem Abferkeln dauerhaft geöffnet werden kann. Die Sau muss sich dann ungehindert umdrehen können.

Anforderungen an die Haltung von Ziegen

- Für jedes Tier ist ein Fressplatz bereitzustellen, dessen Breite dazu ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können.
- Der Stallraum muss mit einem planbefestigten Boden sowie einer Ablamm- bzw. Absonderungsbucht ausgestattet sein.
- Die nutzbare Stallfläche muss mind. 1,5 m²/Ziege und 0,35 m²/Zicklein betragen.

- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden können.
- Neben der o. g. nutzbaren Stallfläche sind zusätzlich pro Ziege mind. 0,5 m² nutzbare Liegeflächen zu schaffen, die gegenüber der übrigen Stallfläche erhöht sind und auf unterschiedlichem Niveau mindestens drei Stufen vorsehen; ergänzend sind Voraussetzungen für Springmöglichkeiten zu schaffen.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren ein Auslauf mit ausreichend und geeigneten Klettermöglichkeiten zur Verfügung steht.
- Es müssen Zickleinnester vorhanden sein, die so bemessen sind, dass alle Zicklein gleichzeitig liegen können.
- In Stall und Auslauf müssen ausreichend Bürsten und Reibungsflächen zur Verfügung stehen.

Anforderungen an die Haltung von Schafen

- Der Stallraum muss mit einem planbefestigten Boden sowie einer Ablamm- bzw. Absonderungsbucht ausgestattet sein.
- Die nutzbare Stallfläche muss mind. 1,5 m²/ Schaf und 0,35 m²/Lamm betragen.
- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden können.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren ein Auslauf zur Verfügung steht, der so bemessen ist und gestaltet ist, dass er für die Sammlung und den Aufenthalt der Herde ausreicht.
- Die Auslaufläche (Abtriebeinrichtung) muss mit einem Klauenbad einschließlich Zutriebeinrichtung ausgestattet sein.

Anforderungen an die Freilandhaltung von Legehennen

- Der Stall muss mit einem Dachüberstand von mindestens 2 m Breite/Tiefe über die gesamte mit Ausschlupflöchern versehene Stallseite verfügen; die gesamte Fläche unter dem Dachüberstand muss befestigt sein.
- Im Außenbereich müssen
 - für alle Tiere ausreichende Schutzvorrichtungen natürlicher oder baulicher Art (z. B. Unterstände, Bäume, Sträucher) zur Verfügung stehen, die ausreichend breit und so verteilt und zusammenhängend angelegt sind, dass sie von den Hühnern von jeder Stelle des Außenbereiches schnell erreicht werden können.
 - Tränkeeinrichtungen in ausreichender Zahl und verteilt angeordnet vorhanden sein.

Anforderungen an die Bodenhaltung von Legehennen

- Der Stall muss mit einem befestigten Kaltscharrraum verbunden sein, der mindestens einem Drittel der nutzbaren Stallfläche entspricht und mit geeigneten, ausreichend bemessenen und gleichmäßig verteilten Staubbädern ausgestattet ist.

Anforderungen an die Haltung von Mastputen

- Der Stall muss gemäß den bundeseinheitlichen Eckwerten für eine freiwillige Vereinbarung zur Haltung von Jungmasthühnern (Broiler, Masthähnchen) und Mastputen, vom 17. September 1999, Anlage 2 Mindestanforderungen für die Putenhaltung⁵, ausgestattet sein.
- Der Stall muss so bemessen sein, dass die Besatzdichte während der Endmastphase bei Putenhennen max. 35 kg und bei Putenhähnen max. 40 kg Lebendgewicht pro m² nutzbarer Stallfläche nicht überschreitet.
- Es muss ein Stallabteil zur gesonderten Haltung von abgestoßenen, kranken oder verletzten Tieren vorhanden sein.
- Der Stall muss mit einem befestigten Kaltscharrraum bzw. Wintergarten verbunden sein, der mindestens 800 cm²/Putenhahn und 500 cm²/Putenhenne umfasst und mit geeigneten, ausreichend bemessenen und gleichmäßig verteilten Staubbädern ausgestattet ist.
- Stall und Kaltscharrraum bzw. Wintergarten sind mit Vorrichtungen für Rückzugsmöglichkeiten und Beschäftigung (erhöhte Ebenen, Sichtbarrieren, Strohraufen) auszustatten.

Anforderungen an die Haltung von Masthühnern

- Der Stall muss gemäß den bundeseinheitlichen Eckwerten für eine freiwillige Vereinbarung zur Haltung von Jungmasthühnern (Broiler, Masthähnchen) und Mastputen vom 17. September 1999, Anlage 1 Mindestanforderungen für die Mast von Jungmasthühnern (Broiler, Masthähnchen)⁵, ausgestattet sein.
- Der Stall muss so bemessen sein, dass die Besatzdichte während der Endmastphase max. 25 kg Lebendgewicht pro m² nutzbarer Stallfläche nicht überschreitet.
- Es muss ein Stallabteil zur gesonderten Haltung von abgestoßenen, kranken oder verletzten Tieren vorhanden sein.
- Die nutzbare Stallfläche muss planbefestigt und ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden können.

⁵ siehe Tierschutzbericht der Bundesregierung, Anhang 6; Bundestagsdrucksache 14/5712

Anforderungen an die Haltung von Enten oder Gänsen

- Der Stall muss so bemessen sein, dass die Besatzdichte während der Endmastphase bei Mastenten max. 25 kg und bei Mastgänsen max. 30 kg Lebendgewicht pro m² nutzbarer Stallfläche nicht überschreitet.
- Der Außenbereich muss so bemessen sein, dass ein Weideauslauf von mind. 2 m²/Mastente bzw. 4 m²/Mastgans zur Verfügung steht.
- Der Stall muss so beschaffen sein, dass den Tieren ein Auslauf und jederzeit zugängliche, ausreichend bemessene Bademöglichkeiten zur Verfügung stehen.
- Die Bademöglichkeiten müssen so gestaltet sein, dass die Enten oder Gänse den Kopf bis mindestens hinter das Auge ins Wasser stecken können. Es müssen Einrichtungen vorhanden sein, die die Bereitstellung von klarem Wasser für das Baden gewährleisten.

Anlage 2**Übernahme von Bürgschaften**

1. Für Kapitalmarktdarlehen, die zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der förderungsfähigen Investitionen erforderlich sind, können anteilige modifizierte Ausfallbürgschaften von den Ländern übernommen werden, soweit das Darlehen nicht durch bankübliche Sicherheiten gedeckt und mit der Zahlung der vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen gerechnet werden kann.

Der Bund übernimmt hierfür befristet bis zum 31. Dezember 2007 mit gesonderter Erklärung eine Garantie von 60 % (s. Garantieerklärung im Anhang).

2. Bürgschaften können nur für Darlehen übernommen werden, die bei Antragstellung auf Bürgschaftsübernahme noch nicht gewährt oder verbindlich zugesagt worden sind. Eine Darlehenszusage unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Bürgschaftsgewährung ist unschädlich.

3. Die Bürgschaften decken höchstens 80 % des Ausfalls an der Hauptforderung, den marktüblichen Zinsen sowie den Kosten der Kündigung und Rechtsverfolgung, für die Kosten jedoch nur bis zu 2 % des Bürgschaftshöchstbetrages für die Hauptforderung.

Ab Eintritt des Verzuges des Kreditnehmers ist der Zinssatz in die Bürgschaft einbezogen, der gegenüber dem Kreditnehmer als Schadensersatzanspruch geltend gemacht werden kann. Die Höhe des Schadensersatzanspruches ist auf den Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches zuzüglich 5 % p. a. begrenzt, es sei denn, im Schadensfall wird ein höherer Ersatzanspruch nachgewiesen. In keinem Fall darf jedoch der vertraglich vereinbarte und von dem bürgenden Land gebilligte Regelzinssatz überschritten werden.

Sonstige Verzugsschäden, Zinseszinsen, Stundungszinsen, Provisionszinsen, Strafzinsen, Überziehungszinsen,

Bearbeitungsgebühren und Prüfungskosten sind von der Bürgschaft nicht erfasst und dürfen auch nicht mittelbar gegenüber dem bürgenden Land in die Ausfallberechnung einbezogen werden.

Der Selbstbehalt der Hausbanken beträgt mindestens 20 %; er darf nicht gesondert oder vorrangig besichert oder auf Dritte übertragen werden.

4. Der Darlehensnehmer hat eine marktübliche Provision (einschließlich Risikoentgelt) für die Gewährung der Bürgschaft zu entrichten und so weit wie möglich Sicherheiten – vorrangig Grundpfandrechte – zur Verfügung zu stellen. Dies gilt auch, wenn er nachträglich dafür geeignetes Vermögen erlangt. Zu den Sicherheiten, die vor Feststellen des Ausfalls zu verwerten sind, gehören auch etwaige für das Darlehen gegebene Bürgschaften Dritter. Bei haftungsbeschränkenden Rechtsformen ist Voraussetzung für die Vergabe einer Ausfallbürgschaft, dass alle Gesellschafter, die einen wesentlichen Einfluss auf den Darlehensnehmer ausüben können, für das Darlehen mithaftend, zumindest aber eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Darlehenshöhe abgeben.

5. Die Verbürgung von Haushaltsmitteln des Bundes sowie die Übernahme von Bürgschaften in Sanierungsfällen sind ausgeschlossen.

B. Förderung von Investitionen zur Diversifizierung

1. Zuwendungszweck

Die gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft bedingen deren stetigen Strukturwandel. Nicht alle Inhaber landwirtschaftlicher Unternehmen werden auch in Zukunft ein ausreichendes Einkommen aus der landwirtschaftlichen Produktion erwirtschaften können. Die Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen aus selbständiger Tätigkeit wird unterstützt und damit ein Beitrag zur Erhaltung der Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes geleistet.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Gefördert werden Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen im ländlichen Raum, die die Bedingungen des Art. 53 (Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten) der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005¹ (ELER) sowie die Bedingungen der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006² (De-minimis-Beihilfen) erfüllen.

Bemessungsgrundlage für die Förderung sind die nachfolgend aufgeführten Ausgaben, soweit sie für die zu fördernden Vorhaben notwendig sind:

- Errichtung, Erwerb oder Modernisierung von unbeweglichem Vermögen;
- Kauf von neuen Maschinen und Anlagen der Innenwirtschaft, einschließlich Computersoftware, bis zum marktüblichen Wert des Wirtschaftsgutes;
- allgemeine Aufwendungen, etwa für Architektur- und Ingenieurleistungen sowie für Beratung, Betreuung von baulichen Investitionen, Durchführbarkeitsstudien, den Erwerb von Patentrechten und Lizenzen, bis zu einem Höchstsatz von insgesamt bis zu 12 % der genannten förderfähigen Ausgaben.

2.2 Eingeschränkte Förderung

Investitionen im Bereich „Urlaub auf dem Bauernhof“ können nur bis zur Gesamtkapazität von 25 Gästebetten gefördert werden.

Biogasanlagen werden nur gefördert, wenn der Gärrestlagerbehälter während der gesamten Lagerungsdauer gasdicht abgedeckt ist, so dass keine schädlichen Klimagase entweichen können.

Bei Brennereien sind nur Investitionen im Bereich der Direktvermarktung von Abfindungs- sowie Verschlusskleinbrennereien (mit einer jährlichen Alkoholproduktion bis zu 10 hl) förderbar, soweit es sich nicht um Brennereigeräte handelt.

2.3. Von der Förderung sind ausgeschlossen:

- Investitionen, die die Erzeugung von Anhang-I-Erzeugnissen betreffen,
- laufende Betriebsausgaben, Ablösung von Verbindlichkeiten, Erbabfindungen, Kreditbeschaffungskosten und Gebühren für eine Beratung in Rechtssachen,
- Umsatzsteuer und unbare Eigenleistungen.

3. Zuwendungsempfänger

Gefördert werden:

- Unternehmen, unbeschadet der gewählten Rechtsform,
 - deren Geschäftstätigkeit zu wesentlichen Teilen (mehr als 25 % Umsatzerlöse) darin besteht, durch Bodenbewirtschaftung oder durch mit Bodenbewirtschaftung verbundene Tierhaltung pflanzliche oder tierische Erzeugnisse zu gewinnen, und
 - die die in § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) genannte Mindestgröße erreichen oder überschreiten,
- Unternehmen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen,
- Inhaber landwirtschaftlicher Einzelunternehmen deren Ehegatten sowie mitarbeitende Familienangehörige gem. § 1 Abs. 8 ALG, soweit sie in räumlicher Nähe zum landwirtschaftlichen Betrieb erstmalig eine selbstständige Existenz gründen oder entwickeln.

¹ VO (EG) Nr.1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (Abl. EG Nr. L 277 vom 21. Oktober 2005, S.1)

² VO(EG)Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Art. 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen (Abl. EG Nr. 379 vom 28. Dezember 2006, S. 5)

Als Tierhaltung im Sinne des 1. Tirets gelten auch die Imkerei, die Aquakultur, die Binnenfischerei sowie die Wanderschäfferei.

Nicht gefördert werden Unternehmen,

- bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 % des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt oder
- die sich im Sinne der „Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten“ in Schwierigkeiten befinden.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Der Zuwendungsempfänger hat in Form eines Investitionskonzeptes einen Nachweis über die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und der durchzuführenden Maßnahmen zu erbringen.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

5.1 Zuwendungsart

Die Zuwendungen werden als

- Zuschüsse und
- Bürgschaften

gewährt.

Das Mindestinvestitionsvolumen beträgt 10 000 Euro.

Der Gesamtwert der einem Unternehmen gewährten De-minimis-Beihilfen darf 200 000 Euro bezogen auf einen Zeitraum von drei Jahren nicht übersteigen.

5.2 Höhe des Zuschusses

Es kann ein Zuschuss von bis zu 25 % der Bemessungsgrundlage gewährt werden.

Hat die Investition die Stromproduktion für Dritte zum Gegenstand und wird die Vergütung für die Stromabgabe gemäß EEG vergünstigt, kann ein Zuschuss von bis zu 10 % der Bemessungsgrundlage und bis zu 100 000 Euro gewährt werden.

5.3 Bürgschaften

Für Kapitalmarktdarlehen, die von Zuwendungsempfängern gemäß Nr. 3, 1. oder 2. Tiret aufgenommen werden und der Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der Investition dienen, können gemäß Anlage anteilige modifizierte Ausfallbürgschaften in Höhe von bis zu 1,5 Mio. Euro von den Ländern übernommen werden.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die geförderten

- Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,

- Maschinen, technischen Einrichtungen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung veräußert oder nicht mehr dem Verwendungszweck entsprechend verwendet werden.

6.1 Kumulierbarkeit

Vorhaben, die aus Mitteln anderer öffentlicher Förderprogramme gefördert werden, dürfen nicht gleichzeitig nach diesen Grundsätzen gefördert werden.

Anlage

Übernahme von Bürgschaften

1. Für Kapitalmarktdarlehen, die der Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der Investition dienen, können anteilige modifizierte Ausfallbürgschaften in Höhe von bis zu 1,5 Mio. Euro von den Ländern übernommen werden, soweit das Darlehen nicht durch bankübliche Sicherheiten gedeckt und mit der Zahlung der vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen gerechnet werden kann.

Der Bund übernimmt hierfür befristet bis zum 31. Dezember 2007 mit gesonderter Erklärung eine Garantie von 60 % (s. Garantieerklärung im Anhang).

2. Bürgschaften können nur für Darlehen übernommen werden, die bei Antragstellung auf Bürgschaftsübernahme noch nicht gewährt oder verbindlich zugesagt worden sind. Eine Darlehenszusage unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Bürgschaftsgewährung ist unschädlich.

3. Die Bürgschaften decken höchstens 80 % des Ausfalls an der Hauptforderung, den marktüblichen Zinsen sowie den Kosten der Kündigung und Rechtsverfolgung, für die Kosten jedoch nur bis zu 2 % des Bürgschaftshöchstbetrages für die Hauptforderung.

Ab Eintritt des Verzuges des Kreditnehmers ist der Zinssatz in die Bürgschaft einbezogen, der gegenüber dem Kreditnehmer als Schadensersatzanspruch geltend gemacht werden kann. Die Höhe des Schadensersatzanspruches ist auf den Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches zuzüglich 5 % p. a. begrenzt, es sei denn, im Schadensfall wird ein höherer Ersatzanspruch nachgewiesen. In keinem Fall darf jedoch der vertraglich vereinbarte und von dem bürgenden Land gebilligte Regelzinssatz überschritten werden.

Sonstige Verzugsschäden, Zinseszinsen, Stundungszinsen, Provisionszinsen, Strafzinsen, Überziehungszinsen, Bearbeitungsgebühren und Prüfungskosten sind von der Bürgschaft nicht erfasst und dürfen auch nicht mittelbar gegenüber dem bürgenden Land in die Ausfallberechnung einbezogen werden.

Der Selbstbehalt der Hausbanken beträgt mindestens 20 %; er darf nicht gesondert oder vorrangig besichert oder auf Dritte übertragen werden.

4. Der Darlehensnehmer hat eine marktübliche Provision (einschließlich Risikoentgelt) für die Gewährung

der Bürgschaft zu entrichten und so weit wie möglich Sicherheiten – vorrangig Grundpfandrechte – zur Verfügung zu stellen. Dies gilt auch, wenn er nachträglich dafür geeignetes Vermögen erlangt. Zu den Sicherheiten, die vor Feststellen des Ausfalls zu verwerten sind, gehören auch etwaige für das Darlehen gegebene Bürgschaften Dritter. Bei haftungsbeschränkenden Rechtsformen ist Voraussetzung für die Vergabe einer Ausfallbürgschaft, dass alle Gesellschafter, die einen wesentlichen Einfluss auf den Darlehensnehmer ausüben können, für das Darlehen mithaften, zumindest aber eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Darlehenshöhe abgeben.

5. Die Verbürgung von Haushaltsmitteln des Bundes und der Länder sowie die Übernahme von Bürgschaften in Sanierungsfällen sind ausgeschlossen.

C. **Förderung der einzelbetrieblichen Beratung in Verbindung mit Managementsystemen**

Der Förderungsgrundsatz ist befristet bis 31. Dezember 2008.

Die Förderung ist nach Artikel 15 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 (Amtsblatt EG L 358 vom 16. Dezember 2006, S. 3) von der Pflicht zur beihilferechtlichen Anmeldung nach Artikel 88 Abs. 3 EG-Vertrag freigestellt¹.

1. **Zuwendungszweck**

Gewährung einer Förderung für die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Nutzung von Managementsystemen, die einen Beitrag leisten zur Verbesserung

- der Produkt- und Prozessqualität und
- der Rückverfolgbarkeit der Erzeugung und
- des Tierschutzes und der Tiergesundheit sowie
- von Umweltaspekten der gesamten Produktion,
- *der Sicherheit am Arbeitsplatz² und*
- der effizienten Anwendung entsprechender neu eingeführter Rechtsnormen.

Mit der Förderung soll die Verbesserung der *Betriebsführung* in der Landwirtschaft unterstützt werden, indem *durch die einzelbetriebliche Beratung in Verbindung mit der Einführung einer systematischen Dokumentation und Auswertung eine kontinuierliche Optimierung aller Pro-*

duktionsprozesse in landwirtschaftlichen Betrieben beschleunigt und erleichtert wird.

Managementsysteme nach Nr. 2.2.1 sollen den Landwirten bei der Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen³ Unterstützung geben. Die Anwendung von Managementsystemen nach Nr. 2.2.2 soll Landwirte darin unterstützen, Leistungen, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen, zu dokumentieren und umzusetzen.

2. **Gegenstand der Förderung**

2.1 Förderfähig ist für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren die Inanspruchnahme *einzelbetrieblicher* Beratungen zur Auswertung der Aufzeichnungen aus von den Ländern anerkannten oder gesetzlich geregelten Systemen nach Nrn. 2.2.1 oder 2.2.2 sowie die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zur Beseitigung etwaiger Schwachstellen.

Diese Beratungsleistungen sind von öffentlichen und privaten fach- und sachkundigen Stellen, die von den Ländern anzuerkennen sind, zu erbringen.

Beratungsanbieter sind anzuerkennen, sofern sie die Kriterien nach der Anlage erfüllen. Die Länder können auf eine eigene Anerkennung verzichten, sofern der Beratungsanbieter bereits durch ein anderes Land anerkannt ist. Die Länder können die Anerkennung zeitlich befristeten.

Es ist sicherzustellen, dass durch das Anerkennungsverfahren ein offener Markt der Beratungsanbieter gewährleistet ist sowie ein freier Zugang zu den Dienstleistungen besteht.

2.2 **Anerkennungsfähige Systeme**

Die *Managementsysteme nach 2.2.1 und 2.2.2* müssen entweder gesetzlich geregelt oder vom jeweiligen Land anerkannt sein. Die folgenden Anerkennungsvoraussetzungen müssen jeweils komplett erfüllt werden:

2.2.1 Systeme zur *Verbesserung der Gesamtleistung der Betriebe*

- Dokumentation der jeweils geltenden Parameter zur Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen nach VO 1782/2003³, Anhänge III und IV, sowie der Durchführungsverordnungen (*Cross Compliance*),
- Aufbereitung und Auswertung der Ergebnisse der Dokumentation als Grundlage für eine betriebsbezogene Beratung und
- *Berücksichtigung der sich aus den Gemeinschaftsvorschriften ergebenden Standards für die Sicherheit am Arbeitsplatz².*

¹ Die Kurzbeschreibung für die Laufzeit 2007 bis 2010 wurde unter der Nummer XA 08/2007 von der Europäischen Kommission registriert.

² Diese Regelung findet nur Anwendung, soweit die Maßnahme auf Artikel 24 der VO (EG) Nr. 1698/2005 gestützt ist.

³ Nach Titel II Kapitel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregeln für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. L 270/1 vom 21. Oktober 2003) und den dazu erlassenen europäischen und nationalen Durchführungs Vorschriften.

Die Systembetreiber müssen in der Lage sein, Schnittstellen zu bereits bestehenden Umweltmanagement-, Qualitätssicherungs- oder Qualitätsmanagementsystemen anzubieten.

2.2.2 Einzelbetriebliche Managementsysteme

- Einhaltung der Voraussetzungen nach Nr. 2.2.1,
- Berücksichtigung von Schnittstellen und Standardisierungen, die eine überbetriebliche Zusammenführung und Auswertung ermöglichen,
- Dokumentation, Eigen- und Fremdkontrolle sowie Vergabe eines anerkannten Zertifikats,
- für das jeweilige System anerkannte Zertifizierer bzw. Umweltgutachter,
- Energiebilanz auf Betriebsebene.
- In der tierischen Produktion mindestens:
 - Führung von Bestandsregistern,
 - Dokumentation des Futtermittelzukaufs bzw. Führen von Mischprotokollen bei Eigenmischung,
 - Dokumentation des Futtermiteleinsatzes,
 - Dokumentation der tierärztlichen Behandlungen,
 - Dokumentation der Einhaltung aller jeweils geltenden Bestimmungen zu Tierhaltung und Tierschutz.
- In der pflanzlichen Produktion mindestens:
 - Erstellung von Nährstoffbilanzen für N, P und K für Bewirtschaftungseinheiten und auf Betriebsebene,
 - Erfassung bzw. Bewertung der Risiken durch Erosion und Bodenverdichtungen,
 - Erfassung bzw. Bewertung der Vielfalt der Fruchtfolgen,
 - Erstellung einer Humusbilanz oder Kohlenstoffanalyse für die Fruchtfolgen oder Bewirtschaftungseinheiten,
 - Erfassung der Artenvielfalt z. B. anhand von Leitarten auf bestimmten Flächen sowie von biodiversitätsrelevanten Landschaftselementen in Agrarökosystemen,
 - Erfassung bzw. Bewertung der Pflanzenschutzmitelanwendungen im Betrieb (z. B. unter Berücksichtigung des Behandlungsindex für Pflanzenschutzmittel).

Die Länder können auch Systeme anerkennen, die nur einzelne Bereiche des Betriebs (z. B. Schwerpunkt pflanzliche oder tierische Produktion) abdecken.

3. Zuwendungsempfänger

Landwirtschaftliche Unternehmen unbeschadet der gewählten Rechtsform, die im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen sind.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Der teilnehmende Betrieb verpflichtet sich, bei *Inanspruchnahme der einzelbetrieblichen Beratung*

- ein anerkanntes oder gesetzlich geregeltes System nach Nr. 2.2.1 oder 2.2.2 einzuführen und *in jedem Fall, ggf. durch Anwendung mehrerer Systeme, die Erfassung des kompletten Betriebs zu gewährleisten.*
- seine betrieblichen Daten in anonymisierter Form für eine überbetriebliche Auswertung zu Beratungszwecken bereitzustellen.

4.2 Im Fall der *Nutzung eines Systems* nach Nr. 2.2.2 muss der Landwirt spätestens im fünften Jahr der Förderung nachweisen, dass er das oder die in Frage kommende/n Zertifikat/e erworben hat.

Bei Teilnahme am europäischen Öko-Audit EMAS gemäß VO (EG) Nr. 761/2001 sind der Bewilligungsbehörde auf Verlangen die Berichte über die Umweltbetriebsprüfung und die Umwelterklärung zur Verfügung zu stellen.

4.3 Die Daten für die anonymisierte überbetriebliche Auswertung sind auf Verlangen den Bewilligungsbehörden zur Verfügung zu stellen.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Der Förderzeitraum beträgt höchstens fünf Jahre.

5.2 Für die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Systemen nach Nrn. 2.2.1 und 2.2.2 kann eine Anteilfinanzierung in Höhe von bis zu 80 % der nachgewiesenen Beratungsausgaben, höchstens 1 500 Euro, jährlich gewährt werden.

5.3 Wird der Nachweis nach Nr. 4.2 nicht spätestens im fünften Förderjahr erbracht, erfolgt in diesem Jahr keine Förderung.

5.4 Bei einer Aufwertung des Systems gemäß Nr. 2.2.1 auf ein System gemäß Nr. 2.2.2 im Laufe des Förderzeitraums kann der Förderzeitraum um weitere fünf Jahre verlängert werden.

Anlage

Kriterien für die Anerkennung von Beratungsanbietern nach Nr. 2.1

Der Beratungsanbieter hat folgende organisatorische Voraussetzungen zu erfüllen:

- Technik, Logistik und Kapazitäten zur Durchführung einer den gesamten Betrieb umfassenden Beratung. Der Nachweis der erforderlichen Beratungskapazitäten ist auch durch Kooperationsverträge möglich.
- mindestens 2jährige Ausübung der Beratungstätigkeit; die Länder können Ausnahmen zulassen, sofern das Beraterpersonal über eine ausreichende Qualifikation verfügt.

Der Beratungsanbieter hat folgende Voraussetzungen für das eingesetzte Beraterpersonal nachzuweisen:

-
- ausreichende Qualifikation der Beraterinnen/Berater (Nachweis mindestens Fachhochschulabschluss, Meister, Techniker oder vergleichbarer Abschluss),
 - regelmäßige Teilnahme der Beraterinnen/Berater an Fortbildungsveranstaltungen zu Inhalten der Managementsysteme.
- Der Beratungsanbieter hat zu versichern, dass die Beraterin/der Berater im Zusammenhang mit der einzelbetrieblichen Beratung keine direkte oder indirekte Werbe-, Verkaufs- oder Vermittlertätigkeit für Waren oder unternehmensbezogene Dienstleistungen vornimmt und insbesondere keine Rechtsberatung durchführt.*

Grundsätze für die Förderung zur Marktstrukturverbesserung

A. Zuwendungszweck

Die Förderung zielt darauf ab, die Gründung und das Tätigwerden von Zusammenschlüssen zu unterstützen sowie die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verbessern, um auf diese Weise zur Absatzsicherung oder zur Schaffung von Erlösvorteilen auf der Erzeugerebene beizutragen.

Die Förderung leistet einen Beitrag dazu, die Erfassung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Hinblick auf Art, Menge und Qualität des Angebotes an die Erfordernisse des Marktes anzupassen.

Die Förderung umfasst folgende Bereiche:

- Gründung und Tätigwerden von Zusammenschlüssen,
- Investitionen,
- Vermarktungskonzeptionen.

B. Begriffsbestimmungen

1. Zusammenschlüsse sind Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen sowie Erzeugerzusammenschlüsse.

2. Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen sind Zusammenschlüsse nach dem Marktstrukturgesetz.

3. Erzeugerzusammenschlüsse sind Zusammenschlüsse von mindestens fünf Erzeugern, die ökologische oder regionale Produkte erzeugen.

4. Ökologisch erzeugte Produkte sind landwirtschaftliche Erzeugnisse, die gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2092/1991 des Rates vom 24. Juni 1999 (ABl. Nr. L 198 vom 22. Juli 1991, S. 1) und des EG-Folgerechts erzeugt werden sowie einem entsprechenden Kontrollverfahren unterliegen.

5. Regional erzeugte Produkte sind landwirtschaftliche Qualitätsprodukte, die in einer Erzeugungsregion produziert und in nahe gelegenen Vermarktungsregionen abgesetzt werden sowie einem entsprechenden Kontrollverfahren unterliegen.

6. Eine Erzeugungsregion ist ein ausschließlich nach natürlichen und/oder nach historischen Gegebenheiten abgegrenzter zusammenhängender Raum, der in der Regel Teil eines oder mehrerer Bundesländer ist.

7. Eine Vermarktungsregion ist in der Regel die Erzeugungsregion und/oder eine oder mehrere der Erzeu-

gungsregion nahe gelegene Region oder Regionen, in denen ausreichende Absatzchancen für regionale Produkte bestehen.

8. Unter einer wesentlichen Erweiterung ist eine jährliche Umsatzsteigerung des Zuwendungsempfängers um mindestens 30 % zu verstehen, sofern diese durch die Aufnahme neuer Mitglieder und/oder die Erweiterung der Produktpalette bedingt ist.

9. Unter der Verarbeitung eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses ist die Einwirkung auf ein Erzeugnis, das im Anhang I des EG-Vertrages genannt ist, zu verstehen, bei der auch das durch die Einwirkung entstehende Produkt zu im vorgenannten Anhang aufgeführten Erzeugnissen zählt.

10. Qualitätsprodukte sind zum menschlichen Verzehr bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, deren Bezeichnungen nach der Verordnung (EG) Nr. 509/2006 des Rates vom 20. März 2006 (ABl. Nr. L 93 vom 31. März 2006, S. 1) oder der Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates vom 20. März 2006 (ABl. Nr. L 93 vom 31. März 2006, S. 12) geschützt sind, die ökologisch oder nach anerkannten Lebensmittelqualitätsregelungen erzeugt werden sowie Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete nach Titel IV der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates vom 17. März 1999 (ABl. Nr. L 179 vom 14. Juli 1999, S. 1).

Die Besonderheit eines im Rahmen anerkannter Lebensmittelqualitätsregeln erzeugten Endprodukts ergibt sich aus detaillierten Verpflichtungen im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Methoden, die Folgendes gewährleisten:

- besondere Merkmale – auch des Erzeugungsprozesses – oder
- eine Qualität des Enderzeugnisses, die hinsichtlich der menschlichen, tierischen und pflanzlichen Gesundheit, des Tierschutzes und des Umweltschutzes erheblich über die handelsüblichen Warennormen hinausgeht.
- Die Regelungen umfassen verbindliche Produktspezifikationen. Die Einhaltung dieser Spezifikationen wird von einer unabhängigen Kontrolleinrichtung überprüft.
- Die Regelung steht allen Erzeugern offen.
- Die Regelungen sind transparent und gewährleisten eine vollständige Rückverfolgbarkeit der Erzeugnisse.
- Die Regelungen entsprechen derzeitigen und vorhersehbaren Absatzmöglichkeiten.

C. Gründung und Tätigwerden von Zusammenschlüssen (Organisationskosten)

1. Freistellung von der beihilferechtlichen Anmeldepflicht

Die Förderung ist gemäß Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 (ABl. L 358 vom 16. Dezember 2006, S. 3) von der Pflicht zur beihilferechtlichen Anmeldung nach Artikel 88 Abs. 3 EG-Vertrag freigestellt¹.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Förderungsfähig sind angemessene Aufwendungen für Organisationskosten einschließlich von Kosten der wesentlichen Erweiterung, soweit diese durch zusätzlich wahrgenommene Aufgaben entstehen.

Zu den Kosten können insbesondere gezählt werden:

- 2.1.1** Gründungskosten,
- 2.1.2** Personal- und Geschäftskosten,
- 2.1.3** Kosten für Büroeinrichtungen.

3. Förderungsausschluss

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

- 3.1** Kosten für Personal, wenn es in einer arbeitsrechtlichen oder organschaftlichen Beziehung zu Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse steht,
- 3.2** Kreditbeschaffungskosten, Zinsen, Leasingkosten, Pachten, Erbbauzinsen, Grunderwerbssteuer, Umsatzsteuer,
- 3.3** Aufwendungen, die unmittelbar die Erzeugung betreffen,
- 3.4** Abschreibungsbeträge für Investitionen,
- 3.5** Anschaffungskosten für Personenkraftwagen und Vertriebsfahrzeuge,
- 3.6** Zusammenschlüsse, die die Voraussetzungen der Definition eines Unternehmens in Schwierigkeiten nach den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten erfüllen.

4. Zuwendungsempfänger

Gefördert werden:

- 4.1** Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen.

4.2 Erzeugerzusammenschlüsse, die ökologische Produkte erzeugen, sofern sie nicht die Anerkennungsvoraussetzungen nach dem Marktstrukturgesetz erfüllen.

4.3 Erzeugerzusammenschlüsse, die Qualitätsprodukte in einer Erzeugungsregion produzieren und mindestens 80 % ihres Jahresumsatzes in bestimmten Vermarktungsregionen vermarkten, sofern sie nicht die Anerkennungsvoraussetzungen nach dem Marktstrukturgesetz erfüllen. Zusammenschlüsse, die regionale Produkte im Bereich Obst und Gemüse erzeugen, sind von der Förderung nach diesen Grundsätzen ausgeschlossen, sofern sie einen Jahresumsatz von mehr als 1,5 Millionen Euro erreichen.

5. Zuwendungsvoraussetzungen

5.1 Zusammenschlüsse nach Nr. 4.1 müssen Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission sein und eine Anerkennung nach dem Marktstrukturgesetz vorweisen.

5.2 Zusammenschlüsse nach Nr. 4.2 oder Nr. 4.3 müssen Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission sein und folgende Voraussetzungen erfüllen:

5.2.1 Die Zusammenschlüsse müssen – unabhängig von ihrer Rechtsform – auf Dauer, mindestens aber für fünf Jahre, angelegt sein. Die dem Zusammenschluss zugrunde liegenden Verträge bedürfen der Schriftform und müssen der Zielsetzung der Förderung entsprechen.

5.2.2 Die Mitgliedschaft in einem Zusammenschluss kann frühestens zum Schluss des dritten vollen Geschäftsjahres gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt mindestens ein Jahr.

5.2.3 Bei einer wesentlichen Erweiterung des Zusammenschlusses beginnt die Frist von fünf Jahren mit dem Zeitpunkt der wesentlichen Erweiterung erneut.

5.2.4 Der dem Zusammenschluss zugrunde liegende Vertrag und sonstige Unterlagen müssen die Konzeption des Zusammenschlusses aufzeigen. Die Konzeption muss erkennen lassen, dass

- die unterstellten Produktpreise, Produktions- und Absatzmengen erreicht werden können und
- sie zur Sicherung des landwirtschaftlichen Einkommens beiträgt oder
- sie neue Märkte erschließt oder
- sie der wachsenden Nachfrage nach diesen Produkten entgegenkommt.

Der dem Zusammenschluss zugrunde liegende Vertrag muss die Mitglieder verpflichten, die für die Vermarktung bestimmten Produkte entsprechend den vom Zusammenschluss erstellten Anlieferungs- und Vermarktungsregelungen im Markt anzubieten.

5.3 Zuwendungsempfänger nach Nr. 4.1 können Zuwendungen zu den Organisationskosten für solche Auf-

¹ Die Kurzbeschreibung für die Laufzeit 2007 bis 2010 wurde unter der Nummer XA 08/2007 von der Europäischen Kommission registriert.

wendungen erhalten, die vom Tag der Erfüllung der Anerkennungsvoraussetzungen an, jedoch nicht vor Eingang des Antrages auf Anerkennung bei der nach Landesrecht zuständigen Stelle entstanden sind. Gründungskosten sind unabhängig davon zuwendungsfähig. Entsprechendes gilt für Zuwendungsempfänger nach Nr. 4.2 und Nr. 4.3 mit der Maßgabe, dass an Stelle des Antrages auf Anerkennung der Antrag auf Zuwendung tritt.

5.4 Die Zuwendung zu den Organisationskosten wird unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall gewährt, dass der Zusammenschluss sich innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Gründung oder wesentlicher Erweiterung auflöst.

6. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

6.1 Die Zuwendungen werden als Zuschüsse gewährt.

6.2 Die für den Eigenbedarf bestimmte Erzeugung kann nicht in die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Zuwendung einbezogen werden.

6.3 Zu den Aufwendungen nach Nr. 2 können Zuwendungen im ersten und zweiten Jahr bis zu 60 %, im dritten Jahr bis zu 50 %, im vierten Jahr bis zu 40 % und fünften Jahr bis zu 20 % gewährt werden.

6.4 Die förderfähigen Organisationskosten dürfen bei Zuwendungsempfängern nach Nr. 4.1 im ersten Jahr bis zu 3 %, im zweiten Jahr bis zu 2 % und im dritten, vierten und fünften Jahr bis zu 1 % des Verkaufserlöses der jährlich nachgewiesenen Erzeugung des Zusammenschlusses nicht übersteigen.

Bei Zuwendungsempfängern nach Nr. 4.2 oder Nr. 4.3 dürfen die förderfähigen Organisationskosten im dritten, vierten und fünften Jahr jeweils 10 % des Verkaufserlöses der jährlich nachgewiesenen Erzeugung des Zusammenschlusses nicht übersteigen.

6.5 Der Gesamtbetrag von Zuwendungen nach Buchstabe C darf einschließlich von Zuwendungen aus Anlass einer wesentlichen Erweiterung 400 000 Euro nicht überschreiten.

D. Investitionen

1. Freistellung von der beihilferechtlichen Anmeldepflicht

Soweit das Beihilferecht nach Artikel 88 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 (ABl. EG Nr. L 277 vom 21. Oktober 2005, S. 1) anwendbar ist, ist die Förderung gemäß Artikel 4 und, soweit es sich um Zuwendungen nach Nr. 2.2 handelt, gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1976/2006 vom 20. Dezember 2006 (Amtsblatt EG Nr. L 368 vom 23. Dezember 2006, S. 85) vorbehaltlich von Artikel 6 dieser

Verordnung von der Pflicht zur beihilferechtlichen Anmeldung nach Artikel 88 Abs. 3 EG-Vertrag freigestellt.²

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Förderungsfähig sind angemessene Aufwendungen für Investitionen, die der Erfassung, Lagerung, Kühlung, Sortierung, marktgerechten Aufbereitung, Verpackung, Etikettierung, Verarbeitung oder Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dienen.

Die Investitionen können auf den Neu- und Ausbau von Kapazitäten einschließlich technischer Einrichtungen oder auf die innerbetriebliche Rationalisierung durch Umbau und/oder Modernisierung von technischen Einrichtungen gerichtet sein.

2.2 Zu den zuschussfähigen Aufwendungen können allgemeine Aufwendungen für Architekten- und Ingenieurleistungen, Beratungsgebühren, Durchführbarkeitsstudien und andere Kosten der Vorplanung bis zu einem Höchstsatz von 12 % der unter Nr. 2.1 genannten Aufwendungen zählen.

2.3 Vorhaben sind innerhalb von drei Jahren durchzuführen. Sie können sich in Bauabschnitte gliedern.

3. Förderausschluss

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

3.1 Neuanlagen, wenn dem Aus- oder Umbau vorhandener Anlagen oder dem Ankauf von für das Vorhaben geeigneten Gebäuden, die vor ihrem Ankauf einem anderen Zweck dienten oder nicht zum gleichen Zweck bereits gefördert wurden, wirtschaftlich der Vorzug zu geben ist,

3.2 eingebrachte Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen und technische Anlagen,

3.3 Ersatzbeschaffungen, Eigenleistungen, gebrauchte Maschinen und Einrichtungen,

3.4 Wohnbauten nebst Zubehör,

3.5 Anschaffungskosten für Personenkraftfahrzeuge und Vertriebsfahrzeuge, Kosten für Büroeinrichtungen,

3.6 Kreditbeschaffungskosten, Zinsen, Pachten, Erbbauzinsen, Grunderwerbsteuer, Umsatzsteuer, Kauf von Patenten und Lizenzen sowie Marken,

3.7 Abschreibungsbeiträge für Investitionen,

3.8 Aufwendungen, die unmittelbar der Erzeugung dienen,

3.9 Aufwendungen, die dem Absatz auf der Erzeuger- und Einzelhandelsstufe dienen,

3.10 Aufwendungen für Drittlandware,

3.11 Verwaltungskosten der Länder,

² Die Kurzbeschreibung für die Laufzeit 2007 bis 2010 wurde unter der Nummer XA 7007/2007 von der Europäischen Kommission registriert.

3.12 Unternehmen, die die Voraussetzungen der Definition eines Unternehmens in Schwierigkeiten nach den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten erfüllen,

3.13 Aufwendungen für die Schlachtung (Betäubung/Tötung bis Kühlung der Schlachtkörper) von Schweinen und Rindern sowie für Ölmühlen.

4. Zuwendungsempfänger

Gefördert werden:

4.1 Zusammenschlüsse nach Buchstabe C Nr. 4, die weniger als 750 Personen beschäftigen oder einen Jahresumsatz von weniger als 200 Mio. Euro erzielen. Zur Berechnung der Mitarbeiterzahl und des finanziellen Schwellenwertes eines Zusammenschlusses findet die Empfehlung 2003/361/EG der Kommission entsprechende Anwendung.

4.2 Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, deren Tätigkeit sich nicht gleichzeitig auf die Produktion landwirtschaftlicher Grunderzeugnisse erstreckt und die weniger als 750 Personen beschäftigen oder einen Jahresumsatz von weniger als 200 Mio. Euro erzielen. Zur Berechnung der Mitarbeiterzahl und des finanziellen Schwellenwertes eines Unternehmens findet die Empfehlung 2003/361/EG der Kommission entsprechende Anwendung.

5. Zuwendungsvoraussetzungen

5.1 Soweit das Beihilferecht nach Artikel 88 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 anwendbar ist, können Zuwendungsempfänger nach Nr. 4.1 oder 4.2 nur gefördert werden, wenn sie Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission sind oder wenn die Förderung von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates vom 22. März 1999 über besondere Vorschriften bei der Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrages (ABl. EG Nr. L 83 vom 27. März 1999, S. 1) genehmigt worden ist.

5.2 Zusammenschlüsse nach Buchstabe C Nr. 4.1 müssen eine Anerkennung nach dem Marktstrukturgesetz vorweisen.

5.3 Zusammenschlüsse nach Buchstabe C Nr. 4.2 oder Buchstabe C Nr. 4.3 müssen die unter Buchstabe C Nr. 5.2.1 bis 5.2.4 aufgeführten Voraussetzungen erfüllen.

5.4 Unternehmen nach Nr. 4.2 können nur gefördert werden, wenn sie mindestens fünf Jahre lang mindestens 40 % ihrer Aufnahmekapazität an den Erzeugnissen für die sie gefördert werden, durch Lieferverträge mit Zusammenschlüssen oder einzelnen Erzeugern auslasten.

Von dem Erfordernis des Abschlusses von Lieferverträgen kann bei Investitionen in Vermarktungseinrichtungen

für Blumen und Zierpflanzen, Verarbeitungseinrichtungen von Obst, sofern es sich um zu verarbeitendes Erntegut von Streuobstwiesen handelt und bei Tierkörperbeseitigungsanlagen abgesehen werden.

5.5 Es ist ein Nachweis über die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens sowie normaler Absatzmöglichkeiten zu führen.

5.6 Soweit das Beihilferecht nach Artikel 88 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 keine Anwendung findet, können geleaste Wirtschaftsgüter gefördert werden, wenn sie beim Leasingnehmer (Nutzer) aktiviert werden. Sofern das Wirtschaftsgut beim Leasinggeber (Investor) aktiviert wird, sind geleaste Wirtschaftsgüter förderfähig, wenn zwischen Investor und Nutzer eine Betriebsaufspaltung oder Mitunternehmerschaft im Sinne § 15 des Einkommenssteuergesetzes vorliegt oder wenn die in Anhang I dargestellten Bedingungen für die Förderfähigkeit eingehalten sind.

5.7 Die Förderung erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die Geförderten

- Bauten und bauliche Anlagen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Jahren ab Fertigstellung und
- technischen Einrichtungen innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Abschluss des Vorhabens

veräußert, verpachtet, stillgelegt oder nicht den Zuwendungsvoraussetzungen entsprechend verwendet werden.

6. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

6.1 Die Zuwendungen werden als Zuschüsse gewährt.

6.2 Bei Investitionen von Zuwendungsempfängern

6.2.1 nach Nr. 4.1, die Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission sind, können Zuwendungen bis zu 35 %,

6.2.2 nach Nr. 4.2, die Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission sind, können Zuwendungen bis zu 25 %

der förderfähigen Aufwendungen gewährt werden.

6.3 Bei Investitionen von Zuwendungsempfängern nach Nrn. 4.1 und 4.2, die nicht von Artikel 2 der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission erfasst werden, können Zuwendungen bis zu 20 % der förderfähigen Aufwendungen gewährt werden.

6.4 Die Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz wird auf die Fördersätze nach Nr. 6.2 und Nr. 6.3 nicht angerechnet. Unter Einschluss der Investitionszulage dürfen jedoch Zuwendungen nach Nr. 6.2 nicht mehr als 50 % und Zuwendungen nach Nr. 6.3 nicht mehr als 25 % der förderfähigen Aufwendungen betragen.

E. Vermarktungskonzeptionen

1. Freistellung von der beihilferechtlichen Anmeldepflicht

1.1 Die Förderung nach Nr. 2.2 ist gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1976/2006 (ABl. EG Nr. L 368 vom 23. Dezember 2006, S. 85), von der Pflicht zur beihilferechtlichen Anmeldung nach Artikel 88 Abs. 3 EG-Vertrag freigestellt.³

1.2 Die Förderung nach Nr. 2.3 ist nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen (ABl. EG Nr. L 379 vom 28. Dezember 2006, S. 5) durchzuführen.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Förderfähig sind angemessene Aufwendungen für die Erarbeitung und Durchführung von Vermarktungskonzeptionen.

2.2 Zu den förderfähigen Ausgaben bei der Erarbeitung von Vermarktungskonzeptionen können insbesondere gezählt werden:

- Marktanalysen,
- Entwicklungsstudien,
- auf die Vermarktung bezogene Beratungs- und Planungsmaßnahmen,
- Durchführbarkeits- und Konzeptstudien,
- Marktforschung.

2.3 Zu den förderfähigen Ausgaben bei der Durchführung von Vermarktungskonzeptionen können in den ersten drei Jahren nach Vorlage derselben gezählt werden

- Kosten, die durch die Teilnahme an Wettbewerben, Ausstellungen und Messen entstehen,
- Kosten für Produktentwicklungen,
- Kosten für Qualitätskontrollen durch Dritte.

3. Förderausschluss

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

3.1 Aufwendungen nach Nr. 2.2 für Dienstleistungen, die fortlaufend oder in regelmäßigen Abständen in Anspruch genommen werden oder die zu den gewöhnlichen Betriebsausgaben gehören, wie routinemäßige Steuer- oder Rechtsberatung oder Werbung,

³ Die Kurzbeschreibung für die Laufzeit 2007 bis 2010 wurde unter der Nummer XA 7007/2007 von der Europäischen Kommission registriert.

3.2 Aufwendungen, die bei der Teilnahme an Wettbewerben, Ausstellungen und Messen durch den Verkauf von Erzeugnissen an Endverbraucher entstehen,

3.3 Unternehmen, die die Voraussetzungen der Definition eines Unternehmens in Schwierigkeiten nach den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten erfüllen.

4. Zuwendungsempfänger

Gefördert werden:

4.1 Zusammenschlüsse nach Buchstabe C Nr. 4,

4.2 Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Buchstabe D Nr. 4.2.

5. Zuwendungsvoraussetzungen

Die Gewährung von Zuwendungen zu den Ausgaben nach Nr. 2 setzt voraus, dass

5.1 Zuwendungsempfänger nach Nr. 4 Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission sind,

5.2 Zusammenschlüsse nach Buchstabe C Nr. 4.1 eine Anerkennung nach dem Marktstrukturgesetz vorweisen,

5.3 Zusammenschlüsse nach Buchstabe C Nr. 4.2 oder Buchstabe C Nr. 4.3 die unter Buchstabe C Nr. 5.2.1 bis 5.2.4 aufgeführten Voraussetzungen erfüllen,

5.4 die Vermarktungskonzeption Qualitätserzeugnisse betrifft,

5.5 die Interessen der Erzeuger in besonderer Weise berücksichtigt werden, soweit die Konzeption für Zuwendungsempfänger nach Nr. 4.2 erstellt wird.

6. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

6.1 Die Zuwendungen werden als Zuschüsse gewährt.

6.2 Zu den Aufwendungen nach Nr. 2 können Zuwendungen bis zu 50 % der Ausgaben gewährt werden, insgesamt höchstens jedoch bis zu 100 000 Euro.

Anlage

Bedingungen für die Förderung von geleasteten Wirtschaftsgütern, die beim Leasinggeber aktiviert sind

Die Förderung von geleasteten Wirtschaftsgütern, die beim Leasinggeber aktiviert sind, ist unter folgenden Bedingungen möglich.

1. Förderfähig sind nur die in der Steuerbilanz des wirtschaftlichen Eigentümers aktivierten Anschaffungs- und Herstellungskosten des Leasingobjektes.

2. Der Leasingvertrag muss vorsehen, dass der Zuschuss in vollem Umfang auf die Leasingraten angerechnet wird.
3. Die Gewährung eines Zuschusses ist davon abhängig, dass der Leasinggeber und der Leasingnehmer die gesamtschuldnerische Haftung für eine eventuelle Rückzahlungen des Zuschussbetrages übernehmen.
4. Der Antrag auf Gewährung des Zuschusses ist vom Leasingnehmer unter Zugrundelegung eines verbindlichen Angebotes des Leasinggebers auf Abschluss eines Leasingvertrages zu stellen. In dem Leasingvertrag sind anzugeben:
 - a) Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Objektes, die unkündbare Grundmietzeit, die Höhe der über die Grundmietzeit konstanten Leasingraten sowie etwa vereinbarte Kauf- und/oder Mietverlängerungsoptionen des Leasingnehmers bzw. Andienungspflichten des Leasinggebers und deren Bemessungsgrundlage, die den Restbuchwert nicht übersteigen darf.
 - b) In Fällen des Immobilien-Leasing Anpassungsklauseln bezüglich der Leasingraten aufgrund von Zinsentwicklungen und/oder veränderten Verwaltungskosten.
5. Der Bewilligungsbescheid ist unter folgenden Bedingungen zu erteilen:
 - Durch eine Neukalkulation des Leasingvertrages wird der gewährte Zuschuss zur Absenkung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Leasingobjektes und damit der Leasingraten verwendet.
 - Das geförderte Wirtschaftsgut muss für die Dauer der vereinbarten Grundmietzeit in der Betriebsstätte des Leasingnehmers eigenbetrieblich genutzt werden.

Hinweis: Förderung von Erzeugerorganisationen nach EG-Recht

1. Maßnahmen aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 des Rates über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse.

Die Förderung von Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse richtet sich unmittelbar nach dieser Verordnung und dem dazugehörigen EG-Folgerecht.

2. Maßnahmen aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates über die gemeinsame Marktorga-

nisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur.

Die Förderung von Erzeugerorganisationen für fischwirtschaftliche Erzeugnisse richtet sich unmittelbar nach der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur (ABl. EG Nr. L 17 vom 21. Januar 2000) und dem dazugehörigen EG-Folgerecht.

Grundsätze für die Förderung der Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur der Fischwirtschaft

1. Zuwendungszweck

Durch die Förderung soll die Be- und Verarbeitung sowie die Vermarktung fischwirtschaftlicher Erzeugnisse in Bezug auf Menge, Qualität und Art des Angebots an die Markterfordernisse angepasst werden; damit sind insbesondere Voraussetzungen für Erlösvorteile der Erzeuger zu schaffen.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Förderungsfähig sind die angemessenen Aufwendungen für:

2.1.1 Neu- und Ausbau von Kapazitäten einschließlich der technischen Einrichtungen.

2.1.2 innerbetriebliche Rationalisierung durch Umbau und/oder Modernisierung der technischen Einrichtungen.

Im Zusammenhang mit den Nrn. 2.1.1 und 2.1.2 zählen zu den förderungsfähigen Aufwendungen generell die Kosten der Vorplanung, soweit es sich nicht um Verwaltungskosten der Länder handelt.

Vorhaben können sich in Bauabschnitte gliedern; die Vorhaben müssen jedoch in längstens fünf Jahren durchgeführt sein.

2.2 Von der Förderung sind ausgeschlossen:

2.2.1 Neuanlagen, wenn dem Aus- oder Umbau vorhandener Anlagen oder dem Ankauf von für das Vorhaben geeigneter Gebäude, die vor ihrem Ankauf einem anderen Zweck dienten oder nicht zum gleichen Zweck bereits gefördert wurden, wirtschaftlich der Vorzug zu geben ist,

2.2.2 eingebrachte Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen und technische Anlagen,

2.2.3 Wohnbauten nebst Zubehör,

2.2.4 Anschaffungskosten für Pkw und Vertriebsfahrzeuge, Kosten für Büroeinrichtungen,

2.2.5 Kreditbeschaffungskosten, Pachten, Erbbauzinsen und Grunderwerbssteuer,

2.2.6 Ersatzbeschaffungen, Eigenleistungen,

2.2.7 Ankäufe von Kapazitäten, deren Errichtung mit öffentlichen Mitteln, die der Strukturverbesserung dienen, gefördert worden ist.

2.2.8 Investitionen von Unternehmen, an denen die Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt mittelbar oder unmittelbar zu mehr als 25 % beteiligt sind.

Investitionen auf Einzelhandelsstufe *soweit nicht Direktvermarktung*.

3. Zuwendungsempfänger

Bestehende oder neu zu schaffende Absatzeinrichtungen, Unternehmen des Handels und der Be- und Verarbeitung fischwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie fischwirtschaftliche Betriebe mit Be- und Verarbeitung eigener Erzeugung (Direktvermarkter).

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Investitionsförderung

4.1.1 Die Förderung setzt das Vorliegen eines *Nationalen Strategieplans und eines* Operationellen Programmes voraus.

4.1.2 Für die Operationellen Programme gelten die Anforderungen der *Artikel 34 und 35* der Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom *27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (EFF)*.

4.1.3 Das zu fördernde Vorhaben muss sich im Hinblick auf Größe und Standort in das Operationelle Programm einordnen.

4.1.4 Unternehmen können nur gefördert werden, wenn sie mindestens fünf Jahre lang mindestens 20 % ihrer Aufnahmekapazität an den Erzeugnissen, für die sie gefördert werden, durch Lieferverträge mit Erzeugern binden. Die beteiligten Erzeuger können sich bei den Lieferverträgen gemeinschaftlich vertreten lassen. Den Lieferverträgen stehen entsprechende satzungs-, statutenmäßige oder gesellschaftsvertragliche Verpflichtungen zwischen Erzeugern und gemeinschaftlichen Absatzeinrichtungen gleich.

Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann in begründeten Einzelfällen den durch Lieferverträge zu bindenden Anteil auf bis zu 10 % für einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren verringern; bei Tiefkühlrohwaren (Grundfisch) kann sie auf Lieferverträge auch ganz verzichten.

Von dem Erfordernis der Lieferverträge ist bei Investitionen von Seefischmarktbetreibern wegen der besonderen Funktionsweise dieser Absatzeinrichtungen abzusehen.

4.1.5 Jede Förderung setzt voraus, dass die betriebswirtschaftliche Rentabilität des Vorhabens gesichert erscheint. Es sind Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorzulegen, in denen auch nachzuweisen ist, dass die unterstellten Absatzmengen nachhaltig erreichbar sind.

4.1.6 Im Falle von Fusionen oder sonstiger Zusammenschlüsse müssen alle beteiligten Unternehmen ihre Zustimmung rechtsverbindlich zugesichert haben. Die dabei geschlossenen Verträge müssen der Zielsetzung der För-

derung entsprechen. Durch die Förderung darf der Wettbewerb nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

4.1.7 Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die geförderten

- Bauten und bauliche Anlagen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
- technische Einrichtungen innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert, verpachtet oder nicht den Zuwendungsvoraussetzungen entsprechend verwendet werden.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

Zu den Maßnahmen gemäß Nrn. 2.1.1 und 2.1.2 werden Zuschüsse bis zu 25 % der förderungsfähigen Kosten des Vorhabens gewährt.

Die Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz wird auf die o. g. Fördersätze nicht angerechnet.

Grundsätze für die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe in benachteiligten Gebieten

1. Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist es, in benachteiligten Gebieten¹ (Berggebiete, Benachteiligte Agrarzonon, Kleine Gebiete) eine standortgerechte Landbewirtschaftung zu sichern. Über die Fortführung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit sollen

- der Fortbestand der landwirtschaftlichen Bodennutzung und somit die Erhaltung einer lebensfähigen Gemeinschaft im ländlichen Raum gewährleistet,
- der ländliche Lebensraum erhalten sowie
- nachhaltige Bewirtschaftungsformen, die insbesondere Belangen des Umweltschutzes Rechnung tragen, erhalten und gefördert werden.

2. Gegenstand der Förderung

Gewährung einer Ausgleichszulage zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und zum Ausgleich ständiger natürlicher und wirtschaftlicher Nachteile.

3. Zuwendungsempfänger

Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, unbeschadet der gewählten Rechtsform, bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand weniger als 25 % des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt; dies gilt nicht für Weidengemeinschaften.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Von den Flächen der Zuwendungsempfänger müssen mindestens 3 ha LF einschließlich mit Ausgleichszulage geförderter Forstflächen in den benachteiligten Gebieten liegen.

4.2 Die Ausgleichszulage erhalten landwirtschaftliche Unternehmer, wenn sie sich verpflichten, die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der Förderung ab der ersten Zahlung der Ausgleichszulage noch mindestens fünf Jahre auszuüben.

Im Falle genehmigter Aufforstungen werden sie von der Verpflichtung befreit.

Außerdem finden Artikel 36 sowie Artikel 38 der Verordnung (EG) Nr. 817/2004² der Kommission vom 29. April

2004 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) Anwendung.

Landwirtschaftliche Unternehmer, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder vergleichbare Einnahmen (§ 229 Abs. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) beziehen, sind hierdurch von der Verpflichtung nach Absatz 1 nicht befreit.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

5.1 Die Zuwendung wird als Zuschuss gewährt.

5.2 Bemessungsgrundlage ist die in benachteiligten Gebieten bewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche des Unternehmens abzüglich Flächen für die Erzeugung von

- Weizen und Mais (einschl. Futtermais),
- Wein,
- Äpfeln, Birnen und Pflirsichen in Vollpflanzungen,
- Zuckerrüben sowie Anbauflächen für Intensivkulturen (Gemüse, Obst, Hopfen, Tabak, Blumen und Zierpflanzen, Baumschulflächen).

Für Flächen, die nach der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003³ vom 29. September 2003

- stillgelegt sind, mit Ausnahme der Flächen, auf denen ökologischer Landbau betrieben wird oder nachwachsende Rohstoffe angebaut werden, oder
- nicht mehr für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden,

wird keine Ausgleichszulage gewährt.

5.3

5.3.1 Die Ausgleichszulage beträgt jährlich mindestens 25 Euro und maximal 180 Euro je ha LF. Sie ist umgekehrt proportional zur Landwirtschaftlichen Vergleichszahl (LVZ) bzw. bereinigten Ertragsmesszahl (bEMZ) zu staffeln. Satz 2 gilt nicht für Flächen in Berggebieten, auf Inseln, Halligen, Deichen und seeseitigem Deichvorland.

Bei Flächen mit hoher Handarbeitsstufe (wie z. B. besonders starke Hangneigung, Buckelwiesen, staunasse Flächen einschließlich Almen und Alpen) in Berggebieten und bei Hangneigung über 50 % auch im übrigen benach-

¹ Gemäß Richtlinie 86/465/EWG des Rates vom 14. Juli 1986 betreffend das Gemeinschaftsverzeichnis der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete, zuletzt geändert durch Entscheidung der Kommission vom 10. Februar 1997 97/172/EG (ABl. (EG) Nr. L 72 S. 1)

² ABl. (EG) Nr. L 153 S. 30 vom 30. April 2004 in der jeweils geltenden Fassung

³ ABl. (EG) Nr. L 270 S. 1 vom 21. Oktober 2003 in der jeweils geltenden Fassung

teiligten Gebiet können bis zu 200 Euro je ha LF gewährt werden.

5.3.2 Im Falle der Ackernutzung darf höchstens die Hälfte der bei Grünlandnutzung gewährten Beträge – mindestens jedoch 25 Euro – gezahlt werden. Die in 5.2 genannten Regelungen bleiben hiervon unberührt.

Im Falle des Anbaus von Ackerfutterpflanzen (Klee, Klee gras, Klee-Luzerne-Gemisch, Luzerne, Acker gras, Wechselgrünland) kann die Ausgleichszulage im Jahr/in den Jahren der Hauptnutzung auf die gemäß 5.3.1 gewährten Beträge erhöht werden.

5.4 Die Ausgleichszulage wird dem Zuwendungsempfänger jährlich auf Antrag gewährt, sofern ein Mindestbetrag von 250 Euro erreicht wird. Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann den Mindestbetrag absenken.

Die Ausgleichszulage darf den Betrag von 16 000 Euro je Zuwendungsempfänger und Jahr, im Falle einer Kooperation für alle Zuwendungsempfänger zusammen den Betrag von 64 000 Euro, jedoch nicht mehr als 16 000 Euro je Zuwendungsempfänger, nicht übersteigen. Diese Beträge können überschritten werden, wenn das Unternehmen über mehr als zwei betriebsnotwendige Arbeitskräfte verfügt; für diese weiteren Arbeitskräfte können maximal 8.000 Euro je betriebsnotwendige Arbeitskraft und Jahr gewährt werden.

Die Regelung für Kooperationen gilt nur, wenn die Kooperation Unternehmen oder Teile davon betrifft, die vor der erstmaligen Antragstellung als Kooperation von dem jeweiligen Mitglied der Kooperation mindestens fünf Jahre als selbständiges Unternehmen bewirtschaftet worden sind. Kooperationen, die in den neuen Ländern 1992 bis 1996 gefördert wurden, ohne die Voraussetzungen des Satzes 1 erfüllt zu haben, können weiterhin als Kooperationen gefördert werden.

Diese Bestimmungen sind nicht auf Genossenschaften und Rechtlervereinigungen anzuwenden, die in herkömmlicher Weise anerkannte Almen, Alpen oder Allmendweiden bewirtschaften. Die Weiderechte werden nach dem Verhältnis von aufgetriebenem Weidevieh eines nutzungsberechtigten Landwirts zur gesamten Weidefläche aufgeteilt. Die Bewertung des Viehs wird dabei nach dem Umrechnungsschlüssel gemäß Anlage ausgedrückt.

5.5 Flächen in benachteiligten Gebieten benachbarter Mitgliedstaaten der Europäischen Union können ebenfalls berücksichtigt werden, sofern der landwirtschaftliche Unternehmer antragsberechtigt ist und die übrigen Bedingungen erfüllt.

Bei einem Unternehmen mit Flächen in verschiedenen Ländern ist der Antrag grundsätzlich in dem Land zu stellen, in dem der Betrieb seinen Sitz hat. In Zweifelsfällen

entscheiden die betroffenen Länder im gegenseitigen Einvernehmen.

5.6 Für vor dem 18. Juni 1989 mit Genehmigung aufgeforstete Flächen, die als Grundlage für die Berechnung der Ausgleichszulage dienen, kann ab dem Zeitpunkt der Aufforstung für maximal 20 Jahre die Ausgleichszulage weiter gewährt werden.

Für zwischen dem 18. Juni 1989 und dem 31. Dezember 1990 mit Genehmigung aufgeforstete Flächen wird eine Erstaufforstungsprämie nach den Grundsätzen für die Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen sowie auf der Grundlage der VO (EWG) Nr. 1609/89 des Rates gewährt, deren Höhe sich nach dem für die jeweilige Fläche vorgesehenen Betrag der Ausgleichszulage bemisst. Die Beihilfe kann ab dem Zeitpunkt der Aufforstung für maximal 20 Jahre gezahlt werden.

6. Einhaltung verbindlicher Anforderungen (CC)

Werden die verbindlichen Anforderungen der Artikel 4 und 5 und der Anhänge III und IV der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 von den Begünstigten der Ausgleichszulage nicht im gesamten Betrieb aufgrund einer unmittelbar dem einzelnen Betriebsinhaber zuzuschreibenden Handlung oder Unterlassung erfüllt, so wird der Gesamtbetrag der in dem betreffenden Kalenderjahr zu gewählenden Ausgleichszulage gekürzt oder es wird keinerlei Zahlung geleistet.

Anlage

Umrechnungsschlüssel

Bei der Ermittlung der Weiderechte ist folgender Umrechnungsschlüssel anzuwenden:

Kälber (außer Mastkälber) und Jungvieh unter 6 Monaten	0,30 GVE
Mastkälber	0,40 GVE
Rinder von 6 Monaten bis 2 Jahren	0,60 GVE
Rinder von mehr als 2 Jahren	1,00 GVE
Equiden unter 6 Monaten	0,50 GVE
Equiden von mehr als 6 Monaten	1,00 GVE
Mutterschafe	0,15 GVE
Schafe (außer Mutterschafe) von mehr als 1 Jahr	0,10 GVE
Ziegen	0,15 GVE

Die Länder können diesen Umrechnungsschlüssel ergänzen, wenn seine Anwendung einer zielgerechten Umsetzung zuwiderlaufen würde.

Grundsätze für die Förderung einer markt- und standortangepassten Landwirtschaft

- A. Förderung extensiver Produktionsverfahren im Ackerbau oder bei Dauerkulturen**
- B. Förderung extensiver Grünlandnutzung**
- C. Förderung ökologischer Anbauverfahren**
- D. Förderung mehrjähriger Stilllegung**
- E. Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren**

Allgemeine Vorschriften

Die nachfolgenden Vorschriften enthalten Bestimmungen, die für sämtliche oben bezeichneten Bereiche der Förderung gelten:

1. Allgemeine Pflichten

Der Beihilfeempfänger ist verpflichtet, während des Beihilfezeitraumes

- die Grundanforderungen der Artikel 4 und 5 und der Anhänge III und IV der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹ sowie
- die Grundanforderungen für die Anwendung von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln gemäß Artikel 39 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005² oder
- gegebenenfalls die nationalen Bestimmungen, die die oben genannten Grundanforderungen konkretisieren oder umsetzen,

im gesamten Betrieb einzuhalten, auch wenn die Beihilfe lediglich für die Bewirtschaftung einer Teilfläche des Betriebes beantragt oder gewährt wird.

2. Kürzung oder Nichtgewährung der Beihilfe

2.1 Die Beihilfe wird gemäß Artikel 51 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 39 Abs. 3 der Verordnung (EG)

¹ Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 2019/93, (EG) Nr. 1452/2001, (EG) Nr. 1453/2001, (EG) Nr. 1454/2001, (EG) Nr. 1868/94, (EG) Nr. 1251/1999, (EG) Nr. 1254/1999, (EG) Nr. 1673/2000, (EWG) Nr. 2358/71 und (EG) Nr. 2529/2001 (ABl. EG Nr. L 270 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung

² Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (ABl. EG Nr. L 277 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung

Nr. 1698/2005 gekürzt oder nicht gewährt, wenn der Beihilfeempfänger während des Zeitraumes der Beihilfe aufgrund einer ihm zurechenbaren Handlung oder Unterlassung die Pflichten nach Nr. 1 nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig in seinem gesamten Betrieb erfüllt.

2.2 In diesem Fall wird der Gesamtbetrag der in dem Förderjahr zu gewährenden Beihilfe, in dem die Pflichten nach Nr. 1 nicht erfüllt wurden oder werden, gekürzt oder nicht gewährt. Die Entscheidung über die Höhe der Kürzung oder über die Nichtgewährung der Beihilfe ergeht entsprechend den einschlägigen Vorschriften des Europäischen Rechts. Im Übrigen gelten die nationalen Bestimmungen.

A. Förderung extensiver Produktionsverfahren im Ackerbau oder bei Dauerkulturen

1. Beihilfezweck

Beihilfezweck ist die Einführung oder Beibehaltung extensiver Produktionsverfahren im Ackerbau oder bei Dauerkulturen sowie der extensiven Bewirtschaftung von Blühflächen oder -streifen im Ackerbau zur nachhaltigen Verbesserung der natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen, die mit den Belangen des Schutzes der Umwelt und der Erhaltung des natürlichen Lebensraums vereinbar sind.

2. Gegenstand der Förderung

Förderungsfähig sind für die Dauer von fünf Jahren folgende Maßnahmen:

- 2.1** der Anbau von jährlich mindestens fünf verschiedenen Hauptfruchtarten auf der Ackerfläche des Betriebes,
- 2.2** der Anbau von Zwischenfrüchten oder Untersaaten im Ackerbau oder die Begrünung von Dauerkulturen,
- 2.3** die Anwendung von Mulch- oder Direktsaat oder Mulchpflanzverfahren im Ackerbau,
- 2.4** das Ausbringen von flüssigem Wirtschaftsdünger auf Acker- und Grünland mit besonders umweltfreundlichen Ausbringungsverfahren,
- 2.5** die Anwendung von erosionsmindernden Produktionsverfahren des Ackerfütterbaus,
- 2.6** der Verzicht auf die Anwendung von Herbiziden im Betriebszweig Dauerkulturen,
- 2.7** die Anlage von Blühflächen oder Blüh- bzw. Schonstreifen auf höchstens 15 Prozent der Ackerflächen des Betriebes zur Schaffung
 - von zusätzlichen Flächen- oder Streifenstrukturen,
 - von Übergangsfeldern zu ökologisch sensiblen Bereichen

zur nachhaltigen Verbesserung der Produktionsverfahren einschließlich der Schaffung von Verbindungskorridoren oder Schutz-, Brut- oder Rückzugflächen für Wildtiere in der Agrarlandschaft.

2.8 die Anwendung von biologischen oder biotechnischen Maßnahmen des Pflanzenschutzes.

3. Beihilfeempfänger

Betriebsinhaber im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹.

4. Beihilfevoraussetzungen

Voraussetzung für die Gewährung einer Beihilfe ist, dass der Beihilfeempfänger

4.1 den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst bewirtschaftet und

4.2 sich verpflichtet, für die Dauer von fünf Jahren

4.2.1 eine oder mehrere der Maßnahmen nach den Nummern 2.1 bis 2.8 anzuwenden,

4.2.2 den Umfang der Dauergrünlandfläche des Betriebes insgesamt außer in den Fällen des Besitzwechsels, der mehrjährigen Stilllegung oder der Erstaufforstung derselben nicht zu verringern sowie

4.2.3 im Falle der Nummer 2.1 jährlich

4.2.3.1 auf der Ackerfläche des Betriebes mit Ausnahme der stillgelegten Ackerfläche mindestens fünf verschiedene Hauptfruchtarten anzubauen,

4.2.3.2 außer bei Hauptfruchtarten nach Nummer 4.2.3.4 je Hauptfruchtart einen Mindestanteil von 10 Prozent der Ackerfläche anzubauen und einen Anteil von 30 Prozent der Ackerfläche nicht zu überschreiten,

4.2.3.3 einen Getreideanteil von zwei Dritteln der Ackerfläche nicht zu überschreiten,

4.2.3.4 abweichend von Nummer 4.2.3.2 auf mindestens 5 Prozent der Ackerfläche Fruchtarten anzubauen, die aus Leguminosen oder einem Gemenge bestehen, das Leguminosen enthält,

4.2.3.5 nach Leguminosen eine über Winter beizubehaltende Folgefrucht anzubauen,

4.2.4 im Falle der Nummer 2.2 jährlich

4.2.4.1 nach der Ernte der Hauptfrüchte auf mindestens 5 Prozent der zum Zeitpunkt der Antragstellung für eine fünfjährige Verpflichtung nach diesem Förderungsgrundsatz bestehenden Acker- oder Dauerkulturfläche des Betriebes Zwischenfrüchte anzubauen oder Untersaaten bzw. Begrünungen beizubehalten,

4.2.4.2 die Zwischenfrüchte, Untersaaten oder Begrünungen nicht vor einem von den Ländern festzulegenden Zeitpunkt des Jahres umzubrechen, das auf das Jahr der Ansaat der Zwischenfrüchte oder Untersaaten folgt,

4.2.5 im Falle der Nummer 2.3 jährlich auf mindestens 5 Prozent der zum Zeitpunkt der Antragstellung für eine

fünfjährige Verpflichtung nach diesem Förderungsgrundsatz bestehenden Ackerfläche des Betriebes Hauptfrüchte ohne wendende Bodenbearbeitung anzubauen, so dass Pflanzenreste der Vor- oder Zwischenfrüchte oder Untersaaten auf der Bodenoberfläche verbleiben,

4.2.6 im Falle der Nummer 2.4 jährlich

4.2.6.1 den gesamten flüssigen Wirtschaftsdünger des Betriebes mit Geräten zu verteilen, die den Wirtschaftsdünger unmittelbar auf den Boden ausbringen oder direkt in den Boden einbringen, oder

4.2.6.2 im Falle der überbetrieblichen Maschinenverwendung die Ausbringung von Teilmengen der betrieblichen Wirtschaftsdüngermenge mit den in Nummer 4.2.6.1 genannten Geräten vorzunehmen,

4.2.6.3 in jedem Falle jährlich mindestens eine Laboruntersuchung des flüssigen Wirtschaftsdüngers auf Gesamtstickstoff- und Ammoniumstickstoffgehalt vornehmen zu lassen,

4.2.7 im Falle der Nummer 2.5

4.2.7.1 jährlich auf mindestens 5 Prozent der zum Zeitpunkt der Antragstellung für eine fünfjährige Verpflichtung nach diesem Förderungsgrundsatz bestehenden Ackerfläche des Betriebes mindestens jedoch auf 2 Hektar Ackerfutterpflanzen außer Silomais, Getreide oder Futterrüben als Hauptfrüchte anzubauen und zu ernten,

4.2.7.2 auf der beantragten Fläche Leguminosen nur im Gemisch mit Gräsern anzubauen,

4.2.7.3 das Ackerfutter nicht vor einem von den Ländern festzulegenden Datum des auf die Ansaat folgenden Jahres umzubrechen,

4.2.8 im Falle der Nummer 2.7

4.2.8.1 auf bestimmten Schlägen, die im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹ stillgelegt sind oder die nicht mehr für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden, für die Dauer von fünf Jahren Blühflächen anzulegen oder

4.2.8.2 auf Schlägen, die nicht im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹ stillgelegt sind und die für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden,

– Blühstreifen entlang von bestimmten Schlaggrenzen mit einer Breite von mindestens drei Metern oder

– Blühstreifen innerhalb eines bestimmten Schlages mit einer Breite von mindestens sechs Metern oder

– Blühflächen

anzulegen oder

4.2.8.3 auf Schlägen, die nicht im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹ stillgelegt sind und die für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden, Schonstreifen entlang von bestimmten Schlaggrenzen mit einer Breite von mindestens drei Metern anzulegen,

4.2.8.4 auf Blühflächen oder -streifen nach den Nummern 4.2.8.1 oder 4.2.8.2 Mischungen aus verschiedenen standortangepassten Blütenpflanzenarten anzubauen, die Nützlingen, Bienen oder anderen Wildtieren als Wirts-, Nahrungs- oder Schutzpflanzen dienen können, und die über die Dauer der Vegetationsperioden auch der auf das Jahr der Ansaat folgenden Jahre hinweg einen Blühaspekt bieten,

4.2.8.5 auf Schonstreifen nach Nummer 4.2.8.3

- dieselbe Fruchtart wie auf dem Gesamtschlag einzusäen oder
- Mischungen aus verschiedenen standortangepassten Pflanzenarten einzusäen, die Nützlingen, Bienen oder anderen Wildtieren als Wirts-, Nahrungs- oder Schutzpflanzen dienen können,

4.2.8.6 auf den Blühflächen, Blüh- oder Schonstreifen auf die Anwendung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln zu verzichten und

4.2.8.7 auf den Blühflächen oder -streifen nach den Nummern 4.2.8.1 und 4.2.8.2 außer mechanischer Unkrautbekämpfung und Bestellmaßnahmen keine anderweitige Bearbeitung durchzuführen (Bestellmaßnahmen können pfluglos erfolgen),

4.2.8.8 auf den Schonstreifen nach Nummer 4.2.8.3 außer Bestellmaßnahmen sowie im Falle der Nummer 4.2.8.5 zweiter Anstrich Pflegeschnitten keine Bearbeitung durchzuführen,

4.2.8.9 den Aufwuchs der Blühflächen, Blüh- oder Schonstreifen außer im Falle von Schonstreifen nach Nummer 4.2.8.5 erster Anstrich nicht zu nutzen,

4.2.9 im Falle der Nummer 2.8

4.2.9.1 im Betrieb eine oder mehrere der in Anlage 4 genannten Maßnahmen des biologischen und biotechnischen Pflanzenschutzes in bestimmtem Flächenumfang anzuwenden,

4.2.9.2 Pflanzenschutzmittel mit dem gleichen Bekämpfungsziel wie die jeweilige Pflanzenschutzmaßnahme nach Anlage 4, die in Anlage 4 nicht genannt sind, auf den nach Nummer 2.8 bewirtschafteten Flächen in fachlich begründeten Fällen nur nach Genehmigung durch die zuständige Behörde anzuwenden.

5. Sonstige Beihilfebestimmungen

5.1 Vergrößert sich die Acker- oder Dauerkulturfläche des Betriebes während der Dauer der Verpflichtung,

5.1.1 muss der Beihilfeempfänger im Falle einer Förderung nach den Nummern 2.1 und 2.6 die zusätzlichen Acker- oder Dauerkulturflächen nach den eingegangenen Verpflichtungen bewirtschaften und kann hierfür nach den Bestimmungen des Artikels 45 der Verordnung (EG) Nr. 1974/2006³ eine Beihilfe beantragen,

5.1.2 kann der Beihilfeempfänger im Falle einer Förderung nach den Nummern 2.2, 2.3 und 2.5 weitere Ackerflächen nach den eingegangenen Verpflichtungen bewirtschaften und kann hierfür nach den Bestimmungen des Artikels 45 der Verordnung (EG) Nr. 1974/2006³ eine Beihilfe beantragen,

5.1.3 kann der Beihilfeempfänger im Falle einer Förderung nach Nummer 2.7 auf den zusätzlichen Ackerflächen Blühflächen, Blüh- oder Schonstreifen anlegen und kann hierfür nach den Bestimmungen des Artikels 45 der Verordnung (EG) Nr. 1974/2006³ eine Beihilfe beantragen.

5.1.4 Im Falle einer Vergrößerung gemäß Nummer 5.1 dürfen höchstens 15 Prozent der neuen gesamten Ackerfläche des Betriebes einschließlich der im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹ stillgelegten und der nicht mehr für die Erzeugung genutzten Fläche als Blühfläche, Blüh- oder Schonstreifen angelegt werden.

5.2 Der Zeitpunkt des Beginns des Verpflichtungszeitraums darf keinesfalls vor dem Zeitpunkt der Stellung des Erstantrags liegen.

5.3 Der Verpflichtungszeitraum beträgt fünf Jahre.

5.3.1 Gehen während des Verpflichtungszeitraums der ganze Betrieb oder einzelne Flächen, für die die Beihilfe gewährt wird, auf andere Personen über oder an Verpächter zurück, muss der Beihilfeempfänger selbst oder dessen Erbe, außer in Fällen höherer Gewalt, die für diese Flächen erhaltene Beihilfe vollständig zurückerstatten, sofern die eingegangenen Verpflichtungen vom Übernehmer nicht eingehalten werden.

Die Länder können besondere Maßnahmen ergreifen, um bei geringfügigen Änderungen der betrieblichen Situation zu vermeiden, dass die Anwendung des Satzes 1 mit Blick auf die eingegangenen Verpflichtungen zu unangemessenen Ergebnissen führen würde.

5.3.2 Die Bestimmung der Nummer 5.3.1 findet keine Anwendung, wenn der Beihilfeempfänger seine Verpflichtungen bereits drei Jahre erfüllt hat, er seine landwirtschaftliche Tätigkeit aufgibt und sich die Übernahme seiner Verpflichtungen durch einen Nachfolger als nicht durchführbar erweist.

Unbeschadet des Satzes 1 findet die Bestimmung der Nummer 5.3.1 ferner keine Anwendung, wenn die Fläche, für die eine Beihilfe gewährt wird, während des gesamten Verpflichtungszeitraumes um weniger als 5 Prozent verringert wird oder wenn es sich um Flächen handelt,

5.3.2.1 die infolge von Enteignung und Zwangsversteigerung auf andere Personen übergehen, oder die infolge von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz, dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz oder

³ Verordnung (EG) Nr. 1974/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) 1698/2005 des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) (ABl. EG Nr. L 368 S. 15 in der jeweils geltenden Fassung)

dem freiwilligen Nutzungsaustausch durch wertgleiche Flächen ersetzt werden, auf denen der Beihilfeempfänger die Maßnahme fortsetzt,

5.3.2.2 die ehemals in Volkseigentum überführt wurden (Treuhandflächen) und die aufgrund nationaler Regelungen (Rückübertragung an die alten Eigentümer) zur Beseitigung der Folgen der Zwangskollektivierung dem Pächter vorzeitig entzogen werden müssen,

5.3.2.3 die in den neuen Ländern vom Antragsteller bewirtschaftet werden und deren im Grundbuch eingetragene Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht ermittelt werden können.

5.3.3 Im Fall der Nummer 5.3.2, Satz 2 verringert sich die Beihilfe für die Restlaufzeit entsprechend dem Umfang der ausscheidenden Flächen.

5.4 In Fällen höherer Gewalt kann die zuständige Behörde Ausnahmen von den eingegangenen Verpflichtungen zulassen. Unbeschadet besonderer Umstände des Einzelfalls ist höhere Gewalt insbesondere in folgenden Fällen anzunehmen:

- Todesfall des Betriebsinhabers,
- länger andauernde Berufsunfähigkeit des Betriebsinhabers,
- Enteignung eines wesentlichen Teils des Betriebs, soweit sie am Tag der Unterzeichnung der Verpflichtung nicht vorherzusehen war,
- schwere Naturkatastrophe, die die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebes erheblich in Mitleidenschaft zieht,
- unfallbedingte Zerstörung der Stallungen des Betriebsinhabers,
- Seuchenbefall des Tierbestandes oder eines Teils davon.

Fälle höherer Gewalt sind der zuständigen Behörde schriftlich und mit entsprechenden Nachweisen innerhalb von zehn Werktagen nach dem Zeitpunkt anzuzeigen, ab dem der Beihilfeempfänger hierzu in der Lage ist.

5.5 Der Beihilfeempfänger kann während des Verpflichtungszeitraumes eine Umwandlung der eingegangenen Verpflichtungen beantragen, sofern damit unzweifelhafte Vorteile für die Umwelt verbunden sind, die bereits eingegangene Verpflichtung erheblich verschärft wird und die neue Maßnahme nach Verordnung (EG) Nr. 1698/2005² genehmigt ist.

5.6 Werden mehr als 5 Hauptfruchtarten angebaut und wird der Mindestanteil von 10 Prozent der Ackerfläche nach Nummer 4.2.3.2 bei einer oder mehreren Hauptfruchtarten nicht erreicht, so können Hauptfruchtarten zusammen gefasst werden bis die in Nummer 4.2.3.2 genannten Anbauanteile erreicht werden. Die Erfordernisse der Nummer 4.2.3.3 bleiben von dieser Zusammenfassung unberührt.

5.7 Im Falle der Förderung nach Nummer 2.1 zählen im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EG)

Nr. 1782/2003¹ stillgelegte Flächen oder Flächen, die nicht mehr für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden, nicht als Hauptfruchtart.

5.8 Für Flächen, die im Sinne des Artikels 54 Abs. 2 der Verordnung 1782/2003¹ stillgelegt sind oder die nicht mehr für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden, wird mit Ausnahme der Förderung nach Nr. 4.2.8.1 keine Beihilfe im Rahmen dieser Regelung gewährt.

5.9 Von einer Förderung nach Nummer 2.4 sind Betriebe ausgeschlossen, die bereits auf Grund einer Nebenbestimmung im Bescheid zur Genehmigung des Betriebes nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) verpflichtet sind, Geräte nach Nummer 4.2.6.1 zu verwenden.

Von der Förderung ausgeschlossen sind außerdem Flächen, für die eine Ausnahme von der Ausbringungsobergrenze von 170 kg N pro ha und Jahr nach § 4 Abs. 4 der Düngeverordnung i. V. mit der Entscheidung der Europäischen Kommission 2006/1013/EG vom 22. Dezember 2006, ABl. EG Nr. L 382, S. 1, erteilt wurde.

5.10 Im Falle der Kombination der Förderung nach den Nummern 2.1 und 2.5 wird für die mit Ackerfutter bestellte Fläche keine Beihilfe nach Nummer 2.1 gewährt

5.11 Im Falle einer Förderung von Blühflächen, Blüh- oder Schonstreifen nach Nummer 2.7

5.11.1 sind von den Ländern für Maßnahmen nach Nummer 4.2.8.1 oder 4.2.8.2 gegebenenfalls Saatgutmischungen festzulegen, die geeignet sind, dass die daraus erwachsenden Pflanzen

- von gegebenenfalls angrenzenden natürlichen oder zu Zwecken der gezielten Begrünung angesäten Pflanzengesellschaften deutlich unterscheidbar sind und
- die zumindest teilweise auch im Sommer und Herbst blühen,

um damit die Kontrollierbarkeit der Maßnahme zu erleichtern,

5.11.2 können die Länder zulassen, dass Blühstreifen nach Nummer 4.2.8.2 oder Schonstreifen nach Nummer 4.2.8.3 jährlich auf anderen Ackerflächen des Betriebes angelegt werden.

5.12 Die Bewilligung der Förderung von Schonstreifen nach Nummer 4.2.8.5 zweiter Anstrich erfolgt in Abstimmung mit der für Artenvielfalt zuständigen Behörde sowie unter Berücksichtigung landschafts- oder agrarökologischer sowie produktionstechnischer Gesichtspunkte.

6. Höhe der Beihilfen

6.1 Die Höhe der Beihilfen beträgt jährlich

6.1.1 im Falle der Nummer 2.1

- 50 Euro je Hektar Ackerfläche
- 30 Euro je Hektar Ackerfläche bei Betrieben, die eine Beihilfe für die Einführung oder Beibehaltung ökologischer Anbauverfahren erhalten.

6.1.2 im Falle der Nummer 2.2

- 70 Euro je Hektar Zwischenfrüchte, Untersaaten oder gezielt begrünter Dauerkulturfläche
- 45 Euro je Hektar Zwischenfrüchte, Untersaaten, oder gezielt begrünter Dauerkulturfläche bei Betrieben, die eine Beihilfe für die Einführung oder Beibehaltung ökologischer Anbauverfahren erhalten.

6.1.3 im Falle der Nummer 2.3 54 Euro je Hektar Mulchsaat- oder Mulchpflanzverfahren,**6.1.4**

6.1.4.1 bei Ausbringung des gesamten flüssigen Wirtschaftsdüngers des Betriebes nach Nummer 4.2.6.1 30 Euro je Hektar Bezugsfläche,

6.1.4.2 bei Ausbringung von Teilmengen im Rahmen der überbetrieblichen Maschinenverwendung nach Nummer 4.2.6.2 15 Euro je nachweislich umweltfreundlich ausgebrachter Wirtschaftsdüngermenge, die dem Standard-Wirtschaftsdüngeranfall einer Großvieheinheit (GVE) nach Anlage 3 entspricht, jedoch nicht mehr als 30 Euro je Hektar Betriebsfläche,

6.1.4.3 Grundlage für die Beihilfebemessung nach Nummer 6.1.4.1 ist die Bezugsfläche gemäß dem Antrag auf Direktzahlungen des Antragstellers. Die Bezugsfläche wird durch Multiplikation der Anzahl der flüssigen Wirtschaftsdünger erzeugenden GVE des Betriebes mit 0,5 Hektar errechnet. Die Bezugsfläche dient der Berechnung der Beihilfe und darf in keinem Falle größer als die Betriebsfläche sein. Eine flächenspezifische Verpflichtung leitet sich daraus nicht ab.

6.1.5 im Falle der Nummer 2.5

- 170 Euro je Hektar geförderter Ackerfutterfläche,
- 70 Euro je Hektar Ackerfutterfläche bei Betrieben, die eine Beihilfe für die Einführung oder Beibehaltung ökologischer Anbauverfahren erhalten.

Die Beihilfe nach Nummer 6.1.5 verringert sich um den Betrag des Zuschlags der Ausgleichszulage für Ackerfuturpflanzen, soweit er im Rahmen der Förderung von Ackerfutter in benachteiligten Gebieten nach den Artikeln 13 Buchstabe a, 14 Abs. 1 und 2 erster und zweiter Gedankenstrich und 15 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999⁴ gewährt wird.

6.1.6 im Falle der Nummer 2.6

156 Euro je Hektar bei Kern- und Steinobst sowie bei Wein und Hopfen,

6.1.7 im Falle der Nummer 2.7

6.1.7.1 bei der Anlage von Blühflächen auf Ackerflächen, die im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung

(EG) Nr. 1782/2003¹ stillgelegt sind oder die nicht mehr für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden,

- 169 Euro je Hektar bei jährlicher Nachsaat oder
- 55 Euro je Hektar bei Nachsaat nach drei Jahren oder
- 55 Euro je Hektar bei Pflege wildtiergerechter Mischung.

6.1.7.2 bei der Anlage von Blühflächen, Blüh- oder Schonstreifen auf Ackerflächen, die nicht im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹ stillgelegt sind und die für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden,

- 540 Euro je Hektar bei der Anlage von Blühstreifen oder Blühflächen und jährlicher Nachsaat,
- 452 Euro je Hektar bei der Anlage von Schonstreifen nach Nummer 4.2.8.5 erster Anstrich,
- 372 Euro je Hektar bei der Anlage von Schonstreifen nach Nummer 4.2.8.5 zweiter Anstrich und einmaliger Aussaat einer Mischung in fünf Jahren.

6.1.7.3 Die Förderung nach den Nummern 6.1.7.1 und 6.1.7.2 ist im Falle der Nummern 4.2.8.2, erstes und zweites Tired sowie im Falle der Nummer 4.2.8.3 auf eine Breite je Streifen von höchstens 24 Meter begrenzt. Im Falle der Förderung nach Nummer 4.2.8.2, drittes Tired, ist die Förderung auf höchstens zwei Hektar je Schlag begrenzt.

6.1.8 Im Falle der Nummer 2.8 ergibt sich die Höhe der jährlichen Beihilfe nach Maßgabe der Spalte „Beihilfehöhe“ der Anlage 4.

6.2 Die Länder können die Beihilfen um bis zu 30 Prozent absenken oder um bis zu 20 Prozent, im Falle der Förderung von Blühflächen, Blüh- oder Schonstreifen nach Nummer 2.7 um bis zu 40 Prozent anheben.

B. Förderung extensiver Grünlandnutzung**1. Beihilfezweck**

Beihilfezweck ist die Einführung oder Beibehaltung extensiver Grünlandbewirtschaftungsverfahren zur nachhaltigen Verbesserung der natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen, die mit einer Verbesserung des Schutzes der Umwelt und der Erhaltung des natürlichen Lebensraumes einhergehen.

2. Gegenstand der Förderung

Förderungsfähig ist die Einführung oder Beibehaltung eines der folgenden Bewirtschaftungsverfahren für die Dauer von fünf Jahren:

2.1 Einführung oder Einhaltung einer extensiven Bewirtschaftung des Dauergrünlandes (Anlage 2) eines Betriebs mit höchstens 1,4 raufutterfressenden Großvieheinheiten (RGV) je Hektar Hauptfutterfläche,

2.2 Umwandlung von Ackerflächen in extensiv zu nutzendes Grünland,

⁴ Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. EG Nr. L 160 S. 80) in der jeweils geltenden Fassung

2.3 extensive Bewirtschaftung von bestimmten Grünlandflächen,

2.3.1 zur Verringerung der Betriebsmittelanwendung oder zur Anwendung bestimmter Verfahren der Weidewirtschaft,

2.3.2 zur Erhaltung pflanzengenetisch wertvoller Grünlandvegetation.

3. Beihilfeempfänger

Betriebsinhaber im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹.

4. Beihilfevoraussetzungen

Voraussetzung für die Gewährung einer Beihilfe ist, dass der Beihilfeempfänger

4.1 den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst bewirtschaftet und

4.2 sich für die Dauer von fünf Jahren verpflichtet,

4.2.1 im Falle der Nummer 2.1

– bei der Einführung der extensiven Bewirtschaftung 1,4 RGV je Hektar Hauptfutterfläche vor Ablauf des ersten Jahres der Verpflichtung zu erreichen und bis zum Ende der Verpflichtung beizubehalten und

– bei der Einhaltung der extensiven Bewirtschaftung 1,4 RGV je Hektar Hauptfutterfläche im Verpflichtungszeitraum nicht zu überschreiten.

4.2.2 im Falle der Nummer 2.1 auf dem Dauergrünland

4.2.2.1 keine Umwandlung in Ackerland vorzunehmen,

4.2.2.2 nicht mehr Wirtschaftsdünger auszubringen als es dem Dunganfall eines Gesamtviehbesatzes von 1,4 GVE je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) entspricht,

4.2.2.3 keine Beregnung oder keine Meliorationsmaßnahmen durchzuführen,

4.2.2.4 auf der Hauptfutterfläche einen Mindestbesatz von 0,3 RGV je Hektar nicht zu unterschreiten und das Dauergrünland mindestens einmal jährlich zu nutzen,

4.2.2.5 keine Pflanzenschutzmittel anzuwenden

4.2.3 im Falle der Nummern 2.2 und 2.3.1

4.2.3.1 den Umfang der Dauergrünlandfläche des Betriebes insgesamt außer in den Fällen des Besitzwechsels, der mehrjährigen Stilllegung oder der Erstaufforstung derselben nicht zu verringern,

4.2.3.2 die betreffenden Flächen mindestens einmal jährlich zu nutzen,

4.2.4 im Falle der Nummer 2.2 die betreffenden Ackerflächen,

– als Grünland zu nutzen und

– auf ihnen keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel anzuwenden,

4.2.5 im Falle der Nummer 2.3.1 auf den betreffenden Flächen

4.2.5.1 keine chemisch-synthetischen Dünge- oder Pflanzenschutzmittel anzuwenden,

4.2.5.2 eine den – gegebenenfalls von den Ländern gebietspezifisch anzupassenden - Anforderungen an eine standortangepasste Landbewirtschaftung entsprechende Nutzung durchzuführen und im Falle von gebietspezifischen Anforderungen Aufzeichnungen über Art, Zeitpunkt und gegebenenfalls Aufwandsmengen der auf den betreffenden Flächen durchgeführten Maßnahmen bereitzuhalten.

4.2.5.3 Soweit die gebietspezifischen Anforderungen bestimmte Weidewirtschaftungsverfahren betreffen, ist der Betrieb verpflichtet,

– auf den betreffenden Flächen keinen Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft auszubringen und

– ein Weidetagebuch zu führen, aus dem

– die Identität der beweideten Flächen,

– die Dauer der Nutzung und

– sonstige Bewirtschaftungsmaßnahmen

hervorgehen.

4.2.6 Der Beihilfeempfänger verpflichtet sich im Falle der Nummer 2.3.2

– auf den betreffenden Flächen das Vorkommen von mindestens vier Kennarten aus einem landes- oder regionalspezifisch zu erstellenden Katalog von 20 bis höchstens 40 krautigen Pflanzen nachweisen zu können,

– Aufzeichnungen über Art und Zeitpunkt der Bewirtschaftungsmaßnahmen zu machen.

4.3 Im Falle der Nummer 2.2 müssen mindestens 0,1 Hektar Ackerfläche in extensiv zu nutzendes Grünland umgewandelt werden.

4.4 Im Falle der Nummern 2.1, 2.2 und 2.3.1 muss der Antrag auf Förderung vor Beginn der Maßnahme gestellt sein.

5. Sonstige Beihilfebestimmungen

5.1 Vergrößert sich im Falle der Förderung nach der Nummer 2.1 die Dauergrünlandfläche eines Betriebes während der Dauer der Verpflichtung oder will der Beihilfeempfänger die in eine Verpflichtung nach Nummer 2.3 einbezogene Fläche erweitern, muss der Beihilfeempfänger die zusätzlichen Flächen nach den eingegangenen Verpflichtungen bewirtschaften und kann hierfür nach den Bestimmungen des Artikels 45 der Verordnung (EG) Nr. 1974/2006³ eine Beihilfe beantragen.

5.2 Die Bestimmungen nach Förderungsgrundsatz A Nummern 5.2 bis 5.5 gelten entsprechend.

5.3 Im Falle der Nummer 2.2 müssen die Flächen spätestens vom 15. Mai 2003⁵ an als Ackerfläche gedient haben.

5.4 Der Beihilfeempfänger kann eine Erweiterung der Verpflichtungen nach den Nummern 2.1 bis 2.3 beantragen.

5.5 Im Falle der Kombination von Nummer 2.2 mit der Nummer 2.1 ist eine Doppelförderung für dieselbe Fläche nicht zulässig.

5.6 Abweichend von Nummern 4.2.2.5 und 4.2.4, zweites Tired sowie Nummer 4.2.5.1 können Pflanzenschutzmittel auf dem Dauergrünland ausnahmsweise nach Genehmigung durch die zuständigen Behörden eingesetzt werden.

6. Höhe der Beihilfen

6.1 Die Höhe der Beihilfe beträgt jährlich

6.1.1 im Falle der Nummer 2.1 *110 Euro je Hektar Dauergrünland,*

6.1.2 im Falle der Nummer 2.2 *239 Euro je Hektar umzuwandelnder Ackerfläche; in festgesetzten Überschwemmungsgebieten können die Länder die Beihilfe um 151 Euro je Hektar erhöhen, wenn die Fläche eine durchschnittliche Ertragsmesszahl (EMZ) von mindestens 6 000 je ha aufweist;*

6.1.3 im Falle der Nummer 2.3.1

110 Euro je Hektar Dauergrünland, bei zusätzlichen gebietsspezifischen Anforderungen zur Weidenutzung nach Nummer 4.2.5.3 200 Euro je Hektar Dauergrünland.

6.1.4 im Falle der Nummer 2.3.2

– *110 Euro je Hektar Dauergrünland außer im Falle einer gleichzeitigen Förderung nach den Nummern 2.1 oder 2.3.1,*

– *50 Euro je Hektar Dauergrünland im Falle einer gleichzeitigen Förderung nach den Nummern 2.1 oder 2.3.1.*

6.2 Die Länder können die Beihilfen um bis zu 40 Prozent absenken oder um bis zu 20 Prozent, im Falle der Umwandlung von Acker in Grünland um bis zu 40 Prozent anheben.

⁵ Vergleiche Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 2019/93, (EG) Nr. 1452/2001, (EG) Nr. 1453/2001, (EG) Nr. 1454/2001, (EG) Nr. 1868/94, (EG) Nr. 1251/1999, (EG) Nr. 1673/2000, (EWG) Nr. 2358/71 und (EG) Nr. 2529/2001 (ABl. EG Nr. L 270 S. 1 vom 21. Oktober 2003)

C. Förderung ökologischer Anbauverfahren

1. Beihilfezweck

Beihilfezweck ist die Einführung oder Beibehaltung ökologischer Anbauverfahren zur nachhaltigen Verbesserung der natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen, die mit den Belangen des Schutzes der Umwelt und der Erhaltung des natürlichen Lebensraumes vereinbar sind und zum Gleichgewicht auf den Märkten beitragen.

2. Gegenstand der Förderung

Förderungsfähig ist die Einführung oder Beibehaltung eines ökologischen Anbauverfahrens im gesamten Betrieb für die Dauer von fünf Jahren.

3. Beihilfeempfänger

Betriebsinhaber im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹.

4. Beihilfevoraussetzungen

Voraussetzung für die Gewährung einer Beihilfe ist, dass der Antragsteller

4.1 den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst bewirtschaftet und

4.2 sich für die Dauer von fünf Jahren verpflichtet,

4.2.1 ein ökologisches Anbauverfahren einzuführen oder beizubehalten, das den Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91⁶ und des dazugehörigen EG-Folgerechts entspricht,

4.2.2 den Umfang der Dauergrünlandfläche des Betriebes insgesamt, außer in den Fällen des Besitzwechsels, der mehrjährigen Stilllegung oder der Erstaufforstung derselben, nicht zu verringern.

4.3 In jedem Jahr des Verpflichtungszeitraumes muss für mindestens drei Prozent der landwirtschaftlichen Fläche des Betriebes eine Agrarumweltverpflichtung nach Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005² bestehen, die in den Anforderungen über die Verordnung (EWG) Nr. 2092/91⁶ und der zu ihrer Durchführung erlassenen gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften hinausgehen.

5. Sonstige Beihilfebestimmungen

5.1 Vergrößert sich die Betriebsfläche während der Dauer der Verpflichtung, muss der Beihilfeempfänger die zusätzlichen Flächen nach den eingegangenen Verpflichtungen bewirtschaften und kann hierfür nach den Bestimmungen des Artikels 45 der Verordnung (EG) Nr. 1974/2006³ eine Beihilfe beantragen.

5.2 Die Bestimmungen nach Förderungsgrundsatz A Nummern 5.2 bis 5.5 gelten entsprechend.

⁶ Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel (ABl. EG Nr. L 198 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung

5.3 Für Flächen, die im Sinne des Artikels 54 Abs. 2 der Verordnung 1782/2003¹ stillgelegt sind oder die nicht mehr für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden, wird keine Beihilfe im Rahmen dieser Regelung gewährt.

5.4 Eine Förderung nach Förderungsgrundsatz C schließt die Gewährung einer Beihilfe nach Förderungsgrundsatz A Nummer 2.6 und 2.8 sowie nach Förderungsgrundsatz B Nummer 2.1 und 2.3.1 aus.

Für Ackerflächen, die nach Förderungsgrundsatz A Nummer 2.7 gefördert werden, wird keine Beihilfe nach Nr. 6 dieses Förderungsgrundsatzes gezahlt.

Für landwirtschaftliche Flächen des Betriebes, für die Agrarumweltverpflichtungen nach Nummer 4.3 dieses Förderungsgrundsatzes bestehen, wird keine Beihilfe nach Nummer 6 dieses Förderungsgrundsatzes gezahlt, soweit die betreffende Agrarumweltverpflichtung die wesentlichen Anforderungen an eine ökologische Bewirtschaftung einschließt.

5.5 Die Regelung nach Nummer 4.3 dieses Förderungsgrundsatzes kann von den Ländern ausgesetzt werden.

6. Höhe der Beihilfen

6.1 Die Höhe der Beihilfe beträgt jährlich

6.1.1 bei Einführung der Maßnahme

- 440 Euro je Hektar Gemüsebau,
- 187 Euro je Hektar Ackerfläche und Grünland und
- 840 Euro je Hektar Dauer- oder Baumschulkulturen.

Der für die ersten beiden Jahre des Verpflichtungszeitraumes gewährte Beihilfebetrug kann auf

- 693 Euro je Hektar Gemüsebau,
- 262 Euro je Hektar Ackerfläche und Grünland und
- 1107 Euro je Hektar Dauer- oder Baumschulkulturen

erhöht werden. In diesem Fall werden die für das dritte bis fünfte Jahr zu gewährenden Beträge auf die in Nummer 6.1.2 genannten Beträge abgesenkt.

6.1.2 bei Beibehaltung der Maßnahme

- 271 Euro je Hektar Gemüsebau,
- 137 Euro je Hektar Ackerfläche und Grünland und
- 662 Euro je Hektar Dauer- oder Baumschulkulturen.

6.1.3 Bei Teilnahme am Kontrollverfahren nach der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91⁶ und der zu ihrer Durchführung erlassenen gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften in der jeweils geltenden Fassung erhöht sich die Beihilfe um 35 Euro je Hektar, jedoch höchstens 530 Euro je Unternehmen.

6.2 Die Länder können die Beihilfen nach den Nummern 6.1.1 und 6.1.2 um bis zu 30 Prozent absenken oder um bis zu 20 Prozent anheben.

D. Förderung mehrjähriger Stilllegung

1. Beihilfezweck

Beihilfezweck ist die mehrjährige Stilllegung landwirtschaftlicher Nutzflächen zur nachhaltigen Anpassung der Produktionsstrukturen an die weiter steigenden Anforderungen im Hinblick auf den Schutz der Umwelt, die Sicherung der natürlichen Produktionsgrundlagen sowie die Nachfrage nach umweltgerecht erzeugten Produkten.

2. Gegenstand der Förderung

Förderungsfähig ist die Stilllegung von Ackerland *für die Erfüllung von durch die Länder im Einzelnen zu definierenden Auflagen* für die Dauer von zehn Jahren, insbesondere

- zur Anpassung der Landbewirtschaftung an besondere Standortbedingungen,
- zur Verbesserung der ökologischen Selbstregulierung an den landwirtschaftlichen Produktionsstandorten,
- zur Verringerung der Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln,
- zur Erosionsbekämpfung,
- zur Erhöhung der biologischen Vielfalt,
- zur Verbesserung des Lebensraumes für Wildtiere in der Feldflur und zur Verminderung des Wildschadensdruckes auf den Wald sowie
- zur Berücksichtigung der gestiegenen Verbrauchererwartungen an die landwirtschaftlichen Produktionsweisen und zur Marktentlastung.

3. Beihilfeempfänger

Betriebsinhaber im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹.

4. Beihilfevoraussetzungen

Voraussetzung für die Gewährung einer Beihilfe ist, dass der *Beihilfeempfänger die Auflagen des Landes erfüllt*,

4.1 den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst bewirtschaftet und

4.2 sich für die Dauer von zehn Jahren verpflichtet,

4.2.1 den Umfang der Dauergrünlandfläche des Betriebes insgesamt, außer in den Fällen des Besitzwechsels, der mehrjährigen Stilllegung oder der Erstaufforstung derselben, nicht zu verringern,

4.2.2 auf den stillgelegten Flächen

4.2.2.1 eine zur Erreichung des Beihilfezweckes *entsprechend den Auflagen* geeignete Bepflanzung, Einsaat, sonstige Begrünung oder Pflege zuzulassen oder vorzunehmen,

4.2.2.2 keine den Belangen des Schutzes der Umwelt und der Erhaltung des natürlichen Lebensraumes entgegenste-

henden Bodenbearbeitungen, Meliorationsmaßnahmen oder Nutzungen vorzunehmen,

4.2.2.3 keine Dünge- und Pflanzenschutzmittel anzuwenden,

4.2.2.4 den Aufwuchs nicht zu Futterzwecken zu nutzen.

4.3 Die stillzulegende Fläche darf

4.3.1 bis zu einer landwirtschaftlich genutzten Fläche des Betriebes von 100 Hektar höchstens 5 Hektar betragen,

4.3.2 bei einer landwirtschaftlich genutzten Fläche des Betriebes von mehr als 100 Hektar höchstens 10 Hektar betragen sowie

4.3.3 in keinem Fall 0,05 Hektar unterschreiten.

4.3.4 Die Beschränkungen nach Nummer 4.3.1 und 4.3.2 beziehen sich auf die Betriebsgröße zum Zeitpunkt der Antragstellung.

4.4 Die Bewilligung der Förderung mehrjährig stillzulegender Flächen erfolgt unter Berücksichtigung landschafts- oder agrarökologischer sowie produktionstechnischer Gesichtspunkte.

5. Sonstige Beihilfebestimmungen

5.1 Der Zeitpunkt des Beginns des Verpflichtungszeitraums darf keinesfalls vor dem Zeitpunkt der Stellung des Erstantrags liegen.

5.2 Der Verpflichtungszeitraum beträgt zehn Jahre.

5.2.1 Die Bestimmungen des Förderungsgrundsatzes A Nummer 5.3.1 gelten entsprechend.

5.2.2 Die Bestimmung des Förderungsgrundsatzes A Nummer 5.3.1 findet keine Anwendung, wenn der Beihilfeempfänger seine Verpflichtungen bereits sieben Jahre erfüllt hat, er seine landwirtschaftliche Tätigkeit aufgibt und sich die Übernahme seiner Verpflichtungen durch einen Nachfolger als nicht durchführbar erweist.

Unbeschadet des Satzes 1 findet die Bestimmung der Nummer 5.2.1 ferner keine Anwendung, wenn die Fläche, für die eine Beihilfe gewährt wird, um weniger als 5 Prozent während des gesamten Verpflichtungszeitraumes verringert wird oder wenn es sich um Flächen handelt,

5.2.2.1 die infolge von Enteignung und Zwangsversteigerung auf andere Personen übergehen, oder die infolge von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz, dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz oder dem freiwilligen Nutzungstausch durch wertgleiche Flächen ersetzt werden, auf denen der Beihilfeempfänger die Maßnahme fortsetzt,

5.2.2.2 die ehemals in Volkseigentum überführt wurden (Treuhandflächen) und die aufgrund nationaler Regelungen (Rückübertragung an die alten Eigentümer) zur Beseitigung der Folgen der Zwangskollektivierung dem Pächter vorzeitig entzogen werden müssen,

5.2.2.3 die in den neuen Ländern vom Antragsteller bewirtschaftet werden und deren im Grundbuch eingetragene Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht ermittelt werden können.

5.2.3 Im Fall der Nummer 5.2.2, Satz 2 verringert sich die Beihilfe für die Restlaufzeit entsprechend dem Umfang der ausscheidenden Flächen.

5.3 Die Bestimmungen des Förderungsgrundsatzes A Nummer 5.4 gelten entsprechend.

5.4 Im Falle der mehrjährigen Stilllegung von Ackerland müssen die Flächen spätestens vom 15. Mai 2003⁵ an als Ackerfläche gedient haben.

5.5 Beihilfeempfänger, deren Flächen nach den Förderungsgrundsätzen A bis C gefördert werden, können sich verpflichten, Teile dieser Flächen im Rahmen dieses Förderungsgrundsatzes stillzulegen und dafür eine Beihilfe beantragen.

5.6 Für Flächen, die im Rahmen dieses Förderungsgrundsatzes gefördert werden, wird keine Beihilfe nach den Förderungsgrundsätzen A bis C gewährt.

5.7 Im Rahmen dieses Förderungsgrundsatzes mehrjährig stillgelegte Ackerflächen gelten als stillgelegte Fläche im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹.

5.8 Eine Stilllegung auf der Grundlage dieses Förderungsgrundsatzes erfolgt nur, soweit keine Förderung nach den Nummern 2.2. bis 2.4 der Grundsätze für die Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen dieses Rahmenplans oder nach Nummer 16.1.2 der Grundsätze für die Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen dieses Rahmenplans in Anspruch genommen wird.

6. Höhe der Beihilfen

Die Höhe der Beihilfe beträgt jährlich

6.1 bei der mehrjährigen Stilllegung von Ackerflächen *zur Erfüllung der Auflagen 50 Euro je Hektar bis zu durchschnittlichen Ertragsmesszahlen⁷ je Hektar von 5 000, darüber hinaus 12,20 Euro für jede weiteren angefangenen und nachgewiesenen 100 Ertragsmesszahlen je Hektar.*

6.2 Die Länder können die Beihilfen um bis zu 30 Prozent absenken oder um bis zu 20 Prozent anheben.

E. Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren

1. Beihilfezweck

Beihilfezweck ist der Ausgleich von Einkommensverlusten, die mit dem zusätzlichen Aufwand für besonders umwelt- und tiergerechte Verfahren in der Nutztierhaltung

⁷ Begriffsbestimmungen in „Betriebswirtschaftliche Begriffe für die landwirtschaftliche Buchführung und Beratung“, Heft 14 der Schriftenreihe des Hauptverbandes der landwirtschaftlichen Buchstellers und Sachverständigen, 7. Auflage, Sankt Augustin, 1996, S. 69

verbunden sind. Diese Maßnahmen dienen der nachhaltigen Anpassung der Produktionsstrukturen an die weiter steigenden Anforderungen im Hinblick auf eine extensive Agrarproduktion, an die Sicherung der natürlichen Produktionsgrundlagen und an den Tierschutz.

2. Gegenstand der Förderung

Förderungsfähig *sind* für die Dauer von fünf Jahren *folgende* besonders *umwelt- und* tiergerechte Haltungsverfahren

2.1 Sommerweidehaltung von *Milchkühen, von Rindern zur Aufzucht oder von Mastrindern,*

2.2 Haltung von Milchkühen, von Rindern zur Aufzucht, von Mastrindern oder Schweinen in Laufställen mit planbefestigten oder mit teilperforierten Flächen und mit Weidehaltung,

2.3 Haltung von Milchkühen, von Rindern zur Aufzucht, von Mastrindern oder Schweinen in Laufställen mit planbefestigten oder mit teilperforierten Flächen sowie Aufstallung auf Stroh,

2.4 Haltung von Milchkühen, von Rindern zur Aufzucht, von Mastrindern oder Schweinen in Laufställen mit planbefestigten oder mit teilperforierten Flächen jeweils mit Außenauslauf sowie Aufstallung auf Stroh.

3. Beihilfeempfänger

Betriebsinhaber im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹.

4. Beihilfevoraussetzungen

Voraussetzung für die Gewährung einer Beihilfe ist, dass der Beihilfeempfänger

4.1 den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst bewirtschaftet und darauf mehr als 0,3 GVE je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) jedoch höchstens 2,0 GVE je Hektar LF hält,

4.2 sich für die Dauer von fünf Jahren verpflichtet,

4.2.1 im Falle der Nummer 2.1 den Tieren im Zeitraum zwischen dem 1. Juni und dem 1. Oktober – soweit Krankheit oder zu erwartende Schäden des Tieres dem nicht entgegenstehen – täglich Weidegang mit freiem Zugang zu einer Tränkevorrichtung zu gewähren

4.2.2 im Falle der Nummern 2.2, 2.3, oder 2.4

4.2.2.1 den Tieren einen Stall zur Verfügung zu stellen, dessen tageslichtdurchlässige Fläche mindestens

- 3 Prozent der Stallgrundfläche bei Mastschweinen, Zuchtsauen, Zuchtebern und Ferkeln sowie
- 5 Prozent der Stallgrundfläche bei den anderen Tierarten

entspricht,

4.2.2.2 jedem Tier folgende nutzbare Stallfläche zur Verfügung zu stellen:

bei Milchkühen

- mindestens 5,0 Quadratmeter je Tier,

bei Mast- und Aufzuchtrindern außer Mutterkuhhaltung

- bis zu einem Lebensalter von acht Monaten mindestens 3,5 Quadratmeter je Tier,
- ab einem Lebensalter von neun Monaten mindestens 4,5 Quadratmeter je Tier,

bei Zuchtläufern und Mastschweinen muss

- eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 % größer ist als nach § 24 Abs. 2 TierSchNutzV⁸ vorgeschrieben,

bei Jungsauen und Sauen muss

- im Zeitraum von über vier Wochen nach dem Decken bis eine Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 % größer ist als nach § 25 Abs. 2 TierSchNutzV⁸ vorgeschrieben, jedoch

- mindestens 4,5 Quadratmeter je Abferkelbucht,

bei Ebern muss

- eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 % größer ist, als nach § 20 TierSchNutzV⁸ vorgeschrieben,

4.2.2.3 die nichtperforierte oder planbefestigte nutzbare Stallfläche so zu bemessen, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können,

4.2.2.4 bei Milchkühen, Mast- und Aufzuchtrindern jedem Tier einen Grundfutterfressplatz bereitzustellen oder im Falle der Vorratsfütterung

- bei Milchkühen und Aufzuchtrindern ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1,2 : 1 und
- bei Mastrindern ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1,5 : 1

sicherzustellen,

4.2.2.5 im Falle der Nummer 2.2

4.2.2.5.1 Milchkühen und Aufzuchtrindern oder Mastrindern im Zeitraum zwischen dem 1. Juni und dem 1. Oktober – soweit Krankheit oder zu erwartende Schäden des Tieres dem nicht entgegenstehen – täglich Weidegang mit freiem Zugang zu einer Tränkevorrichtung zu gewähren und

4.2.2.5.2 Mast- und Zuchtschweinen Weidegang nach Nummer 4.2.2.5.1 dieses Förderungsgrundsatzes zu ermöglichen,

4.2.2.5.3 die Liegeflächen im Stall ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder mit Komfortmatten oder gleichwertigen Bodenbelägen zu versehen, die im Rah-

⁸ Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchutzNutzV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. August 2006 (BGBl. I, S. 2044)

men der Gebrauchswertprüfungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) e. V. anerkannt worden sind,

4.2.2.6 im Falle der Nummer 2.4 jedem Tier folgende planbefestigte oder teilperforierte Außenfläche zur Verfügung zu stellen:

bei Milchkühen

- mindestens 3,0 Quadratmeter je Tier,

bei Mast- und Aufzuchttrindern außer Mutterkuhhaltung

- bis zu einem Lebensalter von acht Monaten mindestens 2,0 Quadratmeter je Tier,
- ab einem Lebensalter von neun Monaten mindestens 2,5 Quadratmeter je Tier,

bei Zuchtläufern und Mastschweinen entweder

- bis zu einem Lebensalter von vier Monaten mindestens 0,4 Quadratmeter je Tier,
- ab einem Lebensalter von fünf Monaten mindestens 0,6 Quadratmeter je Tier,

oder

- bis 60 Kilogramm Lebendgewicht mindestens 0,4 Quadratmeter je Tier,
- über 60 Kilogramm Lebendgewicht mindestens 0,6 Quadratmeter je Tier,

bei Jungsauen und Sauen

- mindestens 1,3 Quadratmeter je Sau,

bei Ebern

- mindestens 6,0 Quadratmeter je Eber,

4.2.2.7 im Falle der Nummern 2.3 und 2.4 die Liegeflächen regelmäßig mit Stroh einzustreuen, so dass diese ausreichend gepolstert sind; bei Schweinen darf das Stroh nicht gehäckselt sein.

5. Sonstige Beihilfebestimmungen

5.1 Vergrößert sich im Verpflichtungszeitraum der Tierbestand eines in eine Förderungsmaßnahme nach Nummer 2 einbezogenen Betriebszweiges, muss der Beihilfeempfänger die zusätzlichen Tiere nach den eingegangenen Verpflichtungen halten und kann hierfür eine Beihilfe beantragen.

5.2 Der Verpflichtungszeitraum beträgt fünf Jahre.

5.2.1 Gehen während des Verpflichtungszeitraums der Betrieb, ein in eine Förderungsmaßnahme nach Nummer 2 einbezogener Betriebszweig oder Teile davon auf andere Personen über oder an Verpächter zurück und werden die eingegangenen Verpflichtungen vom Übernehmer nicht eingehalten, so muss der Beihilfeempfänger oder dessen Erbe, außer in Fällen höherer Gewalt, die dafür erhaltene Beihilfe vollständig zurückerstatten.

Die Länder können besondere Maßnahmen ergreifen, um bei geringfügigen Änderungen der betrieblichen Situation zu vermeiden, dass die Anwendung des Satzes 1 mit

Blick auf die eingegangenen Verpflichtungen zu unangemessenen Ergebnissen führen würde.

5.2.2 Die Bestimmung der Nummer 5.2.1 findet keine Anwendung, wenn der Beihilfeempfänger seine Verpflichtungen bereits drei Jahre erfüllt hat, er seine landwirtschaftliche Tätigkeit aufgibt und sich die Übernahme seiner Verpflichtungen durch einen Nachfolger als nicht durchführbar erweist.

5.2.3 Verringert sich während des Verpflichtungszeitraumes der Tierbestand eines in eine Förderungsmaßnahme nach Nummer 2 einbezogenen Betriebszweiges im Verpflichtungszeitraum, so muss der Beihilfeempfänger dies der zuständigen Behörde anzeigen. In diesem Fall verringert sich die Beihilfe nach Maßgabe der Nummer 6.1.

5.3 Die Bestimmungen nach Förderungsgrundsatz A Nummer 5.4 gelten entsprechend.

5.4 Der Beihilfeempfänger kann während des Verpflichtungszeitraumes eine Änderung der eingegangenen Verpflichtungen nach Nummer 2 beantragen, sofern damit unzweifelhafte Vorteile für die Umwelt und den Schutz der Tiere verbunden sind und die bereits eingegangene Verpflichtung erheblich verschärft wird. Wird die ursprüngliche Verpflichtung des Beihilfeempfängers durch eine neue Verpflichtung ersetzt, so müssen die Beihilfevoraussetzungen der neuen Verpflichtung mindestens genauso hohen Anforderungen genügen wie die der ursprünglichen Verpflichtung.

5.5 Eine Förderung nach Nummer 2.2 kann mit einer Förderung nach Nummer 2.3 oder Nummer 2.4 dieses Förderungsgrundsatzes kombiniert werden.

5.6 Im Falle einer Förderung nach den Nummern 2.2, 2.3 oder 2.4 können die Länder bei Mast- und Aufzuchttrindern im Einzelfall die nutzbare Stallfläche nach Nummer 4.2.2.2 nach einem adäquateren Alter der Tiere staffeln, wenn die Anwendung der Altersangabe nach Nummer 4.2.2.2 bei kleinrahmigen Rinderrassen zu unangemessenen Ergebnissen führen würde

5.7 Im Falle der Teilnahme an Maßnahmen nach den Nummern 2.1 und 2.2 (Förderung der Weidehaltung) ist eine Förderung von Weidehaltungsverfahren nach Förderungsgrundsatz B Nummer 2.3.1 ausgeschlossen

6. Höhe der Beihilfen

6.1 Die in eine Maßnahme nach Nummer 2 einbezogenen GVE sowie der GVE-Besatz je Hektar LF nach Nummer 4.1 des Betriebes werden nach dem in Anlage 1 aufgeführten Umrechnungsschlüssel ermittelt.

6.2 Die Höhe der Beihilfen beträgt jährlich

6.2.1 im Falle der Nummer 2.1 je Großvieheinheit durchschnittliche Jahreserzeugung 40 Euro

6.2.2 im Falle der Nummer 2.2 je Großvieheinheit durchschnittliche Jahreserzeugung

- für Milchkühe 88 Euro

- für Aufzuchttrinder 61 Euro

- für Mastrinder 94 Euro
- für Mastschweine 121 Euro
- für Zuchtschweine 121 Euro

6.2.3 im Falle der Nummer 2.3 je Großvieheinheit durchschnittliche Jahreserzeugung

- für Milchkühe 37 Euro
- für Aufzuchtrinder 36 Euro
- für Mastrinder 167 Euro
- für Mastschweine 115 Euro
- für Zuchtschweine 146 Euro

6.2.4 im Falle der Nummer 2.3 in Kombination mit Nummer 2.2 je Großvieheinheit durchschnittliche Jahreserzeugung

- für Milchkühe 100 Euro
- für Aufzuchtrinder 74 Euro
- für Mastrinder 203 Euro
- für Mastschweine 167 Euro
- für Zuchtschweine 189 Euro

6.2.5 im Falle der Nummer 2.4 je Großvieheinheit durchschnittliche Jahreserzeugung

- für Milchkühe 54 Euro
- für Aufzuchtrinder 53 Euro
- für Mastrinder 183 Euro
- für Mastschweine 129 Euro
- für Zuchtschweine 158 Euro

6.2.6 im Falle der Nummer 2.4 in Kombination mit Nummer 2.2 je Großvieheinheit durchschnittliche Jahreserzeugung

- für Milchkühe 116 Euro
- für Aufzuchtrinder 94 Euro
- für Mastrinder 219 Euro
- für Mastschweine 182 Euro
- für Zuchtschweine 202 Euro.

6.3

Die Länder können die Beihilfen um bis zu 30 Prozent absenken oder um bis zu 20 Prozent anheben.

Anlage 1

Umrechnungsschlüssel

Bei der Ermittlung des Viehbestandes, des höchstzulässigen Viehbesatzes oder der Berechnung der Beihilfehöhe im Zusammenhang mit den Grundsätzen für die Förderung einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung ist folgender Umrechnungsschlüssel anzuwenden:

Kälber (außer Mastkälber) und Jungvieh unter 6 Monaten	0,300 GVE
Mastkälber	0,400 GVE
Rinder von 6 Monaten bis 2 Jahren	0,600 GVE
Rinder von mehr als 2 Jahren	1,000 GVE
Equiden unter 6 Monaten	0,500 GVE
Equiden von mehr als 6 Monaten	1,000 GVE
Mutterschafe	0,150 GVE
Schafe (außer Mutterschafe) von mehr als 1 Jahr	0,100 GVE
Ziegen	0,150 GVE
Ferkel	0,020 GVE
Mastschweine:	
– bei Betrachtung der gesamten Mastdauer	0,130 GVE
oder	
– bei zweistufiger Betrachtung	
– Läufer (20 bis 50 kg)	0,060 GVE
– sonstige Mastschweine (über 50 kg)	0,160 GVE
Zuchtschweine	0,300 GVE
Geflügel	0,004 GVE

Die Länder können diesen Umrechnungsschlüssel ergänzen, wenn seine Anwendung einer im Sinne des jeweiligen Förderungsgrundsatzes zielgerechten Umsetzung zuwiderläuft oder im Hinblick auf die Beihilfebemessung zu unangemessenen Ergebnissen führen würde.

Anlage 2

Dauergrünland sind nicht in die Fruchtfolge einbezogene Flächen, auf denen ständig (für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren) Gras erzeugt wird. Es kann sich um eingesätes oder natürliches Grünland handeln.

Anlage 3

Im Falle der Ausbringung von Teilmengen der betrieblichen Wirtschaftsdüngeremenge mit umweltfreundlichen Ausbringungsverfahren nach Förderungsgrundsatz A Nummer 2.4 erfolgt die Berechnung der Beihilfe nach folgenden Standardwerten für den Wirtschaftsdüngeranfall einer Großvieheinheit pro Jahr:

Milchkühe	20 m ³ /GVE
Mastrinder	13 m ³ /GVE
Zuchtschweine	8 m ³ /GVE
Mastschweine	11 m ³ /GVE
Aufzuchtferkel	18 m ³ /GVE
Legehennen	17 m ³ /GVE

Anlage 4

Biologische oder biotechnische Maßnahmen des Pflanzenschutzes

Fruchtart/Kulturart	Schädling	Biologische/biotechnische Pflanzenschutzmaßnahme	Beihilfe € je Hektar geförderte Fläche
Mais	Maiszünsler (mindestens einmalige Anwendung)	Trichogramma	bei einmaliger Anwendung: 29 €/ha bei zweimaliger Anwendung: 58€/ha
Kartoffeln	Kartoffelkäfer (mind. 2 Anwendungen)	Bacillus thuringiensis oder Neem	109 €/ha
Raps	Weißstängeligkeit (einmalige Anwendung)	Coniothyrium minitans	36 €/ha
Sonnenblume	Weißstängeligkeit (einmalige Anwendung)	Coniothyrium minitans	144 €/ha
Alle Obstarten, soweit sie von der Zulassung des Mittels erfasst sind	Frostspanner (mindestens zweimalige Anwendung)	Bacillus-thuringiensis-Verfahren	92 €/ha
Kernobst	Apfelwickler (mindestens einmalige Anwendung)	Pheromonverfahren (Verwirrungsmethode)	180 €/ha
Kernobst	Apfelwickler (mindestens dreimalige Anwendung)	Virus-Verfahren	191 €/ha
	Schalengewickler (mindestens zweimalige Anwendung)	Virus-Verfahren	88 €/ha
Kernobst	Apfelwickler (mindestens zweimalige Anwendung) Schalengewickler (mindestens einmalige Anwendung)	Kombination von Viren und Insektiziden	76 €/ha 58 €/ha
Wein	Traubenwickler (mindestens einmalige Anwendung)	Pheromonverfahren (Verwirrungsmethode)	152 €/ha
Wein	Traubenwickler (mindestens zweimalige Anwendung)	Bacillus thuringiensis	bei zweimaliger Anwendung: 62 €/ha bei viermaliger Anwendung: 87 €/ha

Grundsätze für die Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen

- A. Förderung der Erstaufforstung**
- B. Förderung einer naturnahen Waldbewirtschaftung**
- C. Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse**
- D. Förderung der forstwirtschaftlichen Infrastruktur**

A. Förderung der Erstaufforstung

1. Zuwendungszweck

Ziel ist eine Waldmehrung durch Aufforstung oder natürliche Bewaldung aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausscheidender oder brachliegender Flächen unter Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Erstaufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen

Neuanlage von Wald auf bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen; als bisher landwirtschaftlich genutzt gelten Flächen, die vor der Aufforstung als Acker, Dauergrünland, Dauerweide oder mit landwirtschaftlichen Dauer- und Sonderkulturen regelmäßig bewirtschaftet wurden.

Förderfähig sind:

2.1.1 Kulturbegründung

Saat, Pflanzung und Maßnahmen zur gelenkten Sukzession jeweils einschließlich Kulturvorbereitung, Waldrandgestaltung und Schutz der Kultur. Hierunter fallen auch Erhebungen, wie z. B. Standortgutachten, die der Vorbereitung der Maßnahme dienen.

2.1.2 Kulturpflege

Pflege der aufgeforsteten Flächen während der ersten fünf Jahre nach Kulturbegründung.

2.1.3 Ausgleich aufforstungsbedingter Einkommensverluste (Einkommensverlustprämie).

Jährliche Prämie zum Ausgleich von aufforstungsbedingten Einkommensverlusten für einen Zeitraum von bis zu 15 Jahren nach erfolgter Kulturbegründung.

2.2 Erstaufforstung sonstiger Flächen

Neuanlage von Wald auf sonstigen Flächen; als sonstige gelten die von Nr. 2.1 nicht erfassten Flächen.

Förderfähig sind:

2.2.1 Kulturbegründung

Die Bestimmungen der Nr. 2.1.1 gelten entsprechend.

2.2.2 Kulturpflege

Die Bestimmungen der Nr. 2.1.2 gelten entsprechend, soweit es sich um aufgegebene landwirtschaftliche Flächen handelt.

2.3 Nachbesserungen (Saat- und Pflanzung), wenn bei den geförderten Kulturen aufgrund natürlicher Ereignisse (z. B. Frost, Trockenheit, Überschwemmung, nicht jedoch Wildverbiss) Ausfälle in Höhe von mehr als 30 % der Pflanzenzahl oder 1 ha zusammenhängende Fläche aufgetreten sind und der Waldbesitzer den Ausfall nicht zu vertreten hat. Nachbesserungen sollen grundsätzlich dem geförderten Kulturtyp entsprechen.

3. Ausschluss

3.1 Von der Förderung für Maßnahmen nach Nr. 2.1 ausgenommen sind Personen, die Vorruhestandsbeihilfen nach Artikel 23 der VO (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 (ELER-VO) in Anspruch nehmen.

3.2 Von der Förderung der Kulturpflege nach den Nrn. 2.1.2 und 2.2.2 sowie von der Gewährung der Einkommensverlustprämie nach Nr. 2.1.3 sind darüber hinaus juristische Personen des öffentlichen Rechts ausgenommen.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Die Förderung erfolgt unter der Voraussetzung, dass die aufgeforsteten Flächen ordnungsgemäß gepflegt werden.

4.2 Die Aufforstung ist nur bei Verwendung standortgerechter Baumarten förderungsfähig. Dabei ist ein hinreichender Anteil standortheimischer Baumarten einzuhalten. Zuwendungen dürfen nur bewilligt werden bei Verwendung von herkunftsgesichertem sowie für den Standort geeigneten Vermehrungsgut. Reine Nadelbaumkulturen sind nur in Fällen fehlender standörtlicher Wuchsbedingungen für Laubbaumanteile förderfähig.

4.3 Ausgeschlossen von einer Förderung sind

- Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen sowie Kurzumtriebsflächen bis 15 Jahre,
- Erstaufforstungen, die zu einer Beseitigung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung von Naturschutzgebieten i. S. § 23, Nationalparks i. S. § 24, gesetzlich geschützten Biotopen i. S. § 30 sowie Natura 2000 Gebieten i. S. § 33 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) führen,

- Aufforstungen von landschaftsprägenden Wiesentälern,
- Ersatzaufforstungen für Waldumwandlungen sowie Aufforstungen, die Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft i. S. § 19 BNatSchG darstellen.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird in Form von Zuschüssen gewährt.

5.2 Umfang und Höhe der Zuwendung

5.2.1 Kulturbegründung und Kulturpflege:

5.2.1.1 Förderungsfähig sind die nachgewiesenen Ausgaben für Kulturbegründung und Kulturpflege:

- bis zu 50 % bei standortbedingter Aufforstung mit Nadelbäumen,
- bis zu 70 % bei Mischkulturen mit mindestens 30 % Laubbaumanteil sowie Weißtannenkulturen,
- bis zu 85 % bei Laubbaumkulturen einschließlich bis zu 20 % Nadelbaumanteil und bei gelenkter Sukzession/Naturverjüngungsverfahren.

5.2.1.2 Auf den Ausgabennachweis kann verzichtet werden, wenn die Länder die zuwendungsfähigen Ausgaben nach kalkulierten Kostensätzen festsetzen.

5.2.2 Einkommensverlustprämie

5.2.2.1 Die Einkommensverlustprämie beträgt für Aufforstungsmaßnahmen von Zuwendungsempfängern, die mindestens 25 % ihrer Arbeitszeit landwirtschaftlichen Tätigkeiten widmen,

jährlich

- bei Aufforstung von Ackerflächen bis zu 35 Bodenpunkten bis zu 350 Euro je Hektar; darüber hinaus für jeden zusätzlich nachgewiesenen Bodenpunkt bis zu 8 Euro, höchstens 700 Euro je Hektar,
- bei Aufforstung von Grünlandflächen bis zu 350 Euro je Hektar.

Der prozentuale Einkommensanteil wird mit dem Anteil der landwirtschaftlichen Tätigkeiten gleichgesetzt. Der Nachweis erfolgt über Einkommenssteuerbescheid oder – soweit dieser nicht vorliegt – über andere geeignete Unterlagen.

5.2.2.2 In allen übrigen Fällen beläuft sich die Prämie auf bis zu 150 Euro je Hektar.

5.2.2.3 Die Prämie wird jährlich für eine Dauer von bis zu 15 Jahren, gerechnet ab dem Zeitpunkt der erstmaligen Aufforstung der Fläche, gewährt. Die Länder können die Prämienhöhe und/oder -dauer in Abhängigkeit von den für die Aufforstung verwendeten Baumarten oder Bestandestypen sowie in Abhängigkeit vom vorhandenen Waldanteil im Aufforstungsgebiet staffeln.

5.2.2.4 Werden für die aufgeforstete oder natürlich bewaldete Fläche Zahlungsansprüche „Stilllegung“ nach der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. EG Nr. L 270 S. 1) aktiviert, entfällt der Anspruch auf Erhalt der Einkommensverlustprämie.

5.2.2.5 Werden die verbindlichen Anforderungen der Artikel 4 und 5 und der Anhänge III und IV der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 von den Begünstigten der Erstaufforstung nach Nr. 2.1 nicht im gesamten Betrieb aufgrund einer unmittelbar dem einzelnen Betriebsinhaber zuzuschreibenden Handlung oder Unterlassung erfüllt, so wird der Gesamtbetrag der in dem betreffenden Kalenderjahr zu gewährenden Zahlung nach Nr. 2.1 gekürzt oder es wird keinerlei Zahlung geleistet.

B. Förderung einer naturnahen Waldbewirtschaftung

6. Zuwendungszweck

Ziel der Förderung von Maßnahmen im Rahmen einer naturnahen Waldbewirtschaftung ist die Erhöhung der Stabilität und der ökologischen wie ökonomischen Leistungsfähigkeit des Waldes.

7. Gegenstand der Förderung

7.1 Vorarbeiten wie Untersuchungen, Analysen, Standortgutachten, fachliche Stellungnahmen und Erhebungen, die der Vorbereitung der Umstellung auf eine naturnahe Waldbewirtschaftung oder der Beurteilung einer Bodenschuttkalkung (Nr. 7.4) dienen.

7.2 Umbau von Reinbeständen und von nicht standortgerechten Beständen in stabile Laub- und Mischbestände sowie Weiterentwicklung und Wiederherstellung von naturnahen Waldgesellschaften, auch als Folgemaßnahmen in Zusammenhang mit Wurf, Bruch oder sonstigen Naturereignissen sowie Waldbrand.

7.2.1 Wiederaufforstung sowie Vor- und Unterbau (einschließlich Naturverjüngung) mit standortgerechten Baumarten durch Saat und Pflanzung einschließlich Kulturvorbereitung sowie Schutz der Kultur. Dabei ist ein hinreichender Anteil standortheimischer Baumarten einzuhalten.

7.2.2 Pflege der Kultur oder der Naturverjüngung während der ersten fünf Jahre.

7.2.3 Nachbesserungen (Saat und Pflanzung), wenn bei den geförderten Kulturen aufgrund natürlicher Ereignisse (z. B. Frost, Trockenheit, Überschwemmung, nicht jedoch Wildverbiss) Ausfälle in Höhe von mehr als 30 % der Pflanzenzahl oder 1 ha zusammenhängende Fläche aufgetreten sind und der Waldbesitzer den Ausfall nicht zu vertreten hat. Nachbesserungen sollen grundsätzlich dem geförderten Kulturtyp entsprechen.

7.3 Waldbauliche Maßnahmen in Jungbeständen mit dem Ziel, diese an Standort und Bestockungsziel anzupassen sowie die Sicherheit und Wertleistung der Bestände zu erhöhen. Als Jungbestände gelten Nadelbaumbestände bis zu einem Bestandesalter von 40 Jahren, Laubbaumbestände bis zu einem Bestandesalter von 60 Jahren. Die Länder können anstelle des Altersrahmens ein anderes vergleichbares Kriterium wählen.

7.4 Bodenschutzkalkung, wenn dadurch eine strukturelle Verbesserung der Bodenstreu, des Bodens oder des Nährstoffhaushalts erzielt wird und damit eine Verbesserung der Widerstandskraft der Bestände erwartet werden kann (gutachterlicher Nachweis gemäß Nr. 8.4).

7.5 Gestaltung und Pflege naturnaher Waldaußenränder und Waldinnenränder (an Wegen, Gewässern, Lichtungen).

7.5.1 Beseitigung unerwünschter oder nicht standortgerechter Bestockung auf einer Tiefe von bis zu 10 Metern.

7.5.2 Pflege von Waldaußenrändern durch Läuterung oder Durchforstung auf einer Tiefe von 15 m insbesondere zur Förderung von Sträuchern, Bäumen II. Ordnung und Lichtbaumarten.

7.5.3 Pflanzung von heimischen Bäumen und Sträuchern einschließlich Kulturpflege während der ersten fünf Jahre sowie Schutz der Kultur.

7.6 Insektizidfreier Waldschutz

Biologische und technische Maßnahmen zur Vorbeugung, Abwehr und Überwachung von Schadorganismen im Wald zur Sicherung oder Wiederherstellung stabiler Waldökosysteme und zum Schutz des Waldes vor bedeutsamen Schäden. Die Förderung ist auf solche Maßnahmen beschränkt, bei denen auf die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel verzichtet wird.

7.6.1 Kontrolle und Bekämpfung von Schadinsekten mit Lockstoffen.

7.6.2 Bekämpfung von Schadinsekten durch Aufarbeiten von befallenem Holz (z. B. Fällen, Entasten, Entrinden, Rinde entsorgen) oder sonstige Maßnahmen, die die Bruttauglichkeit von Holz, Restholz, Reisig soweit herabsetzen, dass Gefährdungen von diesem Material nicht mehr ausgehen.

7.7 Einsatz von Rückepferden

Vorliefern von Holz mit Rückepferden vom Einschlagsort zur Rückeschneise oder zur Abfuhrstelle.

8. Zuwendungsvoraussetzungen

8.1 Maßnahmen nach Nr. 7.2 sollen auf der Grundlage von Planungen nach Nr. 7.1, von vorliegenden Erkenntnissen der Standortkartierung oder Forsteinrichtung oder von forstfachlichen Stellungnahmen durchgeführt werden.

8.2 Zuwendungen nach Nr. 7.2 und 7.5.3 dürfen nur bewilligt werden bei Verwendung von herkunftsgesichertem sowie für den Standort geeigneten Vermehrungsgut.

8.3 Zuwendungen nach Nr. 7.3, die den wirtschaftlichen Wert des Waldes verbessern, dürfen bei Betrieben mit über 200 ha Forstbetriebsfläche nur bewilligt werden, sofern die Maßnahme auf eine Forsteinrichtungsplanung gestützt wird.

8.4 Voraussetzung für die Förderung nach Nr. 7.4 ist, dass eine gutachterliche Stellungnahme die Zweckmäßigkeit und Unbedenklichkeit der geplanten Kalkungsmaßnahme bestätigt; gegebenenfalls ist eine Boden- oder eine Blatt- bzw. Nadelanalyse durchzuführen.

9. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

9.1 Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird in Form eines einmaligen Zuschusses gewährt.

9.2 Umfang und Höhe der Zuwendung

9.2.1 Die Höhe der Zuwendung beträgt für Maßnahmen nach Nr. 7.1 – soweit sie durch Dritte durchgeführt werden – bis zu 80 % der nachgewiesenen Ausgaben, höchstens jedoch 500 Euro je Gutachten zuzüglich 50 Euro je Hektar des Planungsgebietes.

9.2.2 Die Höhe der Zuwendung beträgt für die nachgewiesenen Ausgaben der Maßnahmen

nach Nr. 7.2

– bis zu 70 % bei Mischkulturen mit mindestens 30 % Laubbaumanteil sowie Weißtannenkulturen,

– bis zu 85 % bei Laubbaumkulturen mit bis zu 20 % Nadelbaumanteil und bei Naturverjüngungsverfahren,

nach Nr. 7.3 bis zu 50 % und

nach Nr. 7.4 bis zu 90 %.

9.2.3 Die Höhe der Zuwendung beträgt für Maßnahmen nach Nr. 7.5.1 und 7.5.2 bis zu 70 % der nachgewiesenen Ausgaben,

für Maßnahmen nach Nr. 7.5.3 bis zu 85 % der nachgewiesenen Ausgaben.

Maßnahmen nach Nr. 7.5.2 sind auf der gleichen Fläche höchstens einmal innerhalb von zehn Jahren förderfähig.

9.2.4 Die Höhe der Zuwendung beträgt für Maßnahmen nach Nr. 7.6.1 bis zu 90 %, für Maßnahmen nach Nr. 7.6.2 bis zu 70 % der nachgewiesenen Ausgaben.

9.2.5 Auf den Ausgabennachweis kann verzichtet werden, wenn die Länder die zuwendungsfähigen Ausgaben nach kalkulierten Kostensätzen festsetzen.

9.2.6 Die Höhe der Zuwendung beträgt für Maßnahmen nach Nr. 7.7 bis zu 50 % der nachgewiesenen Ausgaben, jedoch nicht mehr als 5 Euro je m³.

C. Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse

10. Zuwendungszweck

Ziel ist die Überwindung struktureller Nachteile, insbesondere aus Kleinflächigkeit und Besitzersplitterung, durch überbetriebliche Zusammenarbeit im Rahmen forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse. Darüber hinaus sollen die Produktions- und Absatzbedingungen in der Forstwirtschaft angesichts der Konzentrationsprozesse auf der Abnehmerseite fortlaufend modernisiert werden.

11. Gegenstand der Förderung

11.1 Erstinvestitionen

Beihilfefähig sind nur Erstinvestitionen und neue Investitionsgüter. Als beihilfefähige Investitionen können insbesondere angesehen werden:

11.1.1 Die erstmalige Beschaffung von Geräten, Maschinen, Waldarbeiterschutzwagen, Anhänger und Anbaugeräte für forstliche Betriebsarbeiten, einschließlich Transport von Rohholz und Be- und Verarbeitung einfachster Art.

11.1.2 Die erstmalige Anlage von Betriebsgebäuden, Holzaufarbeitungsplätzen, Holzhöfen und sonstigen Anlagen zur Aufarbeitung, Sortierung, Maß- und Gewichtsermittlung, Datenerfassung und -übertragung und Angebotskonzentration sowie zur Bearbeitung, Vorratshaltung, verkaufsfertigen Bereitstellung und Vermarktung von Rohholz und der daraus erzeugten Produkte einfachster Art sowie zur Gewinnung, Bearbeitung und Vermarktung forstwirtschaftlicher Nebenprodukte einschließlich geeigneter technischer Einrichtungen.

11.1.3 Ausgaben für vorbereitende Untersuchungen zu Investitionen nach Nr. 11.1.2 sowie die Erarbeitung und Einführung von Logistik- und Vermarktungskonzeptionen. Dazu gehören Marktanalysen, Entwicklungsstudien und auf die Vermarktung bezogene Beratungs- und Planungsmaßnahmen.

11.2 Geschäftsführung

Die angemessenen Ausgaben für die Geschäftsführung des forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses und für die Beratung der Mitglieder. Dazu gehören :

- a) Personal- und Reisekosten,
- b) Geschäftskosten, einschließlich Kosten für Gründung, Fusion, Büroeinrichtung, -maschinen und -geräte,
- c) Versicherungskosten, soweit das zu versichernde Risiko den forstwirtschaftlichen Zusammenschluss betrifft,
- d) Kosten für Fortbildungsmaßnahmen,
- e) Kosten, die in Verbindung mit der Zusammenfassung des Holzangebots stehen, ausgenommen Kosten für Holzernte, Holzbringung und Gewinnung sonstiger Forsterzeugnisse.

11.3 Mobilisierungsprämie für Holz

Förderfähig sind folgende Maßnahmen zur eigenständigen Holzvermarktung durch den Zusammenschluss:

11.3.1 Überbetriebliche Zusammenfassung des Holzangebotes durch Forstbetriebsgemeinschaften

Gefördert werden die Aufwendungen für die überbetriebliche Holzvermarktung mit einem Festbetrag je Festmeter vermarkteter Holzmenge im jeweiligen Geschäftsjahr.

11.3.2 Koordinierung des überregionalen Holzabsatzes durch Forstwirtschaftliche Vereinigungen

Zuschussfähig sind alle Maßnahmen, die der Vorbereitung, dem Abschluss und der Erfüllung von Rahmenverträgen im Auftrag der Mitglieder dienen.

12. Von der Förderung sind ausgeschlossen:

12.1 Abschreibungen für Investitionen, Kreditbeschaffungskosten, Pachten, Erbbauzinsen und vergleichbare Aufwendungen.

12.2 Die anteiligen Investitions-, Verwaltungs- und Beratungskosten angegliederter Forstbetriebe des Bundes und der Länder. Als Maßstab gilt die Mitgliedsfläche.

12.3 Investitionen, die von einzelnen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben vorgenommen werden.

12.4 Selbst fahrende Maschinen, soweit sie durch freie Unternehmer in ausreichender Weise zur Verfügung stehen.

12.5 Investitionen nach Nr. 11.1.2 für Wohn- und Verwaltungsbauten nebst Zubehör und für den Erwerb von Grund und Boden.

12.6 Ersatzbeschaffungen und Ersatzteile; Geräte, Maschinen und sonstige technische Einrichtungen mit wesentlichem sicherheitstechnischen Fortschritt sind keine Ersatzbeschaffungen.

12.7 Personal- und Reisekosten, soweit sie nicht bei den forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen selbst anfallen (sondern z. B. bei den Landwirtschaftskammern).

12.8 Kosten, die unmittelbar die Erzeugung betreffen und sonstige Betriebsausgaben.

Nr. 11.2, Buchstabe e) bleibt unberührt.

13. Zuwendungsvoraussetzungen

13.1 Ausgaben für die Geschäftsführung nach Nr. 11.2 werden bei Neugründung oder Fusion anerkannter forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse im Sinne des Gesetzes zur Erhaltung des Waldes und der Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) in der jeweils geltenden Fassung gewährt.

Bestehende Förderungen vor dem 1. Januar 2007 können gemäß den Konditionen des GAK-Rahmenplans 2006 bis zum Jahre 2010 weiter gewährt werden.

13.2 Effizienzkriterien für Maßnahmen nach Nrn. 11.1 (Erstinvestitionen) und 11.2 (Geschäftsführung):

Die Länder legen eine Mindestfläche aufgrund der strukturellen Situation fest. Sie können zusätzliche Effizienzkriterien zu Grunde legen, z. B. Holzeinschlag je Hektar Mitgliedsfläche. Ziel soll eine stetige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse auch im Hinblick auf die laufenden Konzentrationsprozesse auf der Abnehmerseite sein.

13.3 Die Förderung nach Nr. 11.3 kann für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren in Anspruch genommen werden.

13.4 Effizienzkriterien für Maßnahmen nach Nr. 11.3 (Mobilisierungsprämie):

Die Länder legen als Fördervoraussetzung eine Mindestvermarktungsmenge je Hektar Mitgliedsfläche und Jahr fest. Sie können zusätzliche Effizienzkriterien zu Grunde legen, z. B. Ausschöpfung des Zuwachses.

13.5 Weitere Voraussetzungen für Förderungen nach 11.3:

Förderfähig ist ausschließlich die Holzmenge, die für die Mitglieder des forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses vermarktet wird. Der Fördersatz kann für die jeweilige Holzmenge nur einmal beantragt werden. Nicht in Festmeter (fm) verkaufte Hölzer werden in fm umgerechnet. Für Kurzholz (rm) gilt der Faktor 0,70 und für Waldhackgut (to) der Faktor 0,4. Weitere Sortimente, z. B. Stangen, werden nicht mitgerechnet.

13.6 Ausschluss Mehrfachförderung

Eine zeitgleiche Förderung eines Zusammenschlusses nach Nr. 11.2 und Nr. 11.3 ist nicht möglich. Ein einmaliger Wechsel von Maßnahmen nach Nr. 11.2 zu Maßnahmen nach Nr. 11.3 ist möglich. Die Förderhöchstdauer von zehn Jahren darf dabei insgesamt nicht überschritten werden. Bei großflächigen Naturereignissen, die den Holzmarkt erheblich beeinflussen, kann das zuständige Ministerium temporär einen Wechsel von Maßnahmen nach Nr. 11.3 zu Maßnahmen nach Nr. 11.2 zulassen.

Erfolgt die Holzvermarktung über Dritte oder wird das bei dem Zusammenschluss für die Holzvermarktung angestellte Personal von öffentlichen Verwaltungen oder Betreuungsorganisationen gestellt, so können keine Prämien nach Nr. 11.3 in Anspruch genommen werden.

13.7 Wirtschaftlichkeit

Jede Investitionsförderung nach Nr. 11.1 setzt voraus, dass die betriebswirtschaftliche Rentabilität des Vorhabens gesichert erscheint. Der Zuwendungsempfänger hat dafür geeignete Unterlagen (z. B. Wirtschaftlichkeitsberechnungen) vorzulegen.

13.8 Kombinationsmodell

Nr. 13.6, Satz 1 gilt nicht, sofern die Länder zur Überwindung ungünstiger Strukturen für Erstbewilligungen bis zum Jahre 2010 eine Kombination der Förderung nach Nr. 11.2 und 11.3 vorsehen. Dabei sind die Voraussetzungen nach Nr. 13.9 und die modifizierten Fördersätze nach Nr. 14.3.6 einzuhalten.

13.9 Zuwendungsvoraussetzungen für das Kombinationsmodell sind:

- Die Beschäftigung von professionellem Personal.
- Ein Geschäftsplan, der erkennen lässt, dass der forstwirtschaftliche Zusammenschluss wirtschaftliche, selbstständige Existenzfähigkeit erreicht oder innerhalb des geförderten Zeitraums erreichen wird. Gutachtliche Beurteilungskriterien sind dabei Mindestfläche in Abhängigkeit vom Ertragsniveau, Baumarten- und Altersklassenausstattung, Nutzungspotential und Nutzungsgrad, Eigentümerstruktur und Organisationsgrad.
- Hat ein forstwirtschaftlicher Zusammenschluss ab dem Jahre 2007 eine erstmalige Förderung nach Nr. 11.2 (Geschäftsführung) oder 11.3 (Mobilisierungsprämie) in Anspruch genommen, ist ein Wechsel zu Nr. 13.8 (Kombinationsmodell) nicht möglich. Ein Wechsel von Nr. 13.8 (Kombinationsmodell) in eine Förderung nach Nr. 11.2 oder 11.3 ist ebenfalls ausgeschlossen. Nr. 13.6, Sätze 4 und 5 gelten analog.
- Die Gesamtlaufzeit der Förderung nach Nr. 13.8 (Kombinationsmodell) ist auf insgesamt zehn Jahre begrenzt.

14. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

14.1 Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird in Form eines einmaligen Zuschusses gewährt. Die Förderung nach Nr. 11.1 und 11.2 erfolgt als Anteilfinanzierung, die Förderung nach Nr. 11.3 als Festbetragsfinanzierung.

Die Förderung erfolgt unter Beachtung der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen (ABl. L 379 vom 28. Dezember 2006, S. 5); der Gesamtwert der einem Unternehmen gewährten de-minimis-Beihilfen darf 200 000 Euro bezogen auf einen Zeitraum von drei Jahren nicht übersteigen.

14.2 Umfang der Zuwendung

14.2.1 Förderungsfähig für Maßnahmen nach Nr. 11.1 und 11.2 sind die nachgewiesenen Ausgaben.

14.2.2 Eigenleistungen und Sachleistungen bei der erstmaligen Anlage von Holzaufarbeitungsplätzen, von Holzhöfen einschließlich geeigneter technischer Einrichtungen sowie bei der erstmaligen Erstellung von Betriebsgebäuden können bis zu 15 % der anerkannten Bausumme berücksichtigt werden, soweit sie anhand prüfungsfähiger Unterlagen nachgewiesen werden.

14.3 Höhe der Zuwendung

14.3.1 Der Zuschuss für Erstinvestitionen nach Nr. 11.1.1 und 11.1.2 beträgt bis zu 40 % der zuwendungsfähigen Ausgaben.

14.3.2 Der Zuschuss für Maßnahmen nach Nr. 11.1.3 beträgt bis zu 40 % der nachgewiesenen zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens aber 25 000 Euro.

14.3.3 Der Zuschuss für Ausgaben der Geschäftsführung nach Nr. 11.2 beträgt in den ersten vier Jahren der Förderung bis zu 60 %, in den folgenden drei Jahren bis zu 50 % und für weitere drei Jahre bis zu 40 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 40 000 Euro je Jahr.

14.3.4 Der Zuschuss für Maßnahmen nach Nr. 11.3.1 beträgt bis zu 2 Euro je fm, bei Maßnahmen nach Nr. 11.3.2 bis zu 0,20 Euro je fm.

14.3.5 Bei Maßnahmen nach Nr. 11.3 beträgt die Obergrenze für Forstbetriebgemeinschaften für die unter Nr. 11.3.1 aufgeführten Maßnahmen jährlich höchstens 80 000 Euro je Jahr, für Forstwirtschaftliche Vereinigungen für die unter Nr. 11.3.2 aufgeführten Maßnahmen jährlich höchstens 80 000 Euro je Jahr.

14.3.6 Bei einer Kombination von Maßnahmen gemäß Nr. 13.8 beträgt der Zuschuss für Maßnahmen nach Nr. 11.2 im ersten Jahr 70 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Beihilfeintensität wird jedes Jahr um 10 %-Punkte reduziert. Ab dem 8. Jahr wird kein Zuschuss mehr für Maßnahmen nach Nr. 11.2 gezahlt.

Der Zuschuss für Maßnahmen nach Nr. 11.3.1 beträgt bis zu 2 Euro je fm, bei Maßnahmen nach Nr. 11.3.2 bis zu 0,20 Euro je fm.

Die Förderung je Zusammenschluss ist auf höchstens 60 000 Euro je Jahr begrenzt.

D. Förderung der forstwirtschaftlichen Infrastruktur

15. Verwendungszweck

Ziel ist die Verbesserung der forstwirtschaftlichen Infrastruktur, um unzureichend erschlossene Waldgebiete für eine nachhaltige Bewirtschaftung, zur Prävention sowie Bewältigung von Schadereignissen und für die Erholung suchende Bevölkerung zugänglich zu machen. Zudem sollen Einrichtungen zur langfristigen Lagerung und Konservierung von Holz geschaffen werden mit dem Ziel der Werterhaltung von Rundholz, der Vermeidung des Insektizideinsatzes, der Preis- und Holzmarktstabilisierung sowie der kontinuierlichen und nachhaltigen Holzmengebereitstellung.

16. Gegenstand der Förderung

16.1 Wegebau

16.1.1 Neubau forstwirtschaftlicher Wege, Befestigung bisher nicht oder nicht ausreichend befestigter forstwirtschaftlicher Wege sowie Grundinstandsetzung forstwirtschaftlicher Wege aus den unter Nr. 15 Satz 1 genannten Gründen.

16.1.2 Zum Wegebau dazugehörige notwendige Anlagen, wie Durchlässe, Brücken, Ausweichstellen sowie erforderlich werdende Maßnahmen der Landschaftspflege, des vorbeugenden Hochwasserschutzes und des Naturschutzes gelten als Bestandteil der Wegebaumaßnahme.

16.1.3 Werden durch eine forstwirtschaftliche Wegebaumaßnahme andere Baumaßnahmen zwingend notwendig, so können diese im unabwendbar erforderlichen Umfang ebenfalls gefördert werden (Veranlassungsprinzip). Vorteile Dritter aus Folgemaßnahmen sind durch Beiträge angemessen zu berücksichtigen.

16.2 Holzkonservierungsanlagen

Erstinvestitionen für geeignete Einrichtungen und Anlagen zur langfristigen Lagerung von Holz und der dafür erforderlichen konservierenden Behandlung aus den unter Nr. 15 Satz 2 genannten Gründen.

17. Von der Förderung ausgeschlossen sind:

17.1 Straßen mit überörtlicher Verkehrsbedeutung sowie Straßen und Wege innerhalb vorhandener oder geplanter Siedlungs- und Industriegebiete, Fuß-, Rad- und Reitwege.

17.2 Grundsätzlich Wege mit Schwarz- oder Betondecken.

17.3 Unterhaltung von forstwirtschaftlichen Wegen und der dazugehörigen notwendigen Anlagen sowie das dazu benötigte Material.

17.4 Vorhaben, die zu einer Wegedichte über 45 lfd. Meter je Hektar führen, dürfen nur in Ausnahmefällen (Kleinprivatwald, schwierige Geländebedingungen) gefördert werden. Das Nähere bestimmen die Länder.

18. Zuwendungsvoraussetzungen

18.1 Bei der Durchführung der Maßnahme nach Nr. 16.1 sind die behördenverbindlichen Fachplanungen zu berücksichtigen.

18.2 Bei Planung und Ausführung der Vorhaben nach Nr. 16.1 sind die anerkannten Regeln des forstlichen Wegebbaus, z. B. die Richtlinien für den ländlichen Wegebau der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (Arbeitsblatt DWA-A 904) in ihrer jeweils gültigen Fassung, zu beachten.

19. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

19.1 Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird in Form eines einmaligen Zuschusses gewährt.

19.2 Umfang der Zuwendung

19.2.1 Förderfähig sind bei Maßnahmen nach Nr. 16.1 die nachgewiesenen Ausgaben für Bauentwürfe, Bauausführung, Bauleitung sowie für die Durchführung von Maßnahmen der Landschaftspflege, des vorbeugenden Hochwasserschutzes und des Naturschutzes. Dazu gehören auch Zweckforschungen und Erhebungen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Wegebauprojekt.

Die Förderung für Betriebe mit über 1 000 ha Forstbetriebsfläche beträgt 60 % der Zuwendung nach Nr. 19.3.

19.2.2 Förderfähig sind bei Maßnahmen nach Nr. 16.2 die Ausgaben der erstmaligen Investition einschließlich etwaiger Anschlusskosten (z. B. für Elektrizität) sowie das erforderliche technische Gerät. Betriebs- und Unterhaltungskosten sind nicht zuwendungsfähig.

Eigenleistungen und Sachleistungen können bis zu 15 % der anerkannten Bausumme berücksichtigt werden, soweit sie anhand prüfungsfähiger Unterlagen nachgewiesen werden.

19.3 Höhe der Zuwendung

19.3.1 Der Zuschuss für Maßnahmen nach Nr. 16.1 beträgt bis zu 70 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. Bei besonders struktur- oder ertragsschwachen Erschließungsgebieten (z. B. Hochgebirge) kann das Land Ausnahmen zulassen; der Zuschuss darf dabei 90 % der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht übersteigen.

19.3.2 Der Zuschuss für Maßnahmen nach Nr. 16.2 beträgt bis zu 30 % der zuwendungsfähigen Ausgaben.

20. Zuwendungsempfänger

für die Fördergrundsätze A. bis D.

20.1 Zuwendungsempfänger können – außer für Maßnahmen nach Nr. C. – natürliche Personen, juristische Personen des Privat- und öffentlichen Rechts als Besitzer von land- und forstwirtschaftlichen Flächen sowie anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und denen gleichgestellte Zusammenschlüsse im Sinne des Gesetzes zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) in der jeweils geltenden Fassung sein, sofern nachstehend keine abweichenden Regelungen getroffen sind.

20.2 Zuwendungsempfänger für Maßnahmen nach Nr. C. können anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Sinne des Bundeswaldgesetzes sein.

20.3 Als Zuwendungsempfänger ausgeschlossen sind Bund und Länder sowie juristische Personen, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in den Händen der vorgenannten Institutionen befindet. Maßnahmen auf Grundstücken im Eigentum der in Satz 1 aufgeführten Personen sind nicht förderfähig.

20.4 Trägerschaften

Träger einer gemeinschaftlichen Maßnahme (z. B. Bodenschutzkalkung (B. 7.4) oder eines Wegebaus (D.)) im Körperschafts- oder Privatwald können sein:

- private Waldbesitzer,
- kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts,
- anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, wenn sie satzungsgemäß dazu geeignet sind.

21. Allgemeine Bestimmungen

für die Fördergrundsätze A. bis D.

21.1 Unbezahlte, freiwillige Arbeitsleistungen der Zuwendungsempfänger und seiner Familienangehörigen (Eigenleistung) sind förderungsfähig bis zu 80 % der Ausgaben, die sich bei Vergabe der Arbeiten an Unternehmer oder bei Durchführung der vergleichbaren Arbeiten im Staatswald ergeben würden.

21.2 Sachleistungen der Zuwendungsempfänger sind förderungsfähig bis zu 80 % des Marktwertes.

21.3 Die Zuwendungsempfänger müssen, sofern es sich nicht um forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Sinne des Bundeswaldgesetzes handelt, Eigentümer der begünstigten Flächen sein oder eine schriftliche Einverständniserklärung des Eigentümers vorlegen.

21.4 Die Zweckbindungsfrist beträgt für Bauten und bauliche Anlagen nach Nr. C. zwölf Jahre nach Fertigstellung und für Maschinen, technische Einrichtungen und Geräte nach Nr. C. fünf Jahre nach Lieferung.

Grundsätze für die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der genetischen Qualität landwirtschaftlicher Nutztiere

Die Förderung ist nach Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 (Amtsblatt EG L 358 vom 16. Dezember 2006 S. 3) von der Pflicht zur beihilferechtlichen Anmeldung nach Artikel 88 Abs. 3 EG-Vertrag freigestellt¹.

1. Zuwendungszweck

Die Erfassung und Auswertung von Daten zur Erhaltung und Verbesserung der genetischen Qualität landwirtschaftlicher Nutztiere im Rahmen von Zuchtprogrammen können gefördert werden, soweit sie einen Beitrag zu folgenden Zielen leisten:

- durch züchterische Maßnahmen dazu beitragen, Grundlagen für eine auf Verbraucher, Tier- und Umweltschutz ausgerichtete Tierhaltung und Züchtung zu schaffen und die Tiergesundheit zu sichern,
- die tierschutzrelevanten genetischen Trends frühzeitig zu erkennen,
- die genetische Qualität zu verbessern und eine genetische Vielfalt zu erhalten,
- den Abnehmern von Zuchtprodukten, eine Bewertung im Hinblick auf die züchterische Veranlagung zu ermöglichen,
- eine nachhaltige und wirtschaftliche Tierhaltung zu ermöglichen,
- durch züchterische Maßnahmen dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen und damit auch die Multifunktionalität des ländlichen Raums, langfristig zu erhalten.

2. Gegenstand der Förderung

Förderungsfähig sind die einem Leistungserbringer entstehenden Kosten für:

- die regel- und planmäßige Ermittlung von züchterisch beeinflussbaren Merkmalen im Rahmen von Zuchtprogrammen anerkannter Zuchtorganisationen oder zum Vergleich verschiedener Zuchtprodukte oder Kreuzungsprogramme von anerkannten Zuchtorganisationen sowie die Erfassung, die überbetriebliche Auswertung im Sinne des Zuchtprogramms und die

Bewertung von Parametern zur Tiergesundheit, der Tierhaltungsbedingungen, der Tierfütterung und des Betriebsmanagements,

- die Aufbereitung und Bereitstellung der erfassten Daten für die Beratung insbesondere zur Verbesserung der Tiergesundheit und eines hohen Tier- und Umweltschutzstandards, der Vermeidung von Umweltbelastungen und der Erzeugung von gesundheitsunbedenklichen Produkten,
- die Aufbereitung der erfassten Daten für die Berechnung der genetischen Qualität der Tiere zur Realisierung eines züchterischen Fortschritts und zur Erhaltung der genetischen Vielfalt.

3. Zuwendungsempfänger

Stellen, die nach den Bestimmungen des Tierzuchtrechts die Leistungsprüfungen oder Zuchtwertschätzungen oder die Datenerhebung und -auswertung unter Aufsicht der Fachbehörde durchführen.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

- Der Leistungserbringer darf selbst nicht Begünstigter dieser Beihilfe im Sinne des Artikels 87 Abs. 1 EG-Vertrag sein. Es ist in geeigneter Weise sicherzustellen, dass die Zuwendung über den Leistungserbringer vollständig den landwirtschaftlichen Betrieben zugute kommt. Dies ist u. a. der Fall, wenn der Dienstleistungserbringer in einem öffentlichen, diskriminierungsfreien und ggf. wettbewerblichen Verfahren ermittelt wurde.
- Der Zuwendungsempfänger und das Zuchtprogramm müssen der Überwachung der nach Landesrecht zuständigen Behörde unterliegen und die Erfassung der Daten muss den tierzuchtrechtlichen Grundsätzen für die Leistungsprüfung und der Zuchtwertschätzung entsprechen. Die in Zucht- und Produktionsbetrieben erfassten Daten sind zur Verwendung im Rahmen des Zuchtprogramms einer anerkannten Züchtervereinigung oder zur Bewertung von Zuchtprodukten einschließlich Kreuzungsherkünften anerkannter Zuchtorganisationen im Rahmen von Stichproben- oder Warentests vorgesehen.
- Die Ergebnisse von überbetrieblichen Auswertungen und Bewertungen sind zu veröffentlichen.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

5.1 Die Zuwendungen werden in Form von Zuschüssen bis zu 60 % der förderungsfähigen Kosten gewährt.

¹ Die Kurzbeschreibung für die Laufzeit 2007 bis 2010 wurde unter der Nummer XA 02/2007 von der Europäischen Kommission registriert.

Die Höhe des Zuschusses ist auf folgende Höchstbeträge begrenzt:

- 10,23 Euro je Kuh und Jahr,
- 0,69 Euro je Mastschwein für alle bis zum Mastende kontrollierten und im jeweiligen Haushaltsjahr verkauften Mastschweine,
- 2,76 Euro je Wurf für alle im jeweiligen Haushaltsjahr kontrollierten Würfe von Sauen,
- 0,28 Euro im Monat für jedes bis zum Mastende unter Kontrolle stehende Mastrind,
- 0,61 Euro je Tier für alle bis zum Mastende geprüften und im jeweiligen Haushaltsjahr verkauften Mastlämmer.

5.2 Aufwendungen, die dem Zuwendungsempfänger im Rahmen dieser Maßnahme entstehen, dürfen nur insoweit als beihilfefähige Aufwendungen anerkannt werden, als sie nicht bereits bei der Bemessung von Beihilfen auf

Grund anderer Förderungsmaßnahmen mit berücksichtigt worden sind (z. B. Förderung von Erzeugergemeinschaften auf Grund des Marktstrukturgesetzes).

5.3 Kosten für routinemäßig durchgeführte Kontrollen zur Bestimmung der Milchqualität sind von der Förderung ausgeschlossen.

5.4 Kosten für technische Hilfe, die der Tier Eigentümer im Rahmen der Kontrollen leistet, sind nicht förderfähig.

5.5 Beihilfen für Kontrollen in gewerblichen Betrieben sowie solchen Betrieben, die nicht unter die Definition kleiner und mittlerer Unternehmen im Sinne der Empfehlungen 2003/361/EG der Kommission fallen, können nicht bereitgestellt werden. Für nach steuerlichen Vorschriften als gewerblich eingestufte Betriebe ist eine Förderung zulässig, soweit das Futter überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann.

Grundsätze für die Förderung von Küstenschutzmaßnahmen

1. Zuwendungszweck

Abwehr von Naturkatastrophen und Erhöhung der Sicherheit an den Küsten, auf den Inseln sowie an den fließenden oberirdischen Gewässern im Tidegebiet gegen Überflutung und Landverluste durch Sturmfluten und Meeressanriff.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Konzeptionelle Vorarbeiten und Erhebungen im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nrn. 2.2 bis 2.7,

2.2 Neubau, Verstärkung und Erhöhung von Hochwasserschutzwerken einschließlich notwendiger Wege (Deichverteidigungs- und Treibselräumwege in einer Breite von 3,0 m, in besonderes begründeten Ausnahmefällen in einer Breite bis zu 4,5 m) und Befestigungen,

2.3 Sperrwerke und sonstige Bauwerke in der Hochwasserschutzlinie,

2.4 Buhnen, Wellenbrecher und sonstige Einbauten in See,

2.5 Vorlandarbeiten vor Seedeichen bis zu einer Tiefe von 400 m,

2.6 Sandvorspülung,

2.7 Uferschutzwerke.

3. Zuwendungsempfänger

Träger der Vorhaben (Begünstigte) können sein das Land und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts. Teilnehmergeinschaften nach dem Flurbereinigungs-gesetz können Zuwendungsempfänger sein, wenn die Mittel ausschließlich zum Zwecke des Grunderwerbs nach 5.2.1 eingesetzt werden.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Zuwendungen werden gewährt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die geförderten

- Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
- technischen Einrichtungen, Maschinen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet werden.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

5.1 Art der Zuwendungen

Zuwendungen werden als Zuschuss gewährt.

5.2 Umfang der Zuwendungen

5.2.1 Zuwendungsfähig sind die notwendigen Kosten für Maßnahmen nach Nr. 2:

- die nach Abzug von Leistungen Dritter auf Grund besonderer Verpflichtungen und der übrigen nicht förderungsfähigen Kosten verbleiben;
- Bauoberleitung und die Kosten für Architekten- und Ingenieurleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der jeweils geltenden Fassung;
- die infolge der Ausführung von Küstenschutzmaßnahmen notwendigen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, wenn sie einen räumlichen Bezug zur jeweiligen Küstenschutzmaßnahme haben;
- notwendiger Grunderwerb für eine Küstenschutzmaßnahme;
- die Kosten für Baumaßnahmen in unabwendbarem Umfang, die infolge von Küstenschutzmaßnahmen zwingend erforderlich sind. Dabei sind Vorteile Dritter durch Beiträge angemessen zu berücksichtigen;
- *Beweissicherung und Dokumentation.*

5.2.2 Eingeschränkt zuwendungsfähig sind:

Küstenschutzmaßnahmen, für die ökologisch wertvolle Flächen benötigt werden, sind nur förderungsfähig,

- soweit die notwendige Sicherheit nicht durch andere vertretbare Maßnahmen erreicht werden kann,
- wenn im Fachplan oder in einem landschaftspflegerischen Begleitplan festgelegt ist, dass die eingedeichten Flächen, die ökologisch besonders wertvoll sind, grundsätzlich zu Ersatzbiotopen (Schutz-zonen) gestaltet bzw. entwickelt werden. Bisher bereits landwirtschaftlich genutzte Flächen bleiben davon unberührt.

5.2.3 Nicht zuwendungsfähig sind:

- der Bau von Verwaltungsgebäuden;
- die Beschaffung von Kraftfahrzeugen und Geräten;
- die Unterhaltung und Pflege von Küstenschutzanlagen;
- der Bau von Schöpfwerken sowie von Be- und Entwässerungsanlagen;
- Geldzahlungen anstelle von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen;
- gewässerkundliche Daueraufgaben;
- institutionelle Förderungen.

5.3 Höhe der Zuwendungen

Ist das Land aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen Träger des Vorhabens oder zur Zahlung der Baukosten verpflichtet, werden 70 % der ihm anfallenden förderungsfähigen Kosten vom Bund erstattet. Bei anderen Trägern nach Nr. 3 soll die Gesamtförderung durch Zuschüsse von Bund und Land für eine Maßnahme 95 % der förderungsfähigen Kosten nicht übersteigen.

Bei Maßnahmen des Küstenschutzes und bei sonstigen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen ist in allen Fällen eine sachliche Trennung vorzunehmen.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Die Zuwendungsempfänger dürfen die Zuschüsse nicht an natürliche oder juristische Personen des Privatrechts weitergeben oder ausleihen.

6.2 Die Zuwendungsempfänger dürfen nicht geringer belastet werden, als ihnen unter Berücksichtigung aller Vorteile zugemutet werden kann. Dabei sollen die Vorteile der Zuwendungsempfänger durch Eigenleistungen in angemessener Höhe berücksichtigt werden. Eigenleistungen sind bare Eigenmittel, Darlehen und der Wert der unbaren Leistungen.

Anhang zum Rahmenplan 2007 bis 2010

Garantieerklärung

Präambel

Die Länder haben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nach Maßgabe der Förderungsgrundsätze

- für das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (seit 1997),
- für die Förderung von Investitionen zur Diversifizierung (seit 2007),
- für das Agrarkreditprogramm (von 1991 bis 1996),
- für die Förderung zur Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe im Haupterwerb (von 1991 bis 1996) sowie
- für die Gewährung von Hilfen zur Umstrukturierung von landwirtschaftlichen Unternehmen sowie für neugegründete landwirtschaftliche Unternehmen in Form juristischer Personen und Personengesellschaften (von 1991 bis 1996)

modifizierte Ausfallbürgschaften für Kapitalmarktdarlehen mit einer Laufzeit von max. 20 Jahren übernommen und übernehmen weiterhin derartige Bürgschaften bis zur Höhe von insgesamt

Baden-Württemberg	78 064 000 Euro
Bayern	146 802 000 Euro
Berlin	718 000 Euro
Brandenburg	135 270 000 Euro
Bremen	2 433 000 Euro
Hamburg	8 480 000 Euro
Hessen	36 008 000 Euro
Mecklenburg-Vorpommern	138 948 000 Euro
Niedersachsen	115 029 000 Euro
Nordrhein-Westfalen	52 425 000 Euro
Rheinland-Pfalz	41 943 000 Euro
Saarland	5 297 000 Euro
Sachsen	51 076 000 Euro
Sachsen-Anhalt	80 773 000 Euro
Schleswig-Holstein	47 982 000 Euro
Thüringen	58 752 000 Euro

insgesamt 1 000 000 000 Euro

zuzüglich anteiliger Zinsen und Nebenkosten.

Von diesem Plafonds können in den Ländern

Brandenburg	67 776 000 Euro
Mecklenburg-Vorpommern	77 158 000 Euro
Sachsen	6 372 000 Euro
Sachsen-Anhalt	34 546 000 Euro
Thüringen	16 442 000 Euro
insgesamt	202 294 000 Euro

nicht neu vergeben werden.

Die Bundesrepublik Deutschland (im folgenden Bund genannt), vertreten durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und das Bundesministerium der Finanzen übernimmt hiermit aufgrund des § 3 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 2 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) vom 28. Dezember 2006 (BGBl. I, S. 3346) in Verbindung mit den verbindlichen Erläuterungen zu Kapitel 3208 Nr. 5.6 60 % der von den Ländern aus den Ausfallbürgschaften zu tragenden Ausfälle bis zu einem Gesamtbetrag von 600 000 000 Euro zuzüglich 60 % der von den Ländern zu tragenden Ausfälle an Zinsen und Nebenkosten, für die Kosten jedoch nur bis zum Gesamtbetrag von 12 000 000 Euro nach Maßgabe folgender Bestimmungen.

I.

Die Garantie des Bundes gilt nur für Ausfälle aus solchen Ausfallbürgschaften,

1. bei denen die Voraussetzungen nach Absatz 1 der Präambel der Garantieerklärungen gegeben sind,
2. über die die Länder in Durchführung der jeweils geltenden Rahmenpläne der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und in der jeweils zulässigen Frist entschieden haben,
3. bei denen eine anderweitige Finanzierung der geförderten Vorhaben nicht möglich war und
4. bei denen die Länder bei der Entscheidung über die Übernahme der Bürgschaften festgelegt haben, dass es sich um Bürgschaften innerhalb des Rahmenplans handelt.

II.

Die Länder werden dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, und dem Bundesministerium der Finanzen nach dem als Anlage 1 beigefügten Muster die Namen der kreditgebenden Institute und der Kreditnehmer, die Kreditbeträge, die Laufzeit, die Zinssätze und die Höhe der von ihnen verbürgten Krediteile sowie die Daten der Kreditverträge (Kreditzu-

sagen), das Datum der Entscheidung über die Bürgschaft und die Einbeziehung in den Rahmenplan innerhalb eines Monats nach Aushändigung der Urkunde über die Bürgschaften an den Kreditnehmer mitteilen.

Die Länder werden nicht valutierte und wieder ausgeplante Kredite dem Bund gegenüber stornieren. Die für ein Kalenderjahr gemeldeten und innerhalb desselben Jahres stornierten Kredite werden auf das Jahreskontingent nicht angerechnet.

III.

Die Übernahme, Verwaltung und Abwicklung der Bürgschaften werden von den Ländern durchgeführt. Die Länder entscheiden dabei nach pflichtgemäßem Ermessen vor allem darüber, ob

1. nach Maßgabe allgemein gültiger Beurteilungsmaßstäbe eine anderweitige Finanzierung des Vorhabens nicht möglich ist,
2. unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Vorschriften der Länder sowie unter entsprechender Würdigung der Interessen des Bundes und der Länder Kreditverträge geändert, insbesondere verbürgte Forderungen gestundet, Tilgungen gestreckt, Sicherheiten geändert oder freigegeben werden sowie der Übertragung der Kredite zugestimmt wird,
3. nach Inanspruchnahme des Bundes aus der Garantie Bürgschaftsforderungen aufgrund der haushaltsrechtlichen Vorschriften der Länder gestundet, niedergeschlagen oder erlassen werden.

IV.

Der Bund – vertreten durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – und der Bundesrechnungshof sind berechtigt, bei den Ländern die die verbürgten Kredite betreffenden Unterlagen jederzeit zu prüfen. Die Länder werden dem Bund die von ihm im Zusammenhang mit der Garantie erbetenen Auskünfte erteilen.

Die Länder werden die Kreditnehmer und – bezüglich der zu verbürgenden Kredite – die Kreditgeber verpflichten, eine Prüfung des Bundes oder seiner Beauftragten zu dulden, ob eine Inanspruchnahme aus den Ausfallbürgschaften in Betracht kommen kann oder die Voraussetzungen für eine solche vorliegen oder vorgelegen haben. Die Länder werden die Kreditnehmer und die Kreditgeber weiter verpflichten, dem Bund die von ihm im Zusammenhang mit den Ausfallbürgschaften erbetenen Auskünfte zu erteilen.

Die Länder haben die Kreditnehmer zu verpflichten, die Prüfungskosten zu tragen.

V.

Der Bund kann aus seiner Garantie erst dann in Anspruch genommen werden, wenn die Länder ihre Verpflichtungen aus der Ausfallbürgschaft dem kreditgebenden Institut gegenüber erfüllt haben.

Die Länder sind berechtigt, bei drohenden Ausfällen Abschlagszahlungen zur Minderung des Ausfalls an Zinsen zu leisten. An den Abschlagszahlungen beteiligt sich der Bund in Höhe von 60 %.

Bei Zahlungsanforderungen übersenden die Länder dem Bund einen Schadensbericht und eine Aufstellung über die von den Ländern geleisteten Zahlungen. Nach Abwicklung des Schadensfalls legen die Länder eine Schlussrechnung vor.

Der Bund wird den auf ihn entfallenden Anteil innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der Mitteilungen der Länder erstatten.

Erlöse aus der Verwertung der für die verbürgten Kredite gestellten Sicherheiten sowie sonstige Rückflüsse aus den verbürgten Krediten sind in Höhe von 60 % an den Bund abzuführen. Die Länder übersenden hierzu dem Bund entsprechend der Anlage 2 eine sachlich und rechnerisch festgestellte Zusammenstellung.

Der Erlösanteil des Bundes ist für jedes vorausgegangene Kalenderjahr bis zum 31. März eines jeden Jahres an die Bundeskasse Halle, Kto. 800 010 20 bei der Deutschen Bundesbank Filiale Halle (BLZ 800 000 00), zu überweisen.

VI.

Die Länder sind verpflichtet, von den von ihnen und ihren beauftragten Stellen vereinnahmten laufenden Bürgschaftsentgelten 60 % an den Bund abzuführen.

Der Entgeltanteil des Bundes ist für jedes vorangegangene Kalenderjahr bis zum 31. März eines jeden Jahres an die Bundeskasse Halle, Kto. 800 010 20 bei der Deutschen Bundesbank Filiale Halle (BLZ 800 000 00), zu überweisen.

VII.

Die Garantie wird übernommen für die Bürgschaften, über die die Länder in Durchführung der Rahmenpläne der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum

1. 1991 bis 1994 im Jahre 1991 entschieden haben bis zum 31. Dezember 2011,
2. 1992 bis 1995 im Jahre 1992 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2012,
3. 1993 bis 1996 im Jahre 1993 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2013,
4. 1994 bis 1997 im Jahre 1994 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2014,
5. 1995 bis 1998 im Jahre 1995 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2015,
6. 1996 bis 1999 im Jahre 1996 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2016.
7. 1997 bis 2000 im Jahre 1997 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2017.

-
- | | |
|---|--|
| 8. 1998 bis 2001 im Jahre 1998 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2018. | 14. 2004 bis 2007 im Jahre 2004 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2024, |
| 9. 1999 bis 2002 im Jahre 1999 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2019. | 15. 2005 bis 2008 im Jahre 2005 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2025 |
| 10. 2000 bis 2003 im Jahre 2000 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2020. | 16. 2006 bis 2009 im Jahre 2006 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2026 |
| 11. 2001 bis 2004 im Jahre 2001 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2021. | <i>17. 2007 bis 2010 im Jahre 2007 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2027.</i> |
| 12. 2002 bis 2005 im Jahre 2002 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2022, | VIII. |
| 13. 2003 bis 2006 im Jahre 2003 entschieden haben, bis zum 31. Dezember 2023, | Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Bonn. |

Anlage 1

Land:

Betr.: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Übernahme von Bürgschaften im Monat 2007

Bürgschaftsliste Nr.

Lfd. Nr.	a) Name des Kreditnehmers b) Name des Kreditinstituts	Kreditbetrag €	Laufzeit	Zinssatz	a) Datum der Entscheidung über die Bürgschaft und die Einbeziehung der Bürgschaft in den Rahmenplan b) Datum der Aushändigung der Bürgschaftserklärung c) Datum des Kreditvertrages	Höhe der Bürgschaft in %	Bürgschaftsbetrag Land €	Ausfallgarantie Bund (60 % von Spalte 8) €
1	2	3	4	5	6	7	8	9

Anlage 2

Land:
 Betr.: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
 Rückflüsse aus Bürgschaften;
 Liste Nr. (Rückflüsse in der Zeit vombis.....2007)

Lfd. Nr.	a) Name des Kreditnehmers b) Name des Kreditinstituts	Nr. der Bürgschafts- liste des Landes	Ursprünglicher Kreditbedarf €	Rückflüsse im Berichtszeitraum insgesamt €	Anteil des Bundes (60 % von Spalte 5) €
1	2	3	4	5	6

Teil III Bedeutung der Förderungsgrundsätze

Förderbereich: Verbesserung der ländlichen Strukturen

Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung

Ziel der Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung ist die Verbesserung der Agrarstruktur und die nachhaltige Stärkung der Wirtschaftskraft ländlicher Räume. Unter Berücksichtigung der Ziele und Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung, der Belange des Natur- und Umweltschutzes und der Grundsätze der AGENDA 21 sollen die ländlichen Räume als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturräume gesichert und weiterentwickelt werden.

Die Fördermaßnahmen zur integrierten ländlichen Entwicklung folgen einem raumbezogenen Ansatz, bei dem ländliche Regionen stärker als bisher als Einheit betrachtet werden. Einkommenschancen für Landwirte auch außerhalb der Primärproduktion und Einkommenspotenziale, die in der Verknüpfung landwirtschaftlicher und außerlandwirtschaftlicher Aktivitäten liegen, sollen dadurch systematisch erschlossen werden.

Für die Sicherung lebensfähiger und attraktiver ländlicher Räume ist es erforderlich, Wertschöpfung und Arbeitsplätze auch neben der landwirtschaftlichen Produktion zu entwickeln. Gleichzeitig gewährleistet die wirtschaftliche Stärkung der ländlichen Räume das erforderliche Umfeld für eine wettbewerbsfähige und multifunktional ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft und führt damit ebenfalls zur Verbesserung der Agrarstruktur.

Im Einzelnen sollen dazu folgende Maßnahmen dienen:

Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte

Die integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte sind eine Vorplanung im Sinne des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAKG).

Sie sind Entscheidungshilfe für die Einbindung einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft in den Prozess zur Stärkung der regionalen Wirtschaft. Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte beschreiben auf der Basis einer Analyse der regionalen Stärken und Schwächen

- die Entwicklungsziele der Region,
- die Handlungsfelder,
- die Strategie zur Realisierung der Entwicklungsziele und
- prioritäre Entwicklungsprojekte.

Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass jede Region ihre eigenen Stärken und Schwächen hat und Fördermaßnahmen um so besser wirken, je stärker sie diese regionalen Besonderheiten berücksichtigen. Die Förderung der Erarbeitung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte trägt so dazu bei, dass bisher isoliert durchgeführte Einzelmaßnahmen besser aufeinander abgestimmt und gezielt zur Entwicklung der ländlichen Regionen eingesetzt werden.

Regionalmanagement

Regionalmanagement dient der Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung der ländlichen Entwicklungsprozesse durch

- Information, Beratung und Aktivierung der Bevölkerung,
- Identifizierung und Erschließung regionaler Entwicklungspotenziale,
- Identifizierung und Beförderung zielgerichteter Projekte.

Mit dem Regionalmanagement wird somit die zielgerichtete Umsetzung der in den Regionen erarbeiteten integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte oder -strategien unterstützt.

Die Erarbeitung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte kann auch im Rahmen des Regionalmanagements vorgenommen werden.

LEADER-Umsetzung

Diese Förderungsgrundsätze ermöglichen die Umsetzung des methodischen LEADER-Schwerpunkts der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (ELER-Verordnung) im Rahmen der GAK. Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte gelten als gebietsbezogene lokale Entwicklungsstrategien im Sinne des Artikels 61 der ELER-Verordnung, wenn die zusätzlichen, über die Bestimmungen dieses Förderungsgrundsatzes hinausgehenden Anforderungen der ELER-Verordnung erfüllt werden. Die Arbeit von regionalen Aktions- oder Steuerungsgruppen (die ELER-Verordnung spricht von Lokalen Aktionsgruppen) erfolgt auf der Grundlage dieser Entwicklungsstrategien. Sie werden dabei von Regionalmanagements unterstützt, die – ebenso wie die Aktions- oder Steuerungsgruppen – den Anforderungen der ELER-Verordnung genügen müssen. Für die Umsetzung von regionalen Entwicklungsstrategien stehen alle Maßnahmen der GAK zur Verfügung.

Investive Maßnahmen

Die Förderung investiver Maßnahmen einschließlich ihrer Vorbereitung und Begleitung soll im Rahmen integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte erfolgen. Auf diese Weise werden Einzelmaßnahmen innerhalb einer Region besser aufeinander abgestimmt. Um dafür einen Anreiz zu schaffen, sind für Maßnahmen erhöhte Fördersätze vorgesehen, die der Umsetzung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte dienen.

– Dorferneuerung und -entwicklung ländlich geprägter Orte

Die Förderung dient der Erhaltung und Gestaltung des dörflichen Charakters und der Verbesserung der Lebensverhältnisse der dörflichen Bevölkerung. Hierbei wird das Ziel verfolgt, die ländlichen Regionen mit ihren Dörfern als eigenständige Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturräume im dezentralen Siedlungsgefüge zu erhalten und weiter zu entwickeln. In diesem Zusammenhang werden unter anderem Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft ebenso gefördert wie Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung dorfgemäßer Gemeinschaftseinrichtungen. Auch die erforderlichen Dorfentwicklungspläne und -konzepte sind förderfähig.

– Infrastrukturmaßnahmen

Ländliche Infrastrukturmaßnahmen dienen der Erschließung von touristischen oder anderen wirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen land- oder forstwirtschaftlicher Betriebe. Sie tragen dazu bei, dass land- oder forstwirtschaftlicher Betriebe zusätzliche Einkommensquellen erschließen können (Einkommensdiversifizierung). Gefördert werden in diesem Zusammenhang beispielsweise die Verbesserung des landwirtschaftlichen und touristischen Wegenetzes oder der Bau und die Erhaltung von Schutzhütten oder Bootsanlegestellen. Auch von Privaten errichtete Infrastruktureinrichtungen können gefördert werden, wenn sie der Öffentlichkeit uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

– Schutzpflanzungen

Wenig strukturierte Landschaften sind in vielen Regionen Deutschlands ein Problem, aber auch in traditionell stark strukturierten Kulturlandschaften sind die Strukturelemente wie Hecken, Terrassen oder Natursteinmauern häufig in schlechtem Zustand oder lückenhaft. Landschaftselemente haben dabei beispielsweise wichtige Funktionen für den Schutz vor Erosion, als Rückzugsgebiet oder Lebensraum für Flora und Fauna oder als Trittsteine im Biotopverbund. Die Förderung der Anlage von Schutzpflanzungen und vergleichbaren landschaftsverträglichen Anlagen, die im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft stehen, soll diese wichtigen Funktionen unterstützen.

– Flurbereinigung

Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz sollen – am Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtet – zu einer Verbesserung der Agrarstruktur beitragen. Im Sinne einer integrierten, nachhaltigen Landentwicklung können sie neben der Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft der Förderung der regionalen und gemeinschaftlichen Entwicklung und dem nachhaltigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen dienen.

Zur Anpassung an gewandelte agrar- und umweltpolitische Verhältnisse und zur Beschleunigung der Flurbereinigung kann insbesondere das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren genutzt werden.

– Fremdenverkehrs- und Handwerkstätigkeiten (Kooperationen)

Die Förderung von gemeinsamen Investitionen von Landwirten und anderen Partnern erleichtert die Erschließung von zusätzlichen Einkommensquellen oder innovativen Ansätzen im ländlichen Raum. Die speziellen Kenntnisse von Landwirten, Handwerkern oder anderen Gewerbetreibenden können so Synergieeffekte generieren. Die Förderung trägt daher auch dazu bei, Arbeitsplätze zu sichern oder neu zu schaffen.

Im Rahmen des freiwilligen Land- oder Nutzungsaustauschs können nicht investive Aufwendungen der Tauschpartner mit bis zu 75 % der zuwendungsfähigen Kosten gefördert werden (Helfervergütung). Sie können auch eine einmalige Pachtprämie für Leistungen zur Sicherstellung einer langfristigen Pachtbindung beantragen.

– Umnutzung der Bausubstanz land- und forstwirtschaftlicher Betriebe

Die Förderung von Maßnahmen zur Umnutzung der Bausubstanz land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ist in enger Verzahnung mit der Förderung der Dorferneuerung ein wichtiges Anliegen des Bundes und der Länder. Eine auf die ländliche Entwicklung ausgerichtete Umnutzung unterstützt und sichert die Wirtschaftskraft land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, erleichtert deren Strukturwandel, hat investitions- und Beschäftigungsfördernde Wirkungen und trägt zur Verbesserung der ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Grundlagen ländlicher Räume bei.

Es werden investive Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Umnutzung ihrer Bausubstanz insbesondere für Wohn-, Handels-, Gewerbe-, Dienstleistungs-, kulturelle, öffentliche oder gemeinschaftliche Zwecke gefördert. Die Maßnahmen tragen dazu bei Arbeitsplätze zu sichern, neue Arbeitsplätze zu schaffen oder zusätzliche Einkommensquellen auch außerhalb der landwirtschaftlichen Produktion zu erschließen.

Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen

Wasserwirtschaftliche Maßnahmen tragen zu einer umweltverträglichen nachhaltigen Entwicklung des ländlichen

chen Raums und zu einer Verbesserung der mit der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur bei.

Dies sind insbesondere

- Maßnahmen eines modernen Hochwasserschutzes (Hochwasserschutzanlagen, Wildbachverbauung, Deichrückbau). Hierbei ist der Wiedergewinnung von Überschwemmungsgebieten gegenüber Hochwasserschutzanlagen Vorrang zu geben.
- Neu- und Ausbau einer geordneten Abwasserentsorgung (Abwasserbehandlungsanlagen bis zu einer Größe von 5 000 Einwohnerwerten).
- Bewirtschaftung der Wasserressourcen unter Berücksichtigung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (Maßnahmen zur naturnahen Gewässerentwicklung, um den ökologischen und chemischen Zustand der oberirdischen Gewässer zu verbessern).
- Wasser sparende überbetriebliche Beregnungseinrichtungen.

Förderbereich: Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen

Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)

Das AFP dient der Förderung von Investitionen in der unmittelbaren landwirtschaftlichen Produktion.

Ziel des AFP ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unter Berücksichtigung einer umweltschonenden und tiergerechten Produktion zu verbessern.

Deshalb werden insbesondere langlebige Wirtschaftsgüter wie Gebäude und deren Inneneinrichtung gefördert. Förderfähig sind auch Investitionen zur Energieeinsparung, Maßnahmen des Umwelt- und Tierschutzes sowie der Direktvermarktung.

Neben den eigentlichen Investitionen sind außerdem Nebenkosten wie Investitions- und Marketingkonzepte sowie Gebühren für Architekten, Ingenieure und Betreuer förderbar.

Förderfähig sind Investitionen zwischen 30 000 und 1,5 Mio. Euro, wobei die Höchstsumme in den Jahren 2007 bis 2013 nur einmal ausgeschöpft werden kann.

Die Förderung besteht aus einer Regelförderung mit einem 25 %igen Zuschuss zu den Investitionskosten. Bei Investitionen in besonders tiergerechte Haltungsverfahren kann der Zuschuss bis zu 30 % betragen. Junglandwirte können einen ergänzenden Zuschuss von 10 % der Investitionssumme, max. 20 000 Euro, erhalten.

Ergänzt wird diese Förderung durch die Möglichkeit einer staatlichen Ausfallbürgschaft in Höhe von 80 % der zur Finanzierung der Investitionen notwendigen Darlehen.

Förderung von Investitionen zur Diversifizierung

Die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Einkommensquellen ist eine bewährte Strategie zur Reaktion auf den agrarstrukturellen Wandel.

Mit der Förderung sollen

- die nachhaltige Existenz- und Einkommenssicherung bäuerlicher Betriebe in Gebieten, wo die natürlichen und strukturellen Bedingungen langfristig keine marktfähige Produktion mehr ermöglichen, unterstützt,
- Existenzgründungen im ländlichen Raum ermöglicht und damit
- ein Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft ländlicher Räume geleistet werden.

Förderfähig sind Investitionen von mindestens 10 000 Euro, die zusätzliche Einkommensquellen in ländlichen Räumen erschließen und die den ländlichen Tourismus fördern.

Hierzu zählen u. a.:

- Investitionen im Bereich „Urlaub auf dem Bauernhof“ bis zu einer Gesamtkapazität von 25 Gästebetten,
- Investitionen in soziale, hauswirtschaftliche, kommunale und landschaftspflegerische Dienstleistungen (z. B. Hofcafe, Partyservice, Pflege- und Betreuungsdienste für ältere Menschen),
- Pensionstierhaltung,
- Biogasanlagen, wenn der Gärrestlagerbehälter während der gesamten Lagerungsdauer gasdicht abgedeckt ist,
- Abfindungs- sowie Verschlusskleinbrennereien (jährl. Alkoholproduktion bis zu 10 hl) im Bereich der Direktvermarktung (Brennereigeräte sind ausgeschlossen).

Diversifizierungsinvestitionen können mit einem Zuschuss in Höhe von 25 % der Investitionskosten gefördert werden; bei Investitionen mit einer Stromproduktion für Dritte oder Stromabgabe gemäß EEG beträgt dieser nur 10 %.

Die Förderung erfolgt nach der EG-De-minimis-VO. Der Gesamtwert der einem Unternehmen gewährten Beihilfe ist innerhalb von 3 Jahren auf 200 000 Euro begrenzt.

Ergänzt wird diese Förderung durch die Möglichkeit einer staatlichen Ausfallbürgschaft in Höhe von 80 % der zur Finanzierung der Investitionen notwendigen Darlehen.

Förderung der einzelbetrieblichen Beratung in Verbindung mit Managementsystemen

Die Maßnahme soll Landwirte bei der Einhaltung von Standards an eine moderne und qualitätsbetonte Landwirtschaft, insbesondere der Anforderungen nach Artikel 4 und 5 sowie der Anhänge III und IV der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 (Cross Compliance), unterstützen. Sie trägt

dadurch zur Verbesserung der Betriebsführung in der Landwirtschaft bei.

Gefördert wird die Inanspruchnahme einer einzelbetrieblichen Beratung, die mit der Anwendung eines Dokumentationssystems verbunden ist. Diese Systeme müssen einen Beitrag leisten zur Verbesserung der Produkt- und Prozessqualität, der Rückverfolgbarkeit der Erzeugung, des Tierschutzes und der Tiergesundheit sowie von Umweltaspekten der gesamten Produktion, der Sicherheit am Arbeitsplatz und der effizienten Anwendung entsprechender neu eingeführter Rechtsnormen. Die Systeme sind entweder gesetzlich geregelt oder bedürfen der Anerkennung durch die Länder. Die Aufzeichnungen aus den Systemen sind Grundlage für die betriebsbezogene Beratung, einschließlich der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zur Beseitigung etwaiger betrieblicher Schwachstellen.

Die Beratungsleistungen werden von öffentlichen und privaten Stellen, die von den Ländern anerkannt werden müssen, erbracht. Der jeweilige Beratungsanbieter hat bestimmte organisatorische Voraussetzungen zu erfüllen sowie die erforderliche Qualifikation für das eingesetzte Beraterpersonal nachzuweisen.

Der Förderzeitraum beträgt maximal fünf Jahre. Die Höhe der Förderung differenziert bei Anwendung von Systemen

- der Grundstufe zur Umsetzung der Cross Compliance-Anforderungen und
- der Aufbaustufe, die die Anforderungen der Grundstufe und darüber hinausgehende Leistungen erfüllen.

Förderung zur Marktstrukturverbesserung

Die Förderung zielt darauf ab, die Gründung und das Tätigwerden von Erzeugerzusammenschlüssen zu unterstützen sowie die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verbessern, um auf diese Weise zur Absatzsicherung oder zur Schaffung von Erlösvorteilen auf der Erzeugerebene beizutragen.

Die Förderung leistet einen Beitrag dazu, die Erfassung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Hinblick auf Art, Menge und Qualität des Angebotes an die Erfordernisse des Marktes anzupassen.

Die Förderung umfasst folgende Bereiche

- Gründung und Tätigwerden von Erzeugerzusammenschlüssen (Organisationskosten)
- Investitionen
- Vermarktungskonzeptionen.

Förderung von Organisationskosten

Förderfähig sind angemessene Aufwendungen für Organisationskosten einschließlich von Kosten der wesentlichen Erweiterung, soweit diese durch zusätzlich wahrgenommene Aufgaben entstehen.

Zu den Kosten können insbesondere Gründungskosten, Personal und Geschäftskosten sowie die Kosten für Büroeinrichtungen gezählt werden.

Als Zuwendungsempfänger kommen nach dem Marktstrukturgesetz anerkannte Erzeugergemeinschaften und Erzeugerzusammenschlüsse, die ökologisch oder regional erzeugte landwirtschaftliche Produkte verarbeiten oder vermarkten, in Betracht, soweit es sich um Kleinst- oder Kleinbetriebe oder mittlere Unternehmen im Sinne der Empfehlungen der Europäischen Kommission 2003/361/EG handelt.

Investitionsförderung

Förderfähig sind angemessene Aufwendungen für Investitionen, die der Erfassung, Lagerung, Kühlung, Sortierung, marktgerechten Aufbereitung, Verpackung, Etikettierung, Verarbeitung oder Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dienen.

Die Investitionen können auf den Neu- und Ausbau von Kapazitäten einschließlich technischer Einrichtungen oder auf die innerbetriebliche Rationalisierung durch Umbau und/oder Modernisierung von technischen Einrichtungen gerichtet sein.

Gefördert werden können Erzeugergemeinschaften oder Erzeugerzusammenschlüsse sowie Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung, die weniger als 750 Personen beschäftigen oder einen Jahresumsatz von weniger als 200 Mio. Euro erzielen. Zur Berechnung der Mitarbeiterzahl und des finanziellen Schwellenwertes eines Zusammenschlusses findet die Empfehlung 2003/361/EG der Europäischen Kommission entsprechende Anwendung.

Förderung von Vermarktungskonzeptionen

Förderfähig sind angemessene Aufwendungen für die Erarbeitung und Durchführung von Vermarktungskonzeptionen.

Zu den förderfähigen Ausgaben bei der Erarbeitung von Vermarktungskonzeptionen können insbesondere Marktanalysen, Entwicklungsstudien, auf die Vermarktung bezogene Beratungs- und Planungsmaßnahmen, Durchführbarkeits- und Konzeptstudien, Maßnahmen zur Marktforschung sowie Entwürfe für neue Produkte gezählt werden.

Zu den förderfähigen Ausgaben bei der Durchführung von Vermarktungskonzeptionen können Kosten, die durch die Teilnahme an Wettbewerben, Ausstellungen und Messen entstehen, Kosten für Produktentwicklungen sowie Kosten für Qualitätskontrollen durch Dritte gezählt werden.

Gefördert werden können Erzeugergemeinschaften oder Erzeugerzusammenschlüsse sowie Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung, die Qualitätsprodukte produzieren und weniger als 750 Personen beschäftigen oder einen Jahresumsatz von weniger als 200 Mio. Euro erzielen. Zur Berechnung der Mitarbeiterzahl und des finanziellen Schwellenwertes eines Zusammenschlusses findet

die Empfehlung 2003/361/EG der Europäischen Kommission entsprechende Anwendung.

Förderung von Erzeugerorganisationen und Erzeugergemeinschaften nach EG-Recht

Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse nach der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 und anerkannte Erzeugerorganisationen für fischwirtschaftliche Erzeugnisse nach der Verordnung (EG) Nr. 104/2000, die nach vorgenannten Verordnungen und dem dazugehörigen EG-Folgerecht gefördert werden, können die nationale Kofinanzierung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe erhalten.

Förderung der Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur der Fischwirtschaft

Die Förderung zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur der Fischwirtschaft umfasst folgende Maßnahmen:

- Vorhaben zum Neu- und Ausbau von Kapazitäten einschließlich der technischen Einrichtungen und in Ausnahmefällen des Ankaufs der dafür erforderlichen Grundstücke durch Investitionshilfen,
- innerbetriebliche Rationalisierung durch Umbau und/oder Modernisierung technischer Einrichtungen durch Investitionsbeihilfen,
- Kosten der Vorplanung durch Zuschüsse.

Damit soll Unternehmen, die im Bereich der Verarbeitung und Vermarktung von Fischereierzeugnissen tätig sind, die Anpassung an die Markterfordernisse erleichtert und deren Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden.

Voraussetzung für die Förderung ist das Operationelle Programm gemäß der Anforderungen der VO (EG) Nr. 1198/2006 über den Europäischen Fischereifonds.

Förderbereich: Nachhaltige Landbewirtschaftung

Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten

Die Ausgleichszulage können land- und forstwirtschaftliche Unternehmen zum Ausgleich ständiger natürlicher und wirtschaftlicher Nachteile in von der Natur benachteiligten Gebieten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 erhalten. Die Gebietskulisse der benachteiligten Gebiete ist EG-rechtlich festgeschrieben.

Ziel der Förderung ist die

- Schaffung und Sicherung einer standortgerechten auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Landbewirtschaftung, die den besonderen Belangen des Umweltschutzes Rechnung trägt,
- Erhaltung der Kulturlandschaft,
- Erhaltung einer lebensfähigen Gemeinschaft im ländlichen Raum durch Verbesserung landwirtschaftlicher Einkommen.

Die jährliche Förderung je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche in benachteiligten Gebieten beträgt:

- umgekehrt proportional zur landwirtschaftlichen Vergleichszahl (LVZ) bzw. bereinigten Ertragsmesszahl (bEMZ) gestaffelt zwischen mindestens 25 Euro und
 - maximal 180 Euro für Grünland und Flächen mit Ackerfutter (Klee, Klee gras, Klee-Luzerne-Gemisch, Luzerne, Ackergras, Wechselgrünland),
 - maximal 90 Euro bei Ackernutzung,
- unabhängig von der LVZ bzw. bEMZ bei gleichem Mindestbetrag:
 - bis zu 180 Euro in Berggebieten, auf Inseln, Halligen, Deichen und seeseitigem Deichvorland,
 - bis zu 200 Euro bei Flächen mit hoher Handarbeitsstufe in Berggebieten und bei Hangneigung über 50 % auch im übrigen benachteiligten Gebiet.

Ausgeschlossen von der Förderung sind Flächen für die Erzeugung von Weizen und Mais, Wein, Äpfeln, Birnen und Pfirsichen in Vollpflanzungen und Zuckerrüben sowie Anbauflächen für bestimmte Intensivkulturen (wie z. B. Obst, Gemüse, Hopfen) und gleichfalls Flächen, die nach der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 stillgelegt sind (ausgenommen die Flächen, auf denen ökologischer Landbau betrieben wird oder nachwachsende Rohstoffe angebaut werden) oder die nicht mehr für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden.

Förderung einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung (MSL)

Die gemeinsame Agrarpolitik der EU betont das Gleichgewicht zwischen wettbewerbsgesteuerter Produktion und Schutz von Natur und Umwelt (Kohärenz von Umwelt- und Agrarpolitik). Umweltbelange wie der Schutz der Landschaft und der natürlichen Ressourcen (wie z.B. Boden und Gewässer) sowie die Erhaltung des ländlichen Lebensraumes sind daher Hauptziele der Förderung extensiver Bewirtschaftungsverfahren. Daneben können Tierhaltungsverfahren gefördert werden, bei denen Umweltschutz und die tiergerechte Haltung im Vordergrund stehen.

Weiterhin stellt vor allem die Förderung einer extensiven Grünlandnutzung darauf ab, die Kulturlandschaften in den von der Aufgabe der Bewirtschaftung bedrohten Regionen zu erhalten und die Umstellung einer standortangepassten Bewirtschaftung in überschwemmungsgefährdeten Gebieten zu unterstützen.

Bei den Maßnahmen des o. g. Fördergrundsatzes handelt es sich um Agrarumwelt- und Tierschutzmaßnahmen auf der Rechtsgrundlage der Artikel 36 iv) und v) der VO (EG) 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER), verankert in den Programmen für die ländliche Entwicklung der Länder.

Die Förderung richtet sich an Betriebsinhaber i. S. der VO (EG) 1782/2003, die sich verpflichten, im gesamten Betrieb neben den Grundanforderungen der Artikel 4 und 5 und der Anhänge III und IV dieser VO, sowie der Grundanforderungen für die Anwendung von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln nach Artikel 39 Abs. 3 der VO (EG) 1698/2005 und den hierzu erlassenen nationalen Bestimmungen, die im Sinne der Zielrichtung der einzelnen Fördermaßnahme definierten Bewirtschaftungsanforderungen über einen Zeitraum von fünf Jahren – im Falle der Stilllegung von Ackerland von zehn Jahren – einzuhalten.

Der Maßnahmenkatalog umfasst die Förderbereiche:

- Förderung extensiver Produktionsverfahren im Ackerbau oder bei Dauerkulturen
- Förderung extensiver Grünlandnutzung
- Förderung ökologischer Anbauverfahren
- Förderung mehrjähriger Stilllegung
- Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren,

und bietet damit umfangreiche Einzelmaßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung, zur Verbesserung der Umwelt, Landschaft und Artenvielfalt.

Die im Rahmen des Förderungsgrundsatzes festgesetzten Beihilfen dienen dem Ausgleich des mit den Bewirtschaftungsaufgaben verbundenen Mehraufwandes bzw. der damit verbundenen Kosten. Diese Beihilfen können von den Ländern in der Regel um bis zu 20 % angehoben bzw. um bis zu 30 % abgesenkt werden.

Förderbereich: Forsten Forstwirtschaftliche Maßnahmen

Das Bundeswaldgesetz sieht eine öffentliche Förderung der Forstwirtschaft wegen der vielfältigen Funktionen des Waldes vor. Diese Förderung soll insbesondere der Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes dienen. Mit der Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen leistet die GAK dazu einen wichtigen Beitrag.

Die Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen umfasst:

Erstaufforstung

Die Aufforstung kann aus einzelbetrieblicher wie auch gesamtwirtschaftlicher Sicht eine sinnvolle Nutzungsalternative für bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen darstellen. Zugleich werden mit der Aufforstung günstige Umweltwirkungen, z. B. Klimaschutz durch Kohlendioxidbindung, erzielt. Der wünschenswerten Ausdehnung der Waldfläche stehen jedoch hohe Kosten und Einkommensverluste für den Grundeigentümer gegenüber. Besitzer landwirtschaftlicher Flächen können Zuschüsse für Kulturbegründung, Kulturpflege und aufforstungsbedingte Einkommensverluste erhalten. Dabei werden ökologisch wertvolle Laub- und Mischbestände durch höhere Fördersatzte begünstigt; die Förderung reiner Nadelbaumkulturen erfolgt nur im Ausnahmefall.

Naturnahe Waldbewirtschaftung

Die Förderung von Maßnahmen im Rahmen einer naturnahen Waldbewirtschaftung dient der Erhöhung der Stabilität und der ökologischen wie ökonomischen Leistungsfähigkeit des Waldes. Dabei können Vorarbeiten wie Standortgutachten, Umbau von Reinbeständen in stabile Laub- und Mischbestände, waldbauliche Maßnahmen in Jungbeständen, Bodenschutzkalkung, Gestaltung naturnaher Waldränder, insektizidfreier Waldschutz und der Einsatz von Rückepferden bezuschusst werden.

Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

Die überbetriebliche Zusammenarbeit im Rahmen forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse trägt zur Überwindung struktureller Nachteile, insbesondere aus Kleinflächigkeit und Besitzersplitterung, bei und dient der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Kleinprivatwaldes. Die Förderung umfasst Zuschüsse zu Erstinvestitionen, z. B. Geräte, Maschinen, Holzaufarbeitungsplätze sowie zu den Organisationskosten, d. h. Geschäftsführung bzw. Maßnahmen zur eigenständigen Holzvermarktung durch den Zusammenschluss (Mobilisierungsprämie für Holz).

Forstwirtschaftliche Infrastruktur

Die Förderung dient der Verbesserung der forstwirtschaftlichen Infrastruktur, um unzureichend erschlossene Waldgebiete für eine nachhaltige Bewirtschaftung, zur Prävention und Bewältigung von Schadereignissen und für die Erholung suchende Bevölkerung zugänglich zu machen. Zuschussfähig sind Neubau und Befestigung forstwirtschaftlicher Wege sowie Erstinvestitionen zur langfristigen Lagerung und Konservierung von Holz (Holzkonservierungsanlagen).

Die Förderung der einzelnen Maßnahmen erfolgt in Form von Zuschüssen. Ihre Höhe ist für die einzelnen Maßnahmen unterschiedlich und liegt zwischen 30 % und 90 % der zwendungsfähigen Ausgaben. Die Länder können für bestimmte Maßnahmen kalkulierte Kostensätze (Pauschalen) festsetzen.

Förderbereich: Sonstige Maßnahmen

Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der genetischen Qualität landwirtschaftlicher Nutztiere

Der Fördergrundsatz verankert neben der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und der Wirtschaftlichkeit der Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe eine stärker auf nachhaltige Zuchtprogramme ausgerichtete Förderung der züchterischen Maßnahmen zur Verbesserung der genetischen Qualität landwirtschaftlicher Nutztiere.

Diese umfassen Grundlagen für Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz und Sicherung der Tiergesundheit. Dabei werden in den Zuchtprogrammen und -organisationen züchterisch beeinflussbare Merkmale ermittelt, ausgewertet und u. a. für die Beratung und die Berechnung der

genetischen Qualität der Tiere zur Erreichung eines züchterischen Fortschritts aufbereitet.

**Förderbereich:
Küstenschutz**

Förderung von Küstenschutzmaßnahmen

Küstenschutz ist die Gesamtheit aller Maßnahmen zum Schutz der Küsten des Festlandes und der Inseln vor den zerstörenden Einwirkungen des Meeres, um den Lebensraum der dort wohnenden Menschen zu erhalten.

Die Maßnahmen des Küstenschutzes sind jeweils im so genannten „Generalplan Küstenschutz“ der Länder fest-

gelegt. 70 % der Ausgaben für den Küstenschutz erstattet der Bund den Ländern – gegenüber 60 % bei den übrigen Maßnahmen der GAK.

Die Küstensicherung erfolgt hauptsächlich durch

- Hochwasserschutzwerke,
- Sperrwerke und sonstige Bauwerke in der Hochwasserschutzlinie,
- Buhnen und Wellenbrecher,
- Vorlandarbeiten vor Seedeichen,
- Sandvorspülungen sowie
- Uferschutzwerke.

Teil IV**Zusammenfassung der Mittelanmeldungen 2007 für das Bundesgebiet**

In der Übersicht 1 ist das Mittelvolumen für alle Maßnahmen des 35. Rahmenplans auf der Grundlage des PLANAK-Beschlusses vom 5. April 2007 zur Verteilung der Kassenmittel auf die Länder enthalten.

Der Rahmenplan hat ein Finanzvolumen an Kassenmitteln von 1004,392 Mio. Euro; auf den Bund entfallen davon 615 Mio. Euro und auf die Länder 389,392 Mio. Euro.

Für 2007 ergibt sich folgende Verteilung der Bundesmittel:

Land	Mio. Euro
Schleswig-Holstein	37,010
Hamburg	6,541
Niedersachsen	88,727
Bremen	1,877
Nordrhein-Westfalen	40,438
Hessen	27,775
Rheinland-Pfalz	32,352
Baden-Württemberg	60,214
Bayern	113,235
Saarland	4,083
Brandenburg	52,035
Mecklenburg-Vorpommern	47,638
Sachsen	34,482
Sachsen-Anhalt	35,657
Thüringen	32,636
Berlin	0,300
Bundesmittel insgesamt:	615,000

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen (Bundes- und Landesmittel) beträgt 671,669 Mio. Euro (Übersicht 2).

Anlagen zu Teil IV

Übersicht 1

Verteilung der Mittel auf Länder und Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Land	Mittelsatz insgesamt	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf den Bund	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf das Land	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf												
				Verbesserung der ländlichen Strukturen			Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen			Nachhaltige Landbewirtschaftung				Forstwirtschaftliche Maßnahmen	Sonstige Maßnahmen	Küstenschutz
				Gesamt	darunter		Gesamt	darunter		Gesamt	darunter		(13)			
					Integrierte ländliche Entwicklung	Wasserwirtschaftliche Maßnahmen		Einzelbetriebliche Förderung	Marktstrukturverbesserung		Ausgleichszulage	Markt- und Standortangepasste Landwirtschaft				
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)	(16)	
SH	56,583	37,010	19,573	11,760	6,712	5,048	10,956	9,023	1,933	5,794	0,500	5,294	3,674	0,098	24,301	
HH	9,571	6,541	3,030	0,265	0,233	0,032	1,080	0,870	0,210	0,260	0,000	0,260	0,005	0,000	7,961	
NI	139,141	88,727	50,414	37,000	28,000	9,000	31,899	25,399	6,500	13,720	0,000	13,720	11,132	2,403	42,987	
HB	2,804	1,877	0,927	0,138	0,113	0,025	0,590	0,240	0,350	0,054	0,000	0,054	0,075	0,000	1,947	
NW	66,437	40,438	25,999	29,037	5,037	24,000	10,800	10,400	0,400	23,700	5,700	18,000	2,500	0,400	0,000	
HE	45,892	27,775	18,117	11,744	7,333	4,411	8,798	7,798	1,000	22,500	10,000	12,500	1,750	1,100	0,000	
RP	53,857	32,352	21,505	26,103	14,610	11,493	10,278	7,693	2,585	11,277	6,750	4,527	5,181	1,018	0,000	
BW	100,257	60,214	40,043	31,257	21,217	10,040	36,200	23,000	13,200	23,800	18,500	5,300	6,000	3,000	0,000	
BY	188,725	113,235	75,490	49,679	39,300	10,379	51,246	43,046	8,200	81,500	53,500	28,000	6,300	0,000	0,000	
SL	6,753	4,083	2,670	1,279	1,270	0,009	1,570	1,542	0,028	3,587	0,300	3,287	0,233	0,084	0,000	
BB	86,401	52,035	34,365	40,425	8,325	32,100	21,748	15,011	6,737	14,310	6,460	7,850	7,818	2,100	0,000	
MV	77,115	47,638	29,477	22,886	13,629	9,257	26,883	15,260	11,623	6,275	1,475	4,800	5,710	1,670	13,691	
SN	57,470	34,482	22,988	37,100	11,000	26,100	12,530	5,027	7,503	4,800	0,000	4,800	1,040	2,000	0,000	
ST	58,845	35,657	23,188	38,245	25,533	12,712	9,324	5,509	3,815	5,410	0,500	4,910	4,196	1,670	0,000	
TH	54,042	32,636	21,406	35,339	27,948	7,391	10,058	6,198	3,860	4,535	3,480	1,055	2,618	1,492	0,000	
BE	0,500	0,300	0,200	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,500	0,250	0,250	0,000	0,000	0,000	
Insgesamt	1004,392	615,000	389,392	372,256	210,260	161,997	243,960	176,016	67,944	222,022	107,415	114,607	58,232	17,035	90,887	

Übersicht 2

Zusammenstellung der GAK-Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Land	Mittelansatz insgesamt	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf den Bund	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf das Land	Von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf						Küstenschutz
				Integrierte ländliche Entwicklung	Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	Einzelbetriebliche Förderung	Marktstrukturverbesserung	Markt- und standortangepasste Landwirtschaft	Forstwirtschaftliche Maßnahmen	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
SH	39,419	24,958	14,461	5,800	4,121	2,530	1,205	10,730	1,963	13,070
HH	4,571	2,743	1,828	1,196	0,000	2,260	0,366	0,749	0,000	0,000
NI	98,936	62,006	36,930	16,000	6,814	21,000	3,675	15,000	10,000	26,447
HB	1,867	1,258	0,609	0,059	0,012	0,096	0,200	0,045	0,075	1,380
NW	47,100	28,260	18,840	0,000	18,920	4,971	0,714	18,495	4,000	0,000
HE	44,525	26,715	17,810	8,750	0,000	6,500	0,750	25,925	2,600	0,000
RP	36,150	21,690	14,460	14,400	9,000	7,200	1,300	0,000	4,250	0,000
BW	70,133	42,080	28,053	22,613	7,020	27,000	7,000	0,000	6,500	0,000
BY	105,560	63,336	42,224	26,000	6,000	26,850	4,350	42,000	0,360	0,000
SL	4,757	2,854	1,903	2,698	0,000	1,179	0,000	0,880	0,000	0,000
BB	60,637	36,382	24,255	26,730	4,100	7,507	5,000	12,800	4,500	0,000
MV	53,178	33,307	19,871	22,813	4,200	3,165	3,200	1,500	4,300	14,000
SN	40,162	24,097	16,065	9,200	16,362	0,000	5,400	9,200	0,000	0,000
ST	26,017	15,610	10,407	13,773	2,420	2,719	0,400	2,700	4,005	0,000
TH	38,012	22,807	15,205	26,384	4,991	0,000	1,562	1,000	4,075	0,000
BE	0,645	0,387	0,258	0,000	0,000	0,000	0,000	0,645	0,000	0,000
Insgesamt	671,669	408,490	263,178	196,416	83,960	112,977	35,122	141,669	46,628	54,897

Zusammenstellung der GAK-Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2007
- Beträge in Mio. Euro -
Fortsetzung

Land	Summen der Spalten 5 bis 11 (12)	von den Beträgen in Spalte 12 werden fällig im Haushaltsjahr				in den Folgejahren (16)
		2008 (13)	2009 (14)	2010 (15)		
(1)						
SH	39,419	17,247	10,262	6,386	5,524	
HH	4,571	1,920	1,188	0,777	0,686	
NI	98,936	41,797	25,925	16,214	15,000	
HB	1,867	0,784	0,485	0,317	0,280	
NW	47,100	19,782	12,246	8,007	7,065	
HE	44,525	13,585	8,930	7,780	14,230	
RP	36,150	20,835	12,265	3,050	0,000	
BW	70,133	29,456	18,235	11,923	10,519	
BY	105,560	44,310	27,440	17,980	15,830	
SL	4,757	1,999	1,236	0,808	0,714	
BB	60,637	25,530	15,900	10,300	8,907	
MV	53,178	22,315	13,733	9,053	8,077	
SN	40,162	18,890	11,590	6,342	3,340	
ST	26,017	10,927	6,764	4,423	3,903	
TH	38,012	15,965	11,540	8,827	1,680	
BE	0,645	0,272	0,168	0,110	0,095	
Insgesamt	671,669	285,614	177,907	112,297	95,850	

Übersicht 3

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Bundesgebiet

Hinweise: ¹⁾ Gesamtkosten = Öffentliche Mittel, Leistungen Dritter und Eigenleistungen, bezogen auf die gesamte Laufzeit des Vorhabens
²⁾ EU-Mittel aus: EAGFL, ELER, FIAF, EFF
³⁾ Sonstige öfftl. Mittel = Mittel von Kommunen, Zweckverbänden u.ä., Landesmittel außerhalb der GAK
⁴⁾ Zeile A = Kassenmittel für neu zu bewilligende Vorhaben
 Zeile B = Kassenmittel zur Deckung haushaltsrechtlicher Verpflichtungen aus Vorjahren aufgrund von Verpflichtungsermächtigungen

Maßnahmen	Neubewilligungen						Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl (2)	Gesamtkosten ¹⁾ (3)	Öffentliche Mittel		Sonstige öffentliche Mittel ³⁾ (6)	4)	GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere	
			GAK Bundes- u. Landesmittel (4)	EU ²⁾ (5)					GAK	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾ (9)
(1)								(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	9.146	1.175.537	243.107	286.664	106.250	A	53.236		177.439	102.367
1.1. Entwicklungskonzepte / Regionalmanagement						B	157.024			
	172	16.935	5.180	3.426	2.025	A	2.955		2.780	1.297
1.2. Dorferneuerung / -entwicklung						B	4.895			
	6.722	693.945	101.834	128.061	63.195	A	30.794		68.052	68.921
1.3. Infrastrukturmaßnahmen						B	51.412		21.808	16.796
	782	96.423	12.614	32.782	13.103	A	1.807			
1.4. Schutzpflanzungen						B	6.723		0,050	
	8	0,190	0,110	0,050		A	15,505			
1.5. Neuordnung ldl. Grundbesitz						B	93,850		82,726	15,353
	1.371	352.519	120.774	119,810	27,927	A	2,095			
1.6. Kooperationen / Umnutzung						B	0,144		2,023	
	91	15,526	2,595	2,535		A	85,466			
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	519	251,524	166,393	39,516	18,346	B	76,531		53,074	18,295
2.1. Maßn. zur naturnahen Gewässerentwicklung (einschl. Vorplanungen/Vorarbeiten)						A	5,941			
	132	41,139	12,358	18,548	1,794	B	3,578		17,967	1,646
2.2. Hochwasserschutzanlagen, einschl. Wildbachverbauung, Rückbau v. Deichen (einschl. Vorplanungen/Vorarbeiten)						A	68,610			
	303	161,186	128,430	14,515	10,670	B	66,421		29,107	12,180
2.3. Überbetriebl. Bewässerung / Bewirtschaftung landw. Wasserressourcen, (einschl. Vorplanungen/Vorarbeiten)						A	1,000			
	2	4,401	1,050		3,330	B	0,050			3,330
2.4. Abwasserbehandlungsanlagen (einschl. Vorplanungen/Vorarbeiten)						A	9,916		6,000	1,139
	82	44,797	24,556	6,453	2,551	B	6,482			

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Bundesgebiet

Maßnahmen	Neubewilligungen						Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassemittel				
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	Öffentliche Mittel		Sonstige öffentliche Mittel ²⁾		GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere		
			GAK Bundes- u. Landesmittel	EU ²⁾	GAK	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾			EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	
3. Einzelbetriebliche Förderung											
	10.878	1.079,459	131,188	115,566					87.505		16.000
3.1 Investitionsförderung	3.704	985,638	118,410	105,235					81,727		16,000
3.1.1 AFP	3.704	985,638	118,410	105,235					76,827		16,000
3.1.2 Abwicklung von Altmaßnahmen außerhalb des AFP *) (incl. Zinszuschüsse)									4,900		
3.2 Investitionen zur Diversifizierung	654	86,356	10,288	8,238					3,685		
3.3 Einzelbetriebliche Beratung in Verb. mit Managementsystemen	6.520	7,465	2,490	2,093					2,093		
4. Marktstrukturverbesserung											
4.1 Gründung und Tätigwerden von Erzeugergemeinschaften/Zusammenschlüssen (Organisationskosten)	464	513,186	57,552	69,336	0,405				98,337		0,030
4.2 Förderung von Investitionen	308	430,366	50,948	57,622					87,467		
4.2.1 Investitionen von Erzeugergemeinschaften/Zusammenschlüssen	33	9,012	3,549	1,370					3,333		
4.2.2 Investitionen von Unternehmen	275	421,354	47,399	56,252					84,134		
4.3 Vermarktungskonzeptionen	16	1,580	0,415	0,050	0,375				0,050		
4.4 Förderung der Verarbeitung/Vermarktung in der Fischwirtschaft	70	74,314	4,054	11,557	0,030				10,713		0,030
4.5 Förderung sonstiger Maßnahmen aufgrund von EG-VO	12	2,214	0,507	0,107					0,107		

*) Wiedereinrichtung, Agrarkreditprogramm, Umstrukturierung, EFP, Wohnleil

noch Übersicht 3

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Bundesgebiet

Maßnahmen	Neubewilligungen					Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	Öffentliche Mittel		Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere	
			GAK Bundes- u. Landesmittel	EU ²⁾				GAK (Bundes- und Landesmittel)	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
5. Ausgleichszulage	125.859	233.499	107.115	124.784	1.600	A 107.415	127.644	1.600	
5.1 außerhalb der fakultativen Modulation	125.859	233.499	107.115	124.784	1.600	A 107.415	127.644	1.600	
5.2 im Rahmen der fakultativen Modulation						A			
6. Markt- und standortangepaßte Landwirtschaft	23.973	315.523	152.913	163.809		A 36.145			
6.1 Maßnahmen außerhalb der fakultativen Modulation	23.478	310.038	151.670	159.567		B 78.462	141.676		
6.1.1 extensive Produktionsverfahren im Ackerbau oder bei Dauerkulturen	9.970	46.208	20.754	25.754		A 5.957			
6.1.2 extensive Grünlandnutzung	6.333	83.352	29.856	53.945		B 13.289	19.514		
6.1.3 ökologische Anbauverfahren	7.175	180.478	101.060	79.868		A 7.219	33.425		
6.1.4 mehrjährige Stilllegung						B 14.653			
6.1.5 umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren						A 21.684	52.435		
6.2 Maßnahmen im Rahmen der fakultativen Modulation	495	5.485	1.243	4.242		B 29.877			
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	14.919	103.562	65.583	14.875		A 19.333	20.969		
7.1 Einkommensverlustprämie	1.940	9.727	8.187	1.452		B 36.899			
7.2 naturnahe Waldbewirtschaftung einschl. Erstaufforstung	10.913	67.591	46.951	10.189		A 1.069	2.133		
7.3 forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	692	8.252	3.066			B 6.541			
7.4 forstwirtschaftliche Infrastruktur	1.374	17.992	7.379	3.234		A 13.901	14.360		
						B 26.783			
						A 2.042			
						B 1.397			
						A 2.321	4.476		
						B 4.179			

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Bundesgebiet

Maßnahmen	Neubewilligungen					Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel				
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	EU ²⁾ Öffentliche Mittel	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾		GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
8. Sonstige Maßnahmen	16.135	62.976	16.803			A	17.035			
Verbesserung der genetischen Qualität landw. Nutztiere	16.032	62.873	16.700			A	16.900			
8.2 Abwicklung Anpassungshilfe	103	0.103	0.103			A	0.135			
9. Küstenschutz	93	138.940	86.062	18.185	27.300	A	34.286			
Mittelbedarf						B	56.601	18.105		27.300
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	201.986	3.874.205	1.026.716	832.734	153.901	A	398.745			
Bundesanteil						B	605.647	724.749		165.592
Landesanteil						A+B	1.004.392			
						A	242.933			
						B	372.068			
						A+B	615.000			
						A	155.812			
						B	233.579			
						A+B	389.392			

Übersicht 4

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Schleswig-Holstein

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel					
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾ Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)		
1. Integrierte ländliche Entwicklung	470	27,496	6,941	8,900	10,124	1,141	6,540	8,501		
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	103	11,255	6,538	2,900	1,818	2,742	2,900	1,818		
3. Einzelbetriebliche Förderung	200	60,000	2,530	2,530		9,023				
4. Marktstrukturverbesserung	24	18,060	2,239	3,377		1,096	2,446			
5. Ausgleichszulage	350	1,111	0,500	0,611		0,837	0,611			
6. Markt- und standortangepaßte Landwirtschaft						0,500	6,470			
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	1.365	6,460	4,131	0,810		5,294	0,810			
8. Sonstige Maßnahmen	1	7,181	0,098			2,673				
9. Küstenschutz	29	30,000	24,301	5,699		1,001	5,699			
Mittelbedarf						0,098				
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	2.542	161,563	47,278	24,827	11,942	21,217	25,476	10,319		
Bundesanteil						35,366				
Landesanteil						56,583				
						14,027				
						22,983				
						37,010				
						7,190				
						12,383				
						19,573				

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Übersicht 5 Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
Hamburg - Beträge in Mio. Euro -

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl (2)	Gesamtkosten ¹⁾ (3)	GAK Bundes- u. Landesmittel (4)	Öffentliche Mittel EU ²⁾ (5)	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾ (6)	GAK (Bundes- und Landesmittel) (7)	Andere EU ²⁾ (8)	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾ (9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	6	0,466	0,233	0,233		A 0,203 B 0,030	0,233	
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	2	0,032	0,032			A 0,020 B 0,012		
3. Einzelbetriebliche Förderung	17	1,740	0,870	0,870		A 0,670 B 0,200	0,870	
4. Marktstrukturverbesserung	4	0,420	0,210	0,210		A 0,147 B 0,063	0,290	
5. Ausgleichszulage						A		
6. Markt- und standortangepaßte Landbewirtschaftung	19	0,520	0,260	0,260		A 0,200 B 0,060	0,260	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	1	0,010	0,005	0,005		A 0,005 B	0,005	
8. Sonstige Maßnahmen						A		
9. Küstenschutz	1	39,884	7,956	5,088	27,300	A 7,961 B	5,008	27,300
Mittelbedarf								
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	50	43,072	9,566	6,666	27,300	A 9,206 B 0,365 A+B 9,571	6,666	27,300
Bundesanteil						A 6,322 B 0,219 A+B 6,541		
Landesanteil						A 2,884 B 0,146 A+B 3,030		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Übersicht 6

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Niedersachsen

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel					
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	Öffentliche Mittel		GAK (Bundes- und Landesmittel)		EU ²⁾	Andere öffentliche Mittel ³⁾		
(1)	(2)	(3)	GAK Bundes- u. Landesmittel	EU ²⁾ Öffentliche Mittel	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	346	117,513	24,152	39,472	15,087	8,152	39,472	15,087	15,087	
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	25	15,408	7,599	6,097	1,712	0,785	6,097	1,712	6,097	1,712
3. Einzelbetriebliche Förderung	5.700	180,856	27,046	19,918		6,046	18,968		18,968	
4. Marktstrukturverbesserung	45	123,618	9,895	15,592		6,220	6,792		6,792	
5. Ausgleichszulage										
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	2.300	23,278	10,732	5,650		0,732	5,650		5,650	
8. Sonstige Maßnahmen	16.010	18,303	2,403			2,403				
9. Küstenschutz	50	40,432	33,234	7,198		6,787	7,198		7,198	
Mittelbedarf										
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	26.876	560,908	130,061	120,427	16,799	31,125	99,967	16,799	99,967	16,799
Bundesanteil						108,016				
						139,141				
						19,354				
						69,374				
						88,727				
Landesanteil						11,771				
						38,642				
						50,414				

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Bremen

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	8	0,455	0,113	0,113		0,113	0,057	
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	5	0,084	0,025	0,025		0,025	0,025	
3. Einzelbetriebliche Förderung	12	1,700	0,240	0,240		0,120	0,240	
4. Marktstrukturverbesserung	6	6,200	0,350	0,500		0,350	0,500	
5. Ausgleichszulage								
6. Markt- und standortangepaßte Landwirtschaft	21	0,113	0,057	0,057		0,054	0,057	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	3	0,150	0,075	0,075		0,075	0,075	
8. Sonstige Maßnahmen								
9. Küstenschutz	3	10,000	1,947	0,200		1,947	0,200	
Mittelbedarf								
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	58	18,702	2,806	1,209		2,684	1,154	
Bundesanteil						1,805		
Landesanteil						0,072		
						1,877		
						0,879		
						0,048		
						0,927		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Übersicht 8

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -
Nordrhein-Westfalen

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾ Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere öffentliche Mittel ³⁾	(9)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	180	14,600	2,862	0,954		2,862 2,175	1,678	
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	37	22,173	22,173			3,253 20,747		
3. Einzelbetriebliche Förderung	100	10,293	7,148	2,382		2,177 8,223	3,466	
4. Marktstrukturverbesserung	2	1,500	1,114	0,371		0,400	0,133	
5. Ausgleichszulage	7.500	7,503	5,700	1,803		5,700 0,936	4,663	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	850	6,240	4,936	1,304		1,564	2,045	
8. Sonstige Maßnahmen	6	0,960	0,400			0,400		
9. Küstenschutz								
Mittelbedarf								
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	10.075	101,131	65,157	23,851		18,057 48,380 66,437	26,710	
Bundesanteil						10,834 29,604 40,438		
Landesanteil						7,223 18,776 25,999		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Hessen

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere Sonstige öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	960	90.000	9.005	2.000	22.845	2.255 5.078	2.000	22.845
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	10	8.000	4.411		0,320	4.411		0,320
3. Einzelbetriebliche Förderung	250	30.000	6.770	5.000		0,270 7.528	5.000	
4. Marktstrukturverbesserung	10	6.000	1.387	1.000		0,637 0,363	1.000	
5. Ausgleichszulage	9.500	14.000	10.000	4.000		10,000 3.420	4.000	
6. Markt- und standortangepaßte Landbewirtschaftung	6.500	29.970	19.170	12.000		9,080	12.000	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	675	4.800	4.214	1.100		1,614 0,136	1.100	
8. Sonstige Maßnahmen	1	1.100	1.100			1,100		
9. Küstenschutz								
Mittelbedarf								
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	17.906	183.870	56.057	25.100	23.165	23.707 22.185 45.892	25.100	23.165
Bundesanteil						14,224 13,551 27,775		
Landesanteil						9,483 8,634 18,117		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Übersicht 10

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Rheinland-Pfalz

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere Sonstige öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	1.480	93,164	15,851	5,350	3,000	1,512 13,098	6,815	3,000
Wasserwirtschaftliche Maßnahmen		18,297	11,093	1,400	5,804	2,493 9,000	1,400	3,895
3. Einzelbetriebliche Förderung	360	43,130	9,581	9,233		2,477 5,216	4,104	
4. Marktstrukturverbesserung	18	2,645	1,560			1,328 1,257	1,500	
5. Ausgleichszulage	5.600	13,500	6,750	6,750		6,750	6,750	
6. Markt- und standortangepaßte Landbewirtschaftung						4,527	4,527	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	2.065	13,606	5,366	1,300		0,691 4,490	1,490	
8. Sonstige Maßnahmen	2	3,500	1,018			1,018		
9. Küstenschutz								
Mittelbedarf						16,269		
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	9.525	187,842	51,219	24,033	8,804	37,588 53,857	26,586	6,895
Bundesanteil						9,761 22,591		
Landesanteil						32,352 6,507		
						14,997 21,505		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Baden-Württemberg

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere Sonstige öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	24	33,700	23,130	2,200		A 0,517 B 20,700	2,200	
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	16	14,900	8,760			A 1,740 B 8,300		
3. Einzelbetriebliche Förderung	2.130	137,200	31,500	5,700		A 4,500 B 18,500	10,600	
4. Marktstrukturverbesserung	180	68,200	9,400	4,400		A 2,400 B 10,800	4,400	
5. Ausgleichszulage	22.500	35,000	18,500	16,500		A 18,500 B 5,300	16,500	
6. Markt- und standortangepasste Landwirtschaft	3.320	9,950	5,250	4,700		A 0,500 B 5,500	4,700	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	1.751	10,200	7,000	1,300		A 3,000 B	1,300	
8. Sonstige Maßnahmen		12,000	3,000			A		
9. Küstenschutz						A B		
Mittelbedarf								
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	29.921	321,150	106,540	34,800		A 36,457 B 63,800 A+B 100,257	39,700	
Bundesanteil						A 21,934 B 38,280 A+B 60,214		
Landesanteil						A 14,523 B 25,520 A+B 40,043		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Übersicht 12

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
 - Beträge in Mio. Euro -

Bayern

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	Andere EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	190	99.200	26.000	30.000	28.700	39.300	26.500	36.600
Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	55	12.379	8.379		4.000	2.379		5.000
3. Einzelbetriebliche Förderung	1.800	405.000	29.850	29.850		3.000	4.000	16.000
Marktstrukturverbesserung	45	81.850	8.350	8.100	0.375	4.000	7.307	
5. Ausgleichszulage	75.000	109.600	53.500	54.500	1.600	53.500	54.500	1.600
Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung	6.600	60.000	52.500	7.500		10.500	10.000	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	2.640	3.905	3.455			3.095	3.205	
Sonstige Maßnahmen								
9. Küstenschutz								
Mittelbedarf insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	86.330	771.934	182.034	129.950	34.675	76.474	105.512	59.200
Bundesanteil						112.251		
Landesanteil						188.725		
						45.884		
						67.351		
						113.235		
						30.590		
						44.900		
						75.490		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Saarland

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere Sonstige öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	35	6,730	0,197	0,051	0,150	A 0,197 B 1,073	0,306	0,266
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	1	0,014	0,009			A 0,009 B		
3. Einzelbetriebliche Förderung	84	4,830	0,542	0,493		A 0,542 B 1,000	0,493	
4. Marktstrukturverbesserung	1	0,240	0,028	0,028		A 0,028 B	0,028	
5. Ausgleichszulage						A 0,300		
6. Markt- und standortangepasste Landwirtschaft	650	2,884	1,442	1,442		A 1,442 B 1,845	1,442	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	248	0,474	0,229	0,100		A 0,229 B 0,004	0,103	
8. Sonstige Maßnahmen	3	2,650	0,084			A 0,084 A B		
9. Küstenschutz								
Mittelbedarf								
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	1.022	17,822	2,531	2,114	0,150	A 2,831 B 3,922 A+B 6,753	2,372	0,266
Bundesanteil						A 1,699 B 2,384 A+B 4,083		
Landesanteil						A 1,132 B 1,538 A+B 2,670		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Übersicht 14

Brandenburg
 Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
 - Beträge in Mio. Euro -

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	Andere EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	140	347,933	28,250	84,750	1,000	A 1,520 B 6,805	9,527	
2. Landwirtschaftliche Maßnahmen	10	39,700	36,200		3,500	A 32,100 B		
3. Einzelbetriebliche Förderung	20	112,093	8,407	25,221		A 0,900 B 14,111	7,639	
4. Marktstrukturverbesserung	10	69,957	5,330	15,630		A 0,330 B 6,407	8,955	
5. Ausgleichszulage	3,600	25,210	6,460	18,750		A 6,460 B 7,850	18,750	
6. Markt- und standortangepasste Landwirtschaft	2,270	103,249	20,650	82,599		A 3,750 B 4,068	29,449	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	125	7,700	8,250			A 2,100 B		
8. Sonstige Maßnahmen	2	3,200	2,100			A B		
9. Küstenschutz								
Mittelbedarf								
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	6.177	709,042	115,647	226,950	4,500	A 55,010 B 31,391 A+B 86,401	74,320	
Bundesanteil						A 33,201 B 18,835 A+B 52,035		
Landesanteil						A 21,809 B 12,556 A+B 34,365		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Mecklenburg-Vorpommern

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere Sonstige öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	93	164,362	31,674	66,843	14,500	A 8,861 B 4,768	32,187	7,500
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	57	48,951	7,042	23,782		A 5,498 B 3,759	19,353	
3. Einzelbetriebliche Förderung	70	79,700	3,985	11,955		A 0,820 B 14,440	27,780	
4. Marktstrukturverbesserung	18	41,994	4,157	10,362		A 0,957 B 10,666	32,535	
5. Ausgleichszulage	1,200	7,375	1,475	5,900		A 1,475	5,900	
6. Markt- und standortangepaßte Landbewirtschaftung	400	7,500	1,500	6,000		A 4,800 B 1,669	19,200	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	620	7,176	5,969			A 1,669 B 4,041		
8. Sonstige Maßnahmen	54	1,670	1,670			A 1,670		
9. Küstenschutz	10	18,624	18,624			A 4,624 B 9,067		
Mittelbedarf insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	1.323	377,352	76,096	124,842	14,500	A 25,574 B 51,541 A+B 77,115	136,955	7,500
Bundesanteil						A 15,807 B 31,831 A+B 47,638		
Landesanteil						A 9,767 B 19,710 A+B 29,477		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Übersicht 16

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Sachsen

Maßnahmen	Neubewilligungen			Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel				
	Anzahl (2)	Gesamtkosten ¹⁾ (3)	GAK Bundes- u. Landesmittel (4)	Öffentliche Mittel EU ²⁾ (5)	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾ (6)	GAK (Bundes- und Landesmittel) (7)	Andere EU ²⁾ (8)	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾ (9)
(1)								
1. Integrierte ländliche Entwicklung	24	11,044	11,044			1,844 9,156		
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	137	32,387	32,387			16,025 10,075		
3. Einzelbetriebliche Förderung						5,027		
4. Marktstrukturverbesserung	24	33,523	7,720			2,320 5,183	11,312	
5. Ausgleichszulage						4,800		
6. Markt- und standortangepaßte Landbewirtschaftung	110	14,000	14,000			0,722 0,318		
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen						2,000		
8. Sonstige Maßnahmen	1	4,200	1,800					
9. Küstenschutz								
Mittelbedarf								
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	296	95,154	66,951			27,711 29,759 57,470	11,312	
Bundesanteil						16,627 17,855 34,482		
Landesanteil						11,084 11,904 22,988		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Sachsen-Anhalt
 Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
 - Beträge in Mio. Euro -

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	Andere EU ²⁾	Andere Sonstige öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	3.506	78.362	28.793	21.479	10.089	A 15.581 B 9.952	13.333	7.438
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	23	12.364	12.712			A 9.944 B 2.768	14.978	4.208
3. Einzelbetriebliche Förderung	135	12.916	2.719	2.174		A 5.509 B 3.065	4.345	
4. Marktstrukturverbesserung	37	23.932	3.390	2.603	0,030	B 0,750	13,401	0,030
5. Ausgleichszulage	300	2.300	0,500	1,800		A 0,500	1,800	
6. Markt- und standortangepaßte Landwirtschaft	255	1.830	0,366	1,464		A 4,910 B 0,731	19,640	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	660	6,463	5,235			B 3,465	1,205	
8. Sonstige Maßnahmen	55	4,132	1,670			A 1,670		
9. Küstenschutz						A B		
Mittelbedarf								
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	4.971	142.299	55.385	29.520	10.119	A 31.491 B 27.354 A+B 58.845	68.702	11.676
Bundesanteil						A 18.895 B 16.762 A+B 35.657		
Landesanteil						A 12.596 B 10.592 A+B 23.188		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Übersicht 18

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Thüringen

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere Sonstige öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung	1.684	90.512	34.862	24.319	0.755	A 8.478 B 19.470	36.591	1.130
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	38	15.580	9.033	5.312	1.192	A 4.042 B 3.349	8.321	1.342
3. Einzelbetriebliche Förderung						A 6.198 B 1.010		
4. Marktstrukturverbesserung	40	35.047	2.422	7.163		A 1.010 B 2.850	7.738	
5. Ausgleichszulage	1.500	17.400	3.480	13.920		A 3.480	13.920	
6. Markt- und standortangepaßte Landwirtschaftung	20	5.000	1.000	4.000		A 1.055 B 0.707	3.166	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	1.616	13.100	5.986	3.231		A 1.911 B 0.707	3.981	
8. Sonstige Maßnahmen		4.080	1.460			A 1.492		
9. Küstenschutz						A B		
Mittelbedarf								
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	4.898	180.719	58.243	57.945	1.947	A 20.413 B 33.629 A+B 54.042	73.717	2.472
Bundesanteil						A 12.248 B 20.388 A+B 32.636		
Landesanteil						A 8.165 B 13.241 A+B 21.406		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Zusammenstellung der Vorhaben und des Mittelbedarfs für die GAK in 2007
- Beträge in Mio. Euro -

Berlin

Maßnahmen	Neubewilligungen				Im laufenden Haushaltsjahr benötigte Kassenmittel			
	Anzahl	Gesamtkosten ¹⁾	GAK Bundes- u. Landesmittel	Öffentliche Mittel EU ²⁾	Sonstige öffentliche Mittel ³⁾	GAK (Bundes- und Landesmittel)	EU ²⁾	Andere öffentliche Mittel ³⁾
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1. Integrierte ländliche Entwicklung								
2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen								
3. Einzelbetriebliche Förderung								
4. Marktstrukturverbesserung								
5. Ausgleichszulage	8	0,500	0,250	0,250		0,250	0,250	
6. Markt- und standortangepaßte Landbewirtschaftung	8	1,145	0,895	0,250		0,250	0,250	
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen								
8. Sonstige Maßnahmen								
9. Küstenschutz								
Mittelbedarf								
Insgesamt (Maßnahmen 1. bis 9.)	16	1,645	1,145	0,500		0,500	0,500	
Bundesanteil						0,300		
Landesanteil						0,200		

Fußnoten vgl. Übersicht 3

Teil V**Fortschreibung des Rahmenplans für die Finanzplanjahre 2008 bis 2010**

Die Übersichten 20, 21 und 22 zeigen die Anmeldungen der Länder für die Finanzplanjahre 2008 bis 2010.

Danach würden sich folgende Bundesanteile ergeben:

2008	651,305 Mio. Euro
2009	645,895 Mio. Euro
2010	640,281 Mio. Euro.

Anlagen zu Teil V

Übersicht 20

Verteilung der Mittel auf Länder und Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2008
- Beträge in Mio. Euro -

Land	Mittelansatz insgesamt	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf den Bund	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf das Land	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf											
				Verbesserung der ländlichen Strukturen			Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen			Nachhaltige Landwirtschaft			Forstwirtschaftliche Maßnahmen	Sonstige Maßnahmen	Küstenschutz
				Gesamt	Integrierte ländliche Entwicklung	darunter Wasserschützliche Maßnahmen	Gesamt	darunter Einzelbetriebliche Förderung	darunter Marktstrukturverbesserung	Gesamt	Ausgleichszulage	darunter Markt- und standortangepasste Landwirtschaft			
(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)	(16)				
SH	58.524	38.179	20.345	12.042	6.994	5.048	11.907	9.895	2.012	6.457	0.500	5.957	3.674	0.098	24.346
HH	26.554	18.434	8.120	0.265	0.233	0.032	1.014	0.814	0.200	0.275	0.000	0.275	0.000	0.000	25.000
NI	147.255	93.730	53.525	37.320	28.320	9.000	36.704	30.204	6.500	14.395	0.000	14.395	12.100	2.403	44.333
HB	0.860	0.516	0.344	0.138	0.113	0.025	0.590	0.240	0.350	0.057	0.000	0.057	0.075	0.000	0.000
NW	66.958	40.713	26.245	30.977	5.977	25.000	10.452	8.584	1.868	22.630	4.820	17.810	2.348	0.551	0.000
HE	45.892	27.775	18.117	11.744	7.333	4.411	8.798	7.798	1.000	22.500	10.000	12.500	1.750	1.100	0.000
RP	57.299	34.379	22.920	28.585	17.093	11.492	10.439	7.642	2.797	11.400	6.500	4.900	5.775	1.100	0.000
BW	112.500	67.500	45.000	37.200	24.700	12.500	36.100	24.500	11.600	30.100	18.500	11.600	6.100	3.000	0.000
BY	206.650	123.990	82.660	60.000	45.000	15.000	59.250	51.700	7.550	81.100	53.100	28.000	6.300	0.000	0.000
SL	5.411	3.278	2.133	1.886	1.436	0.450	1.570	1.542	0.028	1.597	0.000	1.597	0.233	0.125	0.000
BB	85.600	51.560	34.040	40.700	12.700	28.000	19.650	14.500	5.150	15.050	6.500	8.550	8.100	2.100	0.000
MV	77.115	47.638	29.477	22.886	13.629	9.257	26.883	15.260	11.623	6.275	1.475	4.800	5.710	1.670	13.691
SN	57.950	34.770	23.180	39.180	11.000	28.180	10.930	3.130	7.800	4.700	0.000	4.700	1.040	2.100	0.000
ST	57.180	34.658	22.522	34.511	21.800	12.711	10.285	6.810	3.475	5.650	0.600	5.050	4.720	2.014	0.000
TH	56.022	33.824	22.198	38.875	30.363	8.512	8.581	5.754	2.827	4.735	3.480	1.255	2.359	1.472	0.000
BE	0.600	0.360	0.240	0.000	0.000	0.000	0.100	0.100	0.000	0.500	0.250	0.250	0.000	0.000	0.000
Insgesamt	1.062.370	651.305	411.065	396.309	226.691	169.618	253.253	188.473	64.780	227.421	105.725	121.696	60.284	17.733	107.370

Übersicht 21

Verteilung der Mittel auf Länder und Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2009
- Beträge in Mio. Euro -

Land	Mittelansatz insgesamt	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf den Bund	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf das Land	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf											
				Verbesserung der ländlichen Strukturen			Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen			Nachhaltige Landwirtschaft			Forstwirtschaftliche Maßnahmen	Sonstige Maßnahmen	Küstenschutz
				Gesamt	darunter integrierte ländliche Entwicklung	darunter Wasserschutzliche Maßnahmen	Gesamt	darunter Einzelbetriebliche Förderung	darunter Marktstrukturverbesserung	Gesamt	Ausgleichszulage	darunter Markt- und standortangepasste Landwirtschaft			
(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)	(16)				
SH	55,492	35,753	19,739	12,042	6,994	5,048	11,026	9,104	1,922	4,076	0,500	3,576	3,674	0,098	24,576
HH	24,551	17,033	7,518	0,262	0,230	0,032	1,014	0,814	0,200	0,275	0,000	0,275	0,000	0,000	23,000
NI	148,219	93,730	54,489	37,805	28,700	9,105	36,645	30,145	6,500	15,348	0,000	15,348	11,775	2,403	44,243
HB	1,160	0,696	0,464	0,138	0,113	0,025	0,890	0,240	0,650	0,057	0,000	0,057	0,075	0,000	0,000
NW	66,958	40,713	26,245	30,977	5,977	25,000	10,452	8,584	1,868	22,630	4,820	17,810	2,348	0,551	0,000
HE	45,892	27,775	18,117	11,744	7,333	4,411	8,798	7,798	1,000	22,500	10,000	12,500	1,750	1,100	0,000
RP	56,933	34,160	22,773	28,585	17,093	11,492	10,323	7,526	2,797	11,150	6,250	4,900	5,775	1,100	0,000
BW	112,500	67,500	45,000	37,200	24,700	12,500	31,600	22,600	9,000	34,100	18,500	15,600	6,600	3,000	0,000
BY	209,850	125,910	83,940	60,000	45,000	15,000	61,550	54,000	7,550	82,000	54,000	28,000	6,300	0,000	0,000
SL	5,540	3,324	2,216	2,170	1,720	0,450	1,570	1,542	0,028	1,442	0,000	1,442	0,233	0,125	0,000
BB	79,650	47,990	31,660	34,600	8,600	26,000	19,700	14,550	5,150	15,150	6,500	8,650	8,100	2,100	0,000
MV	77,115	47,638	29,477	23,886	14,629	9,257	25,883	14,260	11,623	6,275	1,475	4,800	5,710	1,670	13,691
SN	57,019	34,211	22,808	39,180	11,000	28,180	9,999	2,199	7,800	4,700	0,000	4,700	1,040	2,100	0,000
ST	57,180	34,368	22,812	36,811	24,100	12,711	9,562	6,487	3,075	4,075	0,600	3,475	4,723	2,009	0,000
TH	57,890	34,734	23,156	36,735	28,223	8,512	7,311	5,254	2,057	10,825	3,480	7,345	1,559	1,460	0,000
BE	0,600	0,360	0,240	0,000	0,000	0,000	0,100	0,100	0,000	0,500	0,250	0,250	0,000	0,000	0,000
Insgesamt	1,056,549	645,895	410,654	392,135	224,412	167,723	246,423	185,203	61,220	235,103	106,375	128,728	59,662	17,716	105,510

Verteilung der Mittel auf Länder und Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2010
- Beträge in Mio. Euro -

Land	Mittelansatz insgesamt	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf den Bund	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf das Land	von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf			Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen			Nachhaltige Landwirtschaft			Forstwirtschaftliche Maßnahmen	Sonstige Maßnahmen	Küstenschutz		
				Verbesserung der ländlichen Strukturen			Gesamt			Gesamt						Ausgleichszulage	Markt- und standortangepasste Landwirtschaft
				Gesamt	darunter integrierte ländliche Entwicklung	darunter Wasserschutzliche Maßnahmen	Gesamt	darunter Einzelbetriebliche Förderung	darunter Marktstrukturverbesserung	Gesamt	darunter	darunter					
(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)	(16)						
SH	54.594	35.209	19.385	12.042	6.994	5.048	10.324	8.382	1.942	3.930	0.305	3.625	3.674	0.098	24.526		
HH	22.551	15.633	6.918	0.262	0.230	0.032	1.014	0.814	0.200	0.275	0.000	0.275	0.000	0.000	21.000		
NI	148.843	93.730	55.113	37.805	28.700	9.105	36.148	29.648	6.500	16.272	0.000	16.272	11.975	2.400	44.243		
HB	1.160	0.696	0.464	0.138	0.113	0.025	0.890	0.240	0.650	0.057	0.000	0.057	0.075	0.000	0.000		
NW	64.268	38.561	25.707	30.977	5.977	25.000	10.452	8.584	1.868	19.940	4.820	15.120	2.348	0.551	0.000		
HE	46.292	27.775	18.517	11.744	7.333	4.411	8.798	7.798	1.000	22.900	10.000	12.900	1.750	1.100	0.000		
RP	56.567	33.940	22.627	28.585	17.093	11.492	10.207	7.410	2.797	10.900	6.000	4.900	5.775	1.100	0.000		
BW	112.500	67.500	45.000	37.200	24.700	12.500	31.600	22.600	9.000	34.100	18.500	15.600	6.600	3.000	0.000		
BY	209.850	125.910	83.940	60.000	45.000	15.000	61.550	54.000	7.550	82.000	54.000	28.000	6.300	0.000	0.000		
SL	6.070	3.642	2.428	2.580	2.527	0.053	1.690	1.662	0.028	1.442	0.000	1.442	0.233	0.125	0.000		
BB	78.100	47.060	31.040	33.100	9.100	24.000	19.550	14.400	5.150	15.250	6.500	8.750	8.100	2.100	0.000		
MV	77.115	47.638	29.477	24.886	15.629	9.257	24.883	13.260	11.623	6.275	1.475	4.800	5.710	1.670	13.691		
SN	56.612	33.967	22.645	39.180	11.000	28.180	9.592	1.792	7.800	4.700	0.000	4.700	1.040	2.100	0.000		
ST	57.180	34.368	22.812	35.201	22.490	12.711	11.108	8.033	3.075	4.091	0.600	3.491	4.776	2.004	0.000		
TH	57.153	34.292	22.861	35.405	26.893	8.512	6.538	4.797	1.741	11.825	3.480	8.345	1.925	1.460	0.000		
BE	0.600	0.360	0.240	0.000	0.000	0.000	0.100	0.100	0.000	0.500	0.250	0.250	0.000	0.000	0.000		
Insgesamt	1.049.455	640.281	409.174	389.105	223.779	165.326	244.444	183.520	60.924	234.457	105.930	128.527	60.281	17.708	103.460		

Teil VI
Vollzug des Rahmenplans 2005 bis 2008

Im Rahmen des dreiunddreißigsten Rahmenplans wurden in 2005 insgesamt 1078,737 Mio. Euro verausgabt. Davon entfielen auf den Bund 661,657 Mio. Euro und auf die Länder 417,080 Mio. Euro.

Über die Aufteilung auf Länder und Maßnahmegruppen informiert die nachstehende Übersicht.

Anlage zu Teil VI

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"
Ist-Ausgaben 2005 (korrigierte Kassenergebnisse)
- in Mio. Euro -

Anlage zu Teil VI

Land	Ist-Ausgaben		Verbesserung der ländlichen Strukturen					Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen					Nachhaltige Landwirtschaft				Küstenschutz	
	insgesamt	Von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf den Bund	Gesamt	darunter		Gesamt	darunter		Gesamt	darunter		Ausgleichszulage	Forstwirtschaftliche Maßnahmen	Sonstige Maßnahmen				
				Entwicklungs-konzepte Regionalmanagement, Vorplanung	Flur-bereinigung, Landtausch, Wegebau		Dorfer-neuerung	Wasser-wirtschaftliche und kulturbau-technische Maßnahmen		Einzelbetrie-bliche Förderung	Markt-struktur-verbesserung				Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung			
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)	(16)	(17)	(18)	
		Ist-Ausgaben																
		von dem Betrag in Spalte 2 entfallen auf																
SH	60,170	39,279	20,890	11,746	0,443	0,843	4,985	5,475	12,166	9,889	2,277	6,681	0,901	5,780	3,918	0,000	25,658	
HH	10,551	7,315	3,236	0,054	0,000	0,009	0,025	0,021	0,455	0,417	0,038	0,200	0,000	0,200	0,000	0,012	9,830	
NI	150,153	95,817	54,336	51,44	0,086	22,573	15,257	13,522	30,281	27,246	3,034	9,204	0,000	9,204	7,661	2,409	49,161	
HB	0,932	0,564	0,368	0,346	0,035	0,000	0,042	0,269	0,253	0,107	0,145	0,276	0,126	0,150	0,014	0,000	0,044	
NW	74,544	45,232	29,312	31,444	0,074	4,374	5,815	21,181	16,310	13,220	3,090	23,279	9,491	13,788	2,991	0,520	0,000	
HE	49,584	29,991	19,592	20,233	0,000	3,262	3,667	13,304	7,472	6,241	1,231	19,722	10,807	8,915	1,057	1,100	0,000	
RP	59,498	35,878	23,620	29,503	0,081	11,000	5,173	13,249	12,566	9,665	2,921	12,661	8,231	4,430	3,667	1,080	0,000	
BW	111,886	67,353	44,533	30,100	0,000	19,100	0,000	11,000	39,863	28,938	10,926	30,746	24,659	6,087	7,581	3,594	0,000	
BY	215,294	129,859	85,435	62,417	0,013	32,258	13,546	16,600	66,940	53,776	13,164	80,619	67,177	13,442	5,318	0,000	0,000	
SL	7,568	4,542	3,026	1,991	0,002	0,883	1,040	0,066	2,976	1,824	1,152	2,218	0,746	1,472	0,304	0,069	0,010	
BB	96,798	58,241	38,557	34,758	0,398	8,029	9,386	16,946	19,718	16,221	3,496	32,743	20,114	12,628	7,463	2,117	0,000	
MV	81,586	50,768	30,817	29,288	0,000	13,386	6,610	9,292	23,724	14,446	9,277	7,394	1,804	5,590	5,506	2,031	13,642	
SN	66,993	40,480	26,413	42,873	0,112	7,616	3,300	31,846	12,908	6,718	6,191	8,857	8,857	0,000	0,317	1,938	0,000	
ST	44,557	26,900	17,657	19,438	0,492	11,689	0,357	6,900	14,772	9,020	5,752	4,911	2,003	2,908	3,659	1,778	0,000	
TH	48,685	29,415	19,270	21,801	0,481	7,459	11,356	2,505	8,952	7,076	1,875	13,921	12,901	1,020	2,414	1,598	0,000	
BE	0,038	0,023	0,015	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,038	0,033	0,005	0,000	0,000	0,000	
Insgesamt	1078,737	661,657	417,080	387,431	2,215	142,481	80,558	162,176	269,376	204,806	64,570	253,470	167,850	85,620	51,870	18,246	98,345	

